

AUSLANDSINFORMATIONEN

Lateinamerika

Der unterschätzte
Partner



AUSLANDSINFORMATIONEN

2 | 2026

Liebe Leserinnen und Leser,

„Brasilien ist das Land der Zukunft – und wird es immer bleiben.“ Dieses vielzitierte Bonmot wird manchmal Stefan Zweig zugeschrieben, tatsächlich aber stammt nur der erste Teil von ihm. Die Urheberschaft des sarkastischen zweiten Teils ist ungeklärt. Dennoch gilt der Satz in gewisser Weise auch für die Beziehungen zwischen Lateinamerika und Europa, die manchmal wie ein ewig uneingelöstes Versprechen wirken. Von einer „natürlichen Partnerschaft“ ist da oft die Rede, die Idee von einem „Atlantischen Dreieck“ zwischen Nord- und Lateinamerika sowie Europa reicht bis in die Zwischenkriegszeit des 20. Jahrhunderts zurück.

Und die Wirklichkeit? Da hat es kaum eine Weltregion in Europa und speziell in Deutschland so schwer, politische Aufmerksamkeit zu erlangen, wie Lateinamerika. Nur zwei Beispiele: Schaut man sich an, wie viel Platz verschiedene Regionen in den vergangenen vier Koalitionsverträgen auf Bundesebene in Deutschland eingenommen haben, landet der „natürliche Partner“ abgeschlagen auf dem letzten Rang. Und die klassische deutsche Entwicklungszusammenarbeit in der Region ist rückläufig. Deutschland konzentriert seine Ressourcen auf andere Regionen wie den afrikanischen Kontinent. Zwar gilt hier die banale Tatsache, dass *eine* Region nun einmal immer auf dem letzten Platz liegen muss und dass man nicht Priorisierung fordern, sie dann aber – sobald es konkret wird – kritisieren sollte. Aber es fällt doch auf, wie groß die Lücke zwischen Potenzial und Realität gerade in den europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen ist.

Mit dieser Ausgabe der Auslandsinformationen wollen wir daher bewusst den Blick auf den geografisch wie politisch heterogenen Raum zwischen Río Grande und Feuerland richten und fragen, was geschehen muss, damit aus der abstrakten Erzählung von Partnerschaft konkrete Kooperationen werden. Wenn dies bislang noch nicht in ausreichendem Maße passiert ist, dann hat das Gründe, von denen hier – wahrscheinlich nicht erschöpfend – einige genannt seien.

Ein erster wesentlicher Faktor war in der Vergangenheit sicherlich fehlender Leidensdruck. Aus Sicht von uns Europäern waren die Beziehungen zu Lateinamerika ein Nice-to-have, aber letztlich nicht wirklich relevant, geschweige denn entscheidend. Die europäische Integration lief, die klassische transatlantische Partnerschaft mit den USA ebenso. Letztere hat seit 2016, spätestens seit Donald Trumps erneutem Amtsantritt 2025, tiefgreifende Risse bekommen. Verteidigungspolitisch zieht sich Washington tendenziell aus Europa zurück und macht auch unseren Kontinent zudem zur Zielscheibe einer aggressiven Zollpolitik.

Dass es auch diese US-Politik war, die dem EU-Mercosur-Handelsabkommen – zumindest vorläufig – den Weg durch die europäischen Institutionen bahnte, vermutet nicht nur Patricia Enssle in ihrem Beitrag zu dieser Ausgabe. Die neuen weltpolitischen Umstände haben dazu geführt, dass Europa intensiver als in vergangenen Jahrzehnten um außenpolitische Diversifizierung bemüht ist. Dass die transatlantische Partnerschaft auch ein Land wie Kanada einschließt, ist mittlerweile Common Sense. Es spricht aber vieles dafür, den Begriff noch weiter zu denken. Mexiko ist – wie von Johannes Hügel und Nikolaus Rischbieter in ihrem Artikel analysiert – nicht nur mit Blick auf Migration engstens mit dem restlichen Nordamerika verwoben und sollte von uns mitgedacht werden, wenn wir von transatlantischer Partnerschaft sprechen. Ob man noch weiter gehen und ganz Lateinamerika als transatlantischen Partner betrachten sollte – der Atlantik geht jedenfalls auch südlich von Florida und Yucatán weiter – sei dahingestellt. In jedem Fall bleibt der Befund, dass die gesamte Region in international rauerer Zeiten verstärkt in unser Blickfeld gerät und auch geraten sollte, selbst wenn sie offensichtlich nicht die Rolle einnehmen kann und will, die bislang die USA für Europa spielen.

Ein zweiter Grund für das in der Vergangenheit oft geringe Interesse an Lateinamerika liegt schlicht darin, dass die dortigen Entwicklungen uns wenig zu betreffen schienen: keine direkte sicherheitspolitische Bedrohung für uns; kein Exportmarkt, dessen Krise auch unsere Wirtschaft unmittelbar bedroht hätte; und lateinamerikanische Migrationsbewegungen richteten sich im Zweifelsfall in die USA, weniger nach Europa, und fast gar nicht nach Deutschland. Auch aus diesem Grund ist Lateinamerika in der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten wieder auf Platz eins der Prioritätenliste gerückt, wie Hardy Ostry in seinem Beitrag unterstreicht. Aber auch wir sollten unser relatives Desinteresse überdenken.

Denn einerseits bieten sich uns in der Region enorme Möglichkeiten nicht zuletzt mit Blick auf Rohstoffe, wie Christina Stolte in ihrem Artikel zu einer möglichen Lithiumpartnerschaft mit Bolivien eindrücklich erklärt. Und andererseits ist keineswegs mehr ausgemacht, dass Sicherheitsbedrohungen nicht von Lateinamerika nach Europa überspringen können, wie Pablo Zeballos anhand des Beispiels der transnational organisierten Kriminalität deutlich macht, die heute in Antwerpen und Rotterdam die staatszersetzenden Praktiken anzuwenden versucht, die sie jahrzehntlang in Medellín und Sinaloa perfektioniert hat.

Drittens war es vielleicht gerade das „Natürliche“ an dieser Partnerschaft zwischen Europa und Lateinamerika – die in unzähligen Gipfeldokumenten und Strategiepapieren beschworene kulturelle Nähe und das gemeinsame Wertefundament – das ein Grundübel europäischer und insbesondere deutscher Außenpolitik der jüngeren Vergangenheit noch verstärkt hat: mangelnden Pragmatismus. Abweichungen von unseren gesellschaftspolitischen Normen in anderen Ländern auszuhalten und dennoch nüchtern mögliche Interessenüberschneidungen zu prüfen, fällt uns ohnehin oft schwer. Bei Partnern, zu denen wir eigentlich keine große kulturelle Distanz vermuten, gilt das umso mehr. Das sollten wir ändern, denn in Lateinamerika haben weder heute noch in den vergangenen Jahrzehnten nur Regierungen das Sagen gehabt, die auch in Deutschland innenpolitisch satisfaktionsfähig gewesen wären. Es steht nicht zu vermuten, dass sich hieran in näherer Zukunft irgendetwas ändern wird. Und so hat Maximilian Hedrich Recht, wenn er in dem Interviewbeitrag zum politischen Panorama vor den Wahlen in Brasilien daran erinnert, dass wir auch bei einem uns nicht genehmen Ergebnis ein Interesse daran haben, die Gesprächskanäle zur Regierung dieses wichtigen Landes offenzuhalten. Gleichwohl bleibt für uns als politische Stiftung die Zusammenarbeit mit demokratischen und insbesondere christdemokratischen Kräften von zentraler Bedeutung. In einer Phase, in der die Christdemokratie in Europa wie in Lateinamerika unter Druck steht und sich Parteiensysteme im Umbruch befinden, gewinnt ihre Stärkung und die Vernetzung entsprechender Partner besondere Bedeutung. Zugleich gehört es zum Kernauftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung, linken und rechten extremistischen Kräften und autoritären Tendenzen entschlossen entgegenzutreten.

Schließlich und viertens haben es die iberischen Länder, gerade Spanien, bislang oft geschafft, die europäischen Beziehungen zu Lateinamerika als ihre Angelegenheit zu verkaufen und somit zu prägen. Das mag im Interesse Madrids liegen. Ob es auch im gesamteuropäischen und deutschen Interesse liegt, ist eine ganz andere Frage, wie der Beitrag von Martin Friedek und Ludger Gruber verdeutlicht. Insbesondere die aktuelle spanische Regierung hat den Beziehungen zu Lateinamerika eine derartige ideologische Schlagseite verliehen, dass Ministerpräsident Pedro Sánchez zu einem Demokratiegipfel in Barcelona zwar die linke mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum von der Partei MORENA einlädt, deren Leistungsbilanz in dieser Hinsicht – Stichwort: Justizreform – durchwachsen ist, dafür aber bei politisch umgekehrt gepolten Regierungen der Region

wie in Buenos Aires praktisch keine Zugänge mehr besitzt. Von diesem Ansatz sollte sich die deutsche und gesamteuropäische Lateinamerikapolitik deutlich absetzen.

Wir Deutsche und Europäer haben in Lateinamerika nach wie vor viele Freunde. Unsere *soft power* ist weiter groß, obschon sie gerade durch die schleppende Bereitstellung europäischer COVID-Impfstoffe in der Pandemie gelitten hat. Auch die Friedensnobelpreisträgerin María Corina Machado, die wir für diese Ausgabe interviewen konnten, nennt – nach den internationalen Verbündeten eines künftigen freien Venezuela gefragt – ohne zu zögern die westlichen Demokratien und meint damit neben den USA auch uns. Aber diese Grundsympathie ist kein Freifahrtschein. Bieten wir keine konkreten Partnerschaften an, richtet sich der Blick lateinamerikanischer Staaten umso mehr in andere Richtungen, nicht zuletzt auf die Beziehungen zu Asien, die Andreas Klein in seinem Artikel untersucht. Es ist also wichtig, dass wir – selbst wenn wir verständlicherweise mit den dringenden Krisen in Europa und Nahost beschäftigt sind – der Region Lateinamerika mehr Aufmerksamkeit widmen. Wir wollen mit diesem Heft einen Beitrag dazu leisten.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.



Caroline Kanter ist Herausgeberin der Auslandsinformationen (Ai) und Leiterin der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung (caroline.kanter@kas.de).

Lateinamerika

Der unterschätzte Partner

8 *Im Gespräch*

„Ein Volk, das sich für die Freiheit entschieden hat, ist nicht aufzuhalten“

[Ein Interview mit María Corina Machado](#)

16

Von Monroe zu Donroe

Die Lateinamerika-Strategie der Trump-Regierung

[Dr. Hardy Ostry](#)

25

Das EU-Mercosur-Abkommen

Neuer Schwung für die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen

[Dr. Patricia Enssle](#)

35

Wann, wenn nicht jetzt?

Warum eine Rohstoffpartnerschaft mit Bolivien im Bereich Lithium für Deutschland und Europa strategisch entscheidend ist

[Dr. Christina Stolte](#)

45 *Im Gespräch*

„Viele Menschen in Brasilien wollen einen politischen Mittelweg“

[Ein Gespräch mit Maximilian Hedrich](#)

54

Schattenwirtschaft und Pseudostaatlichkeit

Eine „Fünfte Welle“ des transnational organisierten Verbrechens gefährdet die Demokratie in Lateinamerika – und die Sicherheit Europas

[Pablo Zeballos](#)

64

Vom Auswanderungsland zum Knotenpunkt

Mexiko als Schauplatz verschiedener Migrationsformen

[Johannes Hügel](#) / [Nikolaus Rischbieter](#)

74

Die iberoamerikanische Achse

Wie sich Spanien und Portugal als geopolitische Brücken zwischen Europa und Lateinamerika positionieren

[Martin Friedek](#) / [Dr. Ludger Gruber](#)

85

Auf der Suche nach neuen Allianzen

Lateinamerikas Blick nach Asien am Beispiel der Pazifikallianz

[Andreas Klein](#)

Deutsche Sicht auf Lateinamerika: Viele Menschen hierzulande nehmen den Subkontinent als eine Region wahr, die uns kulturell nahesteht. Die grundsätzliche Sympathie ist so hoch wie bei vielleicht keinem anderen Teil der Welt. Bislang ist es aber nicht ausreichend gelungen, diese abstrakte Affinität in handfeste Kooperation zu übersetzen. Im Bild: eine in Hamburg ausgestellte Miniatur der Copacabana.

Foto: © imagebroker, Imago.

Im Gespräch

„Ein Volk, das sich für die Freiheit entschieden hat, ist nicht aufzuhalten“

Ein Interview mit
María Corina Machado



Foto: © alterphotos, Imago.

Anfang 2026 griffen die USA militärisch in Venezuela ein und brachten den Machthaber Nicolás Maduro außer Landes. Doch das autoritäre Regime in Caracas blieb im Sattel, nun unter der Führung von Delcy Rodríguez. Oppositionsführerin María Corina Machado war von Maduro 2024 von der Präsidentschaftswahl ausgeschlossen worden. Der bis dahin weitgehend unbekannte Edmundo González, der an ihrer Stelle antrat, gewann die Wahl dennoch klar. Das Regime fälschte das Ergebnis und blieb de facto an der Macht. Der zuletzt im eigenen Land versteckt lebenden Machado gelang es Ende 2025, heimlich Venezuela zu verlassen, um zur Übergabe des ihr verliehenen Friedensnobelpreises zu reisen. Sie lebt seither im Exil. Mit den Auslandsinformationen sprach sie am 8. Mai über die Situation in ihrem Land, wie es weitergehen soll und warum uns das auch in Deutschland und Europa etwas angeht.

***Auslandsinformationen (Ai):** Am 3. Januar 2026 griffen die USA militärisch in Venezuela ein und entfernten Diktator Nicolás Maduro. Was war Ihr Gefühl, als Sie die Nachricht bekamen?*

María Corina Machado: Um eine Vorstellung davon zu haben, was dieser Tag für uns bedeutet hat, muss man verstehen, was wir Venezolaner 27 Jahre lang erleben mussten. Tausende und Abertausende Leben sind von der Tyrannei in unserem Land zerstört worden. Und in diesem Moment haben die Menschen zum ersten Mal so etwas wie Gerechtigkeit gesehen. Dass der Mann, der über viele Jahre an der Spitze dieser kriminellen Struktur in unserem Land stand, sich nun der Justiz stellen muss, hat bei vielen das Gefühl ausgelöst, dass jetzt endlich die Wahrheit ans Licht kommen wird.

Die Reaktion in Venezuela war also erst einmal große Freude. Richtig nach außen sichtbar wurde diese Freude am Anfang aber weniger im Land selbst als durch die Reaktion der Exil-Venezolaner in aller Welt. Der Mantel des Schreckens, den das Regime über das Land gelegt hat, war in dem Moment noch nicht weg, und im Grunde ist er das bis heute nicht. Er hat Risse bekommen, aber er ist noch da. Deshalb würde ich sagen, dass es in Venezuela diese beiden Gefühle gleichzeitig gab: einerseits große Freude, andererseits weiter die Angst, die sich aus der Erkenntnis speist, dass das Regime nicht weg ist.

***Ai:** Und welche Bedeutung wird man diesem 3. Januar einmal in der Geschichte Ihres Landes zuschreiben?*

Machado: Er wird als Symbol für einen Weg gelten, der uns zu Gerechtigkeit und Freiheit führen wird. Ich spüre, dass wir Venezolaner heute – unabhängig davon, wie sich die Dinge im Einzelnen seither entwickelt haben – überzeugt davon sind, dass dieser Prozess jetzt nicht mehr rückgängig gemacht werden kann.

***Ai:** Bleiben wir dennoch kurz bei den Entwicklungen der vergangenen Monate. Die Situation vor Ort ist speziell für ferne Beobachter unübersichtlich. Es fängt schon damit an, dass man nicht wirklich weiß, wer nun eigentlich in Venezuela regiert: das chavistische Regime unter der neuen Anführerin Delcy Rodríguez, oder doch die Vereinigten Staaten? Und es geht weiter mit der Frage, ob sich für eine durchschnittliche Person in Venezuela überhaupt schon spürbar etwas verändert hat im Vergleich zu vor einem halben Jahr. Spürt diese Person wirtschaftliche Verbesserungen, kann sie sich freier äußern?*

Machado: Die Frage, wer derzeit das Sagen hat, ist tatsächlich komplex. Ich glaube, das hängt vom jeweiligen Politikfeld ab und selbst für uns Venezolaner ist es derzeit schwer, den vollen Überblick zu behalten.

Hat sich etwas geändert? Ganz sicher! Am letzten Wochenende haben unsere Zivilgesellschaft, die Studenten, die Arbeiter und die politischen Parteien mehr als 100 Events organisiert. Das ist nach dem 3. Januar langsam, aber sicher entstanden. Die Leute haben angefangen, sich in den Kirchen zu organisieren. Auch an den Universitäten hat es immer mehr Veranstaltungen gegeben.

Auf der anderen Seite gilt das, was ich eben schon gesagt habe: Der staatliche Repressionsapparat ist noch intakt, es gibt weiter Angst. Die Leute reden nach wie vor nicht völlig frei. Es gibt immer noch hunderte meiner Mitstreiter, die im Exil leben und nicht nach Venezuela zurückkehren konnten. Es gibt auch nach wie vor mehr als 500 politische Gefangene. Die Folterzentren sind immer noch in Betrieb. Die staatlichen Repressionstrupps und die staatlich gelenkten Paramilitärs sind nicht von der Straße verschwunden.

Erst am vergangenen Donnerstag haben wir von dem dramatischen Fall von Víctor Hugo Quero Navas erfahren, einem Venezolaner, der im Januar 2025 „verschwunden“ ist. Seine Mutter hatte monatelang die Gefängnisse abgeklappert, um nach ihm zu suchen. Überall die gleiche Antwort: Wir haben Ihren Sohn nicht. Am Donnerstag nun hat das Regime zugegeben, dass ihr Sohn seit neun Monaten tot ist und in der Haft gestorben ist. Sie haben ihn gefoltert und begraben und haben dann noch seine Mutter verhöhnt.¹

Wir werden erleben, wie immer mehr solche Schreckenstaten, Tragödien und Menschenrechtsverletzungen ans Licht kommen werden. Das wird zwangsläufig ein



Diktator in Handschellen: Als die USA Nicolás Maduro am 3. Januar 2026 stürzten und außer Landes brachten, war die Freude bei vielen Venezolanern groß. Offen gezeigt wurde sie zunächst vor allem im Exil. Foto: © Zuma Press, Imago.

schwieriger Prozess werden, bei dem wir einsehen müssen, dass es in unserer Gesellschaft Gerechtigkeit geben muss, damit irgendwann auch Vergebung möglich wird.

***Ai:** Die USA haben einen Drei-Phasen-Plan für Venezuela entworfen, bei dem es zunächst um Stabilität und wirtschaftliche Erholung geht, bevor dann der politische Übergang kommen soll. Wie groß ist Ihr Vertrauen, dass es die Vereinigten Staaten mit dem demokratischen Übergang ernst meinen und sich nicht irgendwann mit einem autoritären, aber immerhin folgsamen Regime in Caracas zufriedengeben?*

Machado: Ich bin völlig sicher, dass Venezuela ein freies Land sein wird und dass wir den Weg hin zur Demokratie gehen werden, und zwar aus mehreren Gründen. Zunächst ist da unser wichtigster Verbündeter in dieser Sache, nämlich die USA. Ich habe über diese Fragen eingehend mit Außenminister Marco Rubio gesprochen und ich vertraue darauf, dass er das Regime und das, was es nicht nur für Venezuela selbst, sondern für ganz Lateinamerika und auch die Vereinigten Staaten bedeutet, so gut einschätzen kann, dass er weiß, dass wir mit diesem politischen Übergang dringend vorankommen müssen.

Zweitens ist die Unterstützung, die ich auch von anderen Regierungen, besonders aber von der Bevölkerung, auf der ganzen Welt erfahre, enorm: ob in Europa, Lateinamerika oder in anderen demokratischen Staaten. Alle wissen, dass die, die heute in Caracas regieren, sich auf genau dieselben Strukturen stützen wie vorher. Nicolás Maduro wurde entmachtet, aber die Struktur bleibt bestehen. Es ist dasselbe Regime, das all die Verbrechen begangen hat, über die wir schon gesprochen haben.

Der wichtigste Grund aber ist das venezolanische Volk. Ich bin wirklich beeindruckt und ich bewundere, wie reif dieses Volk und auch noch die ärmsten Menschen dort sind. Die stellen die Zusammenhänge sofort her und wissen: Wenn es mir wirtschaftlich gut gehen soll, braucht es ökonomische Freiheit. Aber diese wirtschaftliche Freiheit muss mit politischer Freiheit einhergehen. Und wenn heute also Arbeiter oder Gewerkschafter friedlich auf die Straße gehen, dann tun sie das natürlich für anständige Löhne – denn die Gehälter sind derzeit unterirdisch: Ein Lehrer verdient einen Dollar pro Tag. Aber sie stellen eben auch sofort die Verbindung her, von der ich eben gesprochen habe, und fordern auch Wahlen.

Venezuela ist also heute ein Land mit einer ausgeprägten politischen Reife, in dem wir beides haben. Es ist die Gleichzeitigkeit von Angst vor einem nach wie vor kriminellen Staatsapparat, von menschlichen Tragödien in einem zerstörten Land, und andererseits einer Hoffnung, die stetig wächst – weil wir wissen, dass ein Volk, das sich für die Freiheit entschieden hat, nicht aufzuhalten ist.

***Ai:** Schauen wir etwas näher auf einen möglichen demokratischen Übergang. Welche Rolle sehen Sie darin für Ihre Partei Vente Venezuela? Die der Anführerin eines geeinten Blocks, der sich der heutigen Regierung entgegenstellt?*

Machado: Das ist eine wichtige Frage. Ich denke, dass man im Rückblick später einmal das Jahr 2023 als Wendepunkt ausmachen wird. Zu Beginn jenes Jahres



schien die Lage in Venezuela hoffnungslos. Es hieß, es sei nichts zu machen, das Regime werde ewig halten. Die Parteien seien zerstritten, die Menschen glaubten an gar nichts mehr. Aber auch die Oppositionsparteien haben Reife bewiesen. Sie haben sich nicht nur abgestimmt, sondern haben entschieden, mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen 2024 Vorwahlen über ein breites Parteispektrum von links bis konservativ abzuhalten. Und zwar komplett losgelöst von der Infrastruktur des Regimes: ohne den nationalen Wahlrat und dessen Abstimmungsmaschinen, ohne Geld, im Grunde ohne alles.

Es war ein ganz schönes Wagnis, die Gesellschaft dazu zu bewegen, ihre eigenen Wahlen abzuhalten. Mehr als zehn Kandidaten traten an. Das Regime dachte, dass kaum jemand an den Vorwahlen teilnehmen würde. Es rechnete mit 100.000, maximal 300.000 Menschen. Aber am Ende waren es mehr als drei Millionen. Ich weiß noch, wie ich am Vormittag jenes 22. Oktober 2023 einen Anruf bekam und man mir sagte, dass die Wahlzettel, die wir gedruckt hatten, ausgingen.

Ich hatte die Ehre und damit auch die Verantwortung, diese Vorwahlen mit 92 Prozent der Stimmen zu gewinnen. Am nächsten Tag habe ich mich mit allen anderen Parteien zusammengesetzt und ihnen gesagt, dass aus dieser Konstellation eine große Koalition entstehen muss, in der die Aufgaben nicht nach Proporz vergeben werden, sondern es nur darum geht, wer die Besten sind.

***Ai:** Das Regime sah allerdings nicht lang tatenlos zu...*

Machado: Am 20. Januar 2024 haben sie im Grunde mein gesamtes Team verhaftet. Ich blieb allein zurück. Also musste ich von vorn anfangen, bin wieder auf die anderen Parteien zugegangen und habe die besten Leute ausgesucht.

***Ai:** Nur, damit die Regierung Sie dann von der Präsidentschaftswahl ausschließt. An Ihrer Stelle kandidierte Edmundo González, der die Wahl eigentlich gewann. Die Machthaber aber fälschten das Ergebnis.*

Machado: Aber wir konnten es vor aller Welt beweisen. Das Außergewöhnliche bei diesen Wahlen vom 28. Juli 2024 war, dass wir mehr als eine Million Freiwillige mobilisieren und organisieren konnten, die vor Ort in den Wahllokalen unter höchster Gefahr die Wahlunterlagen sicherten, um den Wahlbetrug nachweisen zu können.

Warum erzähle ich das alles? Weil es eben zeigt, dass wir bereits bewiesen haben, dass wir diese große Koalition über das politische Spektrum hinweg schmieden können. Vente Venezuela ist eine klassische liberale Partei, aber in unserem Bündnis kommen auch Sozialdemokraten und Konservative zusammen. Wir sind eine Allianz, die Parteigrenzen überwindet, ja sogar manche Gruppen, die einmal dem chavistischen Regierungslager anhängen, integriert, genau wie Teile der Zivilgesellschaft und Studentenbewegungen. Diese Allianz müssen wir als eine große gesellschaftliche Bewegung bewahren.



Gestohlene Wahl: Der anstelle von María Corina Machado angetretene Oppositionskandidat Edmundo González gewann die Präsidentschaftswahl im Juli 2024 ausweislich der sichergestellten Wahlakten haushoch. Die Regierung indes erfand einfach ihr eigenes Ergebnis. Foto: © Zuma Press, Imago.

***Ai:** Viele fragen sich, welche konkreten Schritte nun zu gehen sind, und in welchem Tempo. Was muss geschehen, damit es zu Neuwahlen kommen kann und Sie nach Venezuela zurückkehren können, und wann soll es geschehen?*

Machado: Die Rückkehr der Venezolaner, die im Exil leben, mich eingeschlossen, ist ein Schritt, der bald geschehen muss. Das ist auch Teil dessen, was wir mit den USA und anderen Akteuren abgestimmt haben. Was den Fahrplan für Wahlen betrifft, da ist der technische Aspekt wichtig. Das Wahlsystem in Venezuela liegt am Boden, und wir müssen es erst einmal wieder aufbauen. Nach meiner Schätzung konnten bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 2024 etwa 40 Prozent der eigentlich Wahlberechtigten dieses Recht nicht ausüben. Das waren Auslandsvenezolaner, Jugendliche, denen man keine Registrierung ermöglicht hatte, und noch mehr.

Als erstes also müssen wir in einer Kraftanstrengung wieder ein Wählerverzeichnis auf die Beine stellen, das mit der Realität übereinstimmt. Alle, die wahlberechtigt sind, sollen auch wählen können – und zwar nur einmal, auch das ist wichtig. Das bedeutet, dass wir vier bis fünf Millionen Auslandsvenezolaner und drei bis vier Millionen Menschen innerhalb Venezuelas neu registrieren müssen. Zudem muss sichergestellt sein, dass der gesamte Wahlprozess von A bis Z beobachtet wird. Wir wollen eine echte Blaupause für freie und faire Wahlen abliefern. Technisch wird das sicher sieben bis neun Monate in Anspruch nehmen. Aber um einen solchen Prozess anzustoßen, braucht es eine politische Entscheidung. Diese Einsicht muss sich jetzt durchsetzen, und das schließt auch die Berufung eines neuen nationalen Wahlrats mit ein.

***Ai:** Mit Blick auf einen demokratischen Übergang haben Sie vorhin zwei Wörter genannt, die uns wichtig erscheinen: Gerechtigkeit und Vergebung. Können Sie darauf näher eingehen?*

Machado: In dem Zusammenhang will ich zunächst auf etwas zurückkommen, das ich ebenfalls schon gesagt habe: Viele Menschen, die früher einmal Anhänger oder Teil des Chávez- und dann des Maduro-Regimes waren, sind heute Teil unserer Koalition. Als ich durch Venezuela gereist bin, kamen manchmal Menschen zu mir, die vorher auf Seiten des Regimes gestanden hatten. Sie haben mich umarmt, weinten dabei, baten mich um Verzeihung. Und ich habe immer gesagt: Wir sind doch alle Teil desselben Landes. Mir ist dabei bewusst geworden, dass viele dieser Leute – Militärangehörige, Staatsdiener – auf eine gewisse Weise auch so etwas wie Gefangene des Regimes gewesen waren.

Natürlich gibt es auch besonders schwere Fälle von Menschenrechtsverbrechen, die teils vom Internationalen Strafgerichtshof untersucht werden. Wir dürfen nicht vergessen, dass es Menschen gibt, deren Kinder „verschwunden“ sind oder ermordet wurden, wie zum Beispiel Frau Navas, über die ich vorhin schon sprach. Denen können wir nicht sagen, dass es für alle Täter völlige Strafflosigkeit geben wird, zumal es dann immer die Gefahr gäbe, dass manche Menschen Selbstjustiz üben könnten.

Gleichzeitig müssen wir uns der Notwendigkeit stellen, manchen Tätern gewisse Garantien zu geben, und in vielen Fällen wird das nicht leichtfallen. Das ist eine sehr schwierige Situation und ich bin mir sehr wohl bewusst, dass es für mich eine große Verantwortung bedeuten wird, mich vor das Land zu stellen und für Vertrauen zu werben, damit wir denjenigen, die daran mitwirken wollen, diesen politischen Übergang möglich zu machen, entsprechende Regelungen und Anreize bieten können.

***Ai:** Zum Ende unseres Gesprächs würden wir gern noch einen Blick auf die internationale Ebene werfen. Welche Rolle hat das Venezuela von Chávez und Maduro hier gespielt?*

Machado: Über Jahre habe ich international dafür sensibilisiert, dass das, was in Venezuela geschah, nicht nur dort Schaden angerichtet und viele Leben zerstört hat, sondern in der gesamten westlichen Hemisphäre. Venezuela hat sich in dieser Zeit zu einer Art sicherem Hafen für kriminelle Regime aus aller Welt entwickelt, wie beispielsweise Russland und Iran, aber auch für Verbrechergruppen wie Hisbollah und Hamas, für Drogenkartelle und auch für die kolumbianische Guerilla. Sie alle haben sich in Venezuela getummelt, weil es ein Land mit außergewöhnlichen natürlichen Ressourcen ist, die sie an sich bringen und ausbeuten wollten. Aber auch wegen seiner geografischen Lage. Man muss verstehen, dass Venezuela im Herzen des amerikanischen Doppelkontinents liegt, mit Zugang zum Atlantik, nah am Panamakanal, drei Flugstunden von Miami entfernt. Es war wie ein Krebsgeschwür, das erst Venezuela befallen hat, um von dort aus in ganz Amerika zu wuchern.

***Ai:** Und welchen Platz sehen Sie für ein freies Venezuela in der Welt, an wessen Seite wird es stehen?*

Machado: Ganz eindeutig an der Seite der westlichen Demokratien, unseren Wertepartnern. Wenn unsere Bewegung in Venezuela eines erreicht hat, dann liegt es darin, dass wir ein Land entlang ganz bestimmter Werte geeint haben: Menschenwürde, Respekt vor Pluralismus, Solidarität – und natürlich Eigenverantwortung in Verbindung mit Freiheit. Ich werde nicht müde zu betonen, dass es keine Generation gibt, die so gut auf die Freiheit und die Demokratie vorbereitet ist wie das heutige Venezuela. Denn diese Gesellschaft, diese Generation, ist in den harten Jahren, durch die sie gegangen ist und immer noch geht, noch großzügiger geworden. In all den Jahren der Schreckensherrschaft hat sie auch ihren Mut unter Beweis gestellt. Und angesichts schrecklicher Trennungen – ein Drittel der Bevölkerung musste fliehen – schätzen wir Familie und Freiheit heute mehr als jede andere Generation. Um all diese Werte herum müssen wir enge Beziehungen zu den Nationen aufbauen, die sie teilen.

Ai: Da sind wir unter anderem bei Deutschland und Europa. Warum sollten wir hier nicht gleichgültig auf das schauen, was in Venezuela passiert?

Machado: Ein freies Venezuela wird ein gigantischer Energielieferant für Europa sein und auch ein großer Verbündeter in Sicherheitsfragen. Ich will aber vor allem eines betonen: Ich glaube, dass der demokratische Übergang in Venezuela Schockwellen auslösen wird. Und die werden nicht nur bis nach Kuba und Nicaragua reichen, wo die Regime fallen werden, weil die Demokratisierung Venezuelas für Lateinamerika das sein wird, was der Fall der Berliner Mauer für Europa war. Wir werden darüber hinaus der ganzen Welt etwas beweisen: Es mag verbrecherische und zerstörerische Regime geben, die allen weismachen wollen, dass die Nation, die sie unterdrücken, sich nie gegen sie erheben wird. Ein geeintes Volk, das die Freiheit liebt, kann es aber sehr wohl schaffen. Welche demokratische Gesellschaft könnte da gleichgültig sein?

*Das Gespräch führten Sören Soika und Jakob Kerstan
(Beauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Venezuela).*

– übersetzt aus dem Spanischen –

1 Carmen Navas starb wenige Tage nachdem wir dieses Interview geführt hatten.

Von Monroe zu Donroe

Die Lateinamerika-Strategie der Trump-Regierung



Auf einen Blick

Mit „Shield of the Americas“ startete die Trump-Regierung eine Initiative, die auf Kooperation mit ideologisch nahen lateinamerikanischen Regierungen setzt und multilaterale Foren umgeht. Im Zentrum steht der militärische Kampf gegen Drogenkartelle. Die USA bieten Ausbildung und Unterstützung für Streitkräfte ausgewählter Partner an und propagieren militärische Mittel als zentrales Instrument gegen Drogenhandel und Migration.

Die Nationale Sicherheitsstrategie 2025 priorisiert die westliche Hemisphäre und formuliert mit der „Trump-Corollary“ eine machtpolitische Neuaufgabe der Monroe-Doktrin – inklusive stärkerer militärischer Präsenz und Handelsdiplomatie.

Befreundete Staaten sollen eingebunden und belohnt, andere Länder von enger Zusammenarbeit mit China abgehalten werden, insbesondere beim Zugang zu strategischer Infrastruktur und sicherheitsrelevanten Anlagen.

Die Politik wird von Donald Trumps außenpolitischem Team mit großer Lateinamerika-Erfahrung getragen; eine Schlüsselrolle spielt Marco Rubio.

Kritik gilt der Überbetonung militärischer Lösungen, der Ausblendung struktureller Probleme und dem Risiko wachsender US-Ablehnung in einer bislang vergleichsweise friedlichen Region.



Dr. Hardy Ostry ist Leiter des Auslandsbüros Washington, D.C. der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Schutzschild der Gleichgesinnten

Was die Nationale Sicherheitsstrategie beschreibt, wurde im März 2026 auf Donald Trumps Golfplatz in Doral, Florida, in die Tat umgesetzt: die neue Sicherheitsinitiative „Shield of the Americas“ (Schutzschild Amerikas). Sie ist ein Kernstück der neuen Lateinamerika-Politik der Trump-Regierung. Zum Auftakttreffen kamen Vertreter von 17 Ländern, überwiegend konservative Staats- und Regierungschefs lateinamerikanischer Staaten, die Trump ideologisch nahestehen. Es war das erste multilaterale Treffen mit Vertretern aus der Region, der laut Nationaler Sicherheitsstrategie eine zentrale Rolle für die Verteidigung der USA zukommt. Etablierte Plattformen wie die Organization of American States oder der Summit of the Americas waren nicht eingebunden. Wenngleich die USA und die Staaten Lateinamerikas durchweg auch durch intensive Handelsbeziehungen, insbesondere zwischen den USA und Mexiko, verbunden sind, dominierte ein anderes, nicht weniger relevantes Thema das Treffen in Florida.

Im Mittelpunkt der Initiative steht der Kampf gegen Drogenkartelle. Dafür wurde bei dem Treffen in Florida eine Erklärung zu einer „Americas Counter Cartel Coalition“ unterzeichnet, eine Verpflichtung der 17 Länder, mit „harter Macht gegen diese Gefahr für Sicherheit und Zivilisation“ vorzugehen.¹ Dafür bieten die USA an, die Streitkräfte der Partnerländer auszubilden und zu ertüchtigen. Laut Präsident Trump hilft im Kampf gegen Drogenschmuggel nur der Einsatz des Militärs. Viele der anwesenden Politiker teilen die Einschätzung, das Problem sei nur mit hartem Durchgreifen zu beseitigen.

Zu den Teilnehmern gehörten die Präsidenten Javier Milei von Argentinien, Nayib Bukele von El Salvador und Daniel Noboa von Ecuador. Sie

setzen auf eine enge Kooperation mit Trump: So halfen die USA Milei kurz vor den parlamentarischen Zwischenwahlen im Oktober 2025 mit einem milliardenschweren Hilfspaket, wobei es sich um einen Währungsstützungskauf handelte. Darüber hinaus stellte Finanzminister Bessent ebenso in Aussicht, einen argentinischen Regierungsfonds in gleicher Höhe von 20 Milliarden US-Dollar zu kaufen, der allerdings auf Privatanleger abzielte.² Bukele startete einen „Krieg gegen Gangs“ und erklärte sich bereit, ausgewiesene Flüchtlinge aus den USA aufzunehmen, was ihm das Wohlwollen des US-Präsidenten einbrachte. Trump, Milei, Bukele und Noboa nutzten für ihre Wahlerfolge ähnliche Taktiken: Sie vertreten einen antielitären Populismus, fokussieren sich auf innere Sicherheit, wobei sie diese im Zweifel über Institutionen und Bürgerrechte stellen, und nutzen soziale Medien für eine direkte Kommunikation mit ihrer Anhängerschaft. Neu in der Runde war Nasry Asfura, der kürzlich gewählte Präsident von Honduras. Er konnte knapp gewinnen, nachdem sich Trump ausdrücklich für seine Kandidatur eingesetzt hatte. Auch Noboa hatte im Wahlkampf auf Nähe zu Trump gesetzt. Ob dieser Faktor bei seiner Wiederwahl entscheidend war, lässt sich kaum verifizieren. Beobachter sehen Noboas Wahlerfolg aber zumindest teilweise hierin begründet.³

Für Trump ist das „Shield of the Americas“ eine Koalition der Willigen, die seine Lösungsansätze unterstützen, um Migrationsbewegungen und Drogenschmuggel einzudämmen. Es ist fraglich, ob diese Initiative auch grundlegende Probleme wie schwache Institutionen, Korruption oder mangelnde Rechtsstaatlichkeit angehen will. Eine zentrale Schwäche ist, dass wichtige lateinamerikanische Staaten wie Brasilien oder Mexiko bislang nicht eingebunden sind.

Die Nationale Sicherheitsstrategie

Die jüngste Nationale Sicherheitsstrategie der USA wurde im November 2025 veröffentlicht.⁴ Sie fasst die „America First“-Strategie des Präsidenten zusammen und wendet sie auf die verschiedenen Weltregionen an. Ein Kernanliegen ist die volle Kontrolle der eigenen Grenzen und der Einwanderung in die USA.

Die neue Sicherheitsstrategie priorisiert die westliche Hemisphäre und definiert Migration, Kartelle und den Einfluss Chinas als Bedrohung.

Die Strategie des Präsidenten blieb innerhalb der USA nicht folgenlos – mit Blick auf diejenigen, die ihn 2024 mit ins Amt gebracht hatten. Gut 46 Prozent der in den USA lebenden Latinos hatten Trump gewählt. Wurden eine stärkere Grenzkontrolle und Absicherung derselben von vielen zu Beginn noch mitgetragen, sanken die Zustimmungswerte in dieser Wählergruppe jedoch dramatisch zum Sommer 2025, insbesondere vor dem Hintergrund der als meist übergreifig wahrgenommenen Razzien und Kontrollen durch die US Immigration and Customs Enforcement (ICE); und dies mit drastischen Folgen: Mehr als die Hälfte (52 Prozent) der in den USA lebenden Latinos hätten demnach – ungeachtet ihres tatsächlichen Aufenthaltsstatus – Angst vor einer Deportation gehabt. Insofern wundert es nicht, dass Trump gerade bei dieser Wählergruppe erheblich an Boden verloren hat, den die Demokraten ihrerseits durch eine umso deutlichere Verurteilung der Trumpschen Migrationspolitik für sich gutmachen wollen.⁵

Unter der Frage „Was wollen wir von der Welt?“ steht die westliche Hemisphäre an erster Stelle. Sie soll stabil und so gut verwaltet sein, dass eine Masseneinwanderung in die USA von hier aus nicht mehr möglich ist. Die entsprechenden Regierungen sollen mit den USA gegen

„Drogen-Terroristen“⁶, Kartelle und international agierende kriminelle Vereinigungen kooperieren. Feindlich gesinnte Akteure sollen aus der Hemisphäre ferngehalten und Lieferketten aufrechterhalten werden. Die USA sollen Zugang zu strategischen Orten in der Region behalten oder bekommen.

Aus Sicht der US-Regierung ist das eine Fortschreibung der Monroe-Doktrin, die sogenannte „Trump-Corollary“. Sie sei eine „vernünftige und wirkungsvolle Erneuerung“ von Macht und Prioritäten der USA. Es gehe darum, in der westlichen Hemisphäre Migration zu kontrollieren, Drogenhandel zu stoppen und Stabilität zu sichern. Dazu werden die Länder in zwei Gruppen eingeteilt, die zwei Maximen entsprechen: *enlist* (beteiligen, verpflichten) und *expand* (erweitern).

Unter dem Stichwort *enlist* geht es darum, befreundete Länder einzubinden, sie zu belohnen und zu ermuntern, wenn sie sich den US-amerikanischen Zielen anschließen. Das „Shield of the Americas“ baut auf dieser Gruppe auf.

Unter dem Schlagwort *expand* will man die weiteren Länder in der Region ansprechen. Sie sollen erkennen, dass die USA als Partner die erste Wahl sind, und dafür weniger mit anderen Akteuren kooperieren. Das ist eindeutig gegen China gerichtet, dessen Einfluss in der Region in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen ist. Der Einfluss solcher „anderer Akteure“ soll minimiert werden, vor allem, wenn es um die Kontrolle von Militäreinrichtungen, Häfen und Infrastruktur geht – „strategische Assets, umfassend definiert“.

Im Mittelpunkt der „Trump-Corollary“ steht die militärische Präsenz der USA. Sie solle in der westlichen Hemisphäre gestärkt werden, auf Kosten anderer Weltregionen, deren Bedeutung für die nationale Sicherheit gesunken sei. Küstenwache und Marine sollten Schifffahrtswege kontrollieren, vor allem auch gegen illegale Migration und Drogenschmuggel. Das Militär solle auch gegen Drogenkartelle eingesetzt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Strategie ist die Handelsdiplomatie: Um die eigene Wirtschaft zu



Sanktionen als Belastungsprobe: Die Proteste vor der kubanischen Botschaft in Washington im April 2026 zeigen, dass Teile der Zivilgesellschaft Widerstand gegen Trumps forcierte Energieblockade leisten. Während der politische Druck auf die kubanische Regierung steigt, trägt die Zivilbevölkerung die Hauptlast der daraus resultierenden Versorgungskrise. Foto: © Matrix Images, Imago.

stärken, seien Zölle und Handelsvereinbarungen notwendig. Die Region solle als Absatzmarkt für US-amerikanische Unternehmen weiter ausgebaut werden. Dies würde voraussetzen, dass US-Diplomaten die Attraktivität US-amerikanischer Güter, Dienstleistungen und Technologien gegenüber jenen anderer Staaten klar kommunizieren.

Schon nach wenigen Monaten zeigt sich, dass das reale Handeln der Trump-Regierung nicht immer der Strategie folgt: So heißt es, man wolle einen „flexiblen Realismus“, der gute Beziehungen zu anderen Ländern anstrebe, ohne ihnen demokratischen oder sozialen Wandel aufzuerlegen. Man stehe für Souveränität und wolle andere Länder ermutigen, für ihre Interessen einzustehen – eine Abkehr vom Konzept „Nation Building“, das

eine wichtige Rolle in den Kriegen im Irak und in Afghanistan spielte und von Trumps MAGA-Bewegung abgelehnt wird. Allerdings wird diese Ablehnung brüchig, wenn es um direkte Interessen der USA geht: So hat sich Präsident Trump bereits in mehrere Wahlen in Lateinamerika eingemischt, entweder mit Wahlempfehlungen, Geldgeschenken⁷ oder Drohungen.

Trumps „Donroe-Doktrin“ verschiebt die Monroe-Logik zu machtpolitischer Kontrolle und Einflussnahme in Lateinamerika.

Wendepunkt oder Fortschreibung?

Seit dem 19. Jahrhundert haben die USA versucht, ihr Verhältnis zu ihren südlichen Nachbarn, zu ihrem „Hinterhof“, zu definieren. Dabei schwankten sie immer zwischen eigener Macht und guter Nachbarschaft. Die neue Nationale Sicherheitsstrategie schwenkt eindeutig zurück zu „Macht“, angetrieben von offensichtlich innenpolitischen Motiven: Migration, Drogenhandel und Absatzmärkten für US-amerikanische Produkte. Hinzu kommt der Wille, den chinesischen Einfluss zurückzuweisen, der besonders handelspolitisch in den vergangenen Jahren enorm gestiegen ist. Wie stark China bereits in der Region verwurzelt ist, analysiert eine Studie des Auslandsbüros Washington, D.C. der Konrad-Adenauer-Stiftung von 2025.⁸ Sie zeigt, dass China über Handelsbeziehungen hinaus auf kulturellen, politischen und diplomatischen Einfluss setzt und sich auch sicherheitspolitisch engagiert – alles Bereiche, die traditionell zur US-amerikanischen Einflusssphäre gehören.

Als historischen Referenzrahmen nutzt die Strategie, wie bereits erwähnt, die Monroe-Doktrin, von Präsident Trump selbst zur „Donroe-Doktrin“ fortentwickelt und in der Nationalen Sicherheitsstrategie offiziell mit dem Begriff „Trump-Corollary“ versehen. Präsident James Monroe hatte seine Doktrin 1823 verkündet, um europäische Kolonialmächte aus der westlichen Hemisphäre fernzuhalten und die Einflusssphären der USA und der Europäer zu trennen. Erheblich erweitert wurde die Doktrin 1904 von Präsident Theodore Roosevelt, der die „Roosevelt-Corollary“ hinzufügte, mit der sich die USA das Recht nahmen, in innere Angelegenheiten lateinamerikanischer Staaten einzugreifen, wenn es für die Stabilität der Region notwendig sei. Diese *Corollary* ist das eigentliche Vorbild der „Trump-Corollary“.

Die USA griffen wiederholt in der Region ein: Sie besetzten zeitweise die Dominikanische Republik, Kuba, Nicaragua und Haiti. Sie halfen Panama bei der Unabhängigkeit von Kolumbien und nahmen die Kanalzone in Besitz. Militärische Einsätze gab es regelmäßig, in den

1980er-Jahren beispielsweise die Interventionen in Grenada und Panama. Präsident Franklin D. Roosevelt war eine Ausnahme, als er 1933 die Politik der guten Nachbarschaft verkündete, die sich gegen Einmischung und Militärbesatzungen aussprach.

Wenn die neue Nationale Sicherheitsstrategie von einer „Vernachlässigung“ der Region spricht, bezieht sich das am ehesten auf die Jahre seit 2000. Auch die Präsidenten George W. Bush und Barack Obama hatten Pläne und Strategien für Lateinamerika, allerdings zogen der 11. September 2001 und seine Folgen sowie das wirtschaftliche Erstarken Asiens die außenpolitische Aufmerksamkeit auf sich. Zu Beginn dieses Jahres zeigte der Krieg gegen den Iran, dass auch die Trump-Regierung nicht davor bewahrt ist, ihren Fokus wieder auf andere Weltregionen zu lenken.

Besonders das langwierige Engagement der USA im Nahen Osten führte zu einer Kriegsmüdigkeit der US-Amerikaner. Trump reagierte darauf mit dem Versprechen, sich wieder auf „America First“ zu konzentrieren. Lateinamerika ist hierfür ein wichtiger außenpolitischer Baustein, denn die Region ist mit zwei innenpolitischen Problemen der USA eng verknüpft: dem Drogenschmuggel, der die Drogenepidemie in den USA befeuert, und der illegalen Migration, die von Trump und seiner MAGA-Bewegung als großes Problem für den Wohlstand der USA angesehen wird.

Dabei zählt die Drogenproblematik in den USA zu den bittersten und tödlichsten Entwicklungen des Landes: Im Jahr 2023 starben nach statistischen Angaben bis zu 107.000 Menschen im Land an den Folgen des Drogenkonsums. Gerade die US-mexikanische Grenze gilt dabei als ein bislang bevorzugter Umschlagplatz für das günstigere und hochwirksame Opioid Fentanyl, das 50-mal tödlicher ist als Heroin.⁹ Gerade die 3.000 Kilometer lange Grenze zwischen den USA und Mexiko dient daher als Umschlagplatz für Drogenkartelle, denen Trump den Kampf angesagt hatte. Die Hinwendung zur eigenen Hemisphäre bedient gleich mehrere Lager der Trump-Koalition: die Einwanderungsgegner, repräsentiert von dem einflussreichen

Trump-Berater Stephen Miller; die Anhänger eines maskulinen, kämpfenden Militärs, vertreten von Verteidigungsminister Pete Hegseth¹⁰; die Vertreter einer dominanzorientierten Außenpolitik, repräsentiert von Außenminister Marco Rubio. Trump kann hier sein „America First“-Versprechen besser einhalten als in anderen Weltregionen. Steve Bannon, Vordenker der MAGA-Bewegung, sagte dazu, dies sei der Basis besser zu verkaufen als „das Zeug im Nahen Osten“.¹¹

Die Frage bleibt, ob diese neue Strategie für Lateinamerika die Beziehungen der USA zu ihren Nachbarn nachhaltig verbessern kann. Kritiker bemängeln vor allem die Fokussierung auf militärische Lösungen für Probleme, die eher gesellschaftlich oder polizeilich zu lösen sind. So schrieb Rosemary Kelanic vom Thinktank Defense Priorities, das neugefundene Interesse an Lateinamerika sei „unnötig, kontraproduktiv und könnte Chaos wie im Nahen Osten auslösen“.¹² Militärisch gesehen sei die Region außergewöhnlich friedlich, es habe kaum zwischenstaatliche kriegerische Konflikte gegeben. Ein erhöhtes militärisches Engagement der USA könne diese Ruhe gefährden. Der Einsatz von Militär gegen Drogenschmuggler sei ähnlich problematisch wie derjenige von Militär im globalen Krieg gegen Terror, der die USA in Konflikten gebunden habe, die keine militärische Lösung gekannt hätten. Die Frage, die sie und andere Verteidigungsexperten stellen, lautet folgendermaßen: Warum zusätzliche Aufmerksamkeit und Mittel in einer Region einsetzen, die man ohnehin schon dominiert?

Auch das kategorische Vorgehen gegen „andere Akteure“ – gemeint ist China – könnte eine gegenteilige Wirkung haben. Die lateinamerikanischen Staaten sind auf ausländische Investitionen angewiesen. Es sei ein gefährliches Spiel, Länder zu zwingen, sich zwischen den USA und China zu entscheiden, warnte Monica de Bolle vom Thinktank Peterson Institute for International Economics (PIIE).¹³ Der chinesische Einfluss auf Investitionen in Infrastruktur und Märkte sei bereits erheblich. Der Versuch, China aus der Region herauszudrängen, könne schließlich

die politische und wirtschaftliche Stabilität der Region gefährden. Andererseits drängt neben den USA – teilweise verschärft und bedingt durch deren Handelspolitik – die EU verstärkt auf den Kontinent und bietet sich auch als Alternative an. Mit dem Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens entsteht eine der größten Freihandelszonen der Welt, die mittel- bis langfristig auch zu Verschiebungen in der Handelspolitik sowie gegebenenfalls ebenso zur Verringerung der Abhängigkeit mancher Länder von China führen könnte. Die EU hat hier die Chance, sich in dieser Position als ein valider, mitunter auch komplementärer handels- und wirtschaftspolitischer Partner zu entwickeln.

Personen beeinflussen Politik

Wenn man das außenpolitische Team betrachtet, das sich Trump in seiner zweiten Amtszeit aufgebaut hat, fällt eine große Lateinamerika-Kompetenz auf. Marco Rubio ist der erste latinostämmige Außenminister der USA. Sein Stellvertreter Christopher Landau war einmal Botschafter in Mexiko. UN-Botschafter Mike Waltz hatte sich als Kongressmitglied ausgiebig mit der Region beschäftigt. Der Direktor des CSIS-Amerika-Programms, Ryan Berg, spricht von der „ersten Lateinamerika-zentrierten Regierung seit mindestens einem Jahrhundert“.¹⁴

Für Marco Rubio steht der Umgang mit Lateinamerika im Mittelpunkt seines politischen Engagements.

Im Mittelpunkt steht Rubio, nicht nur Außenminister, sondern auch amtierender Nationaler Sicherheitsberater. Seine Machtfülle ist formell vergleichbar mit der Henry Kissingers, mit der Einschränkung, dass Trump gerne auf Verhandler von außerhalb des Regierungsapparates setzt, vor allem auf Steve Witkoff und Jared Kushner. Rubio ist dennoch an allen wesentlichen außenpolitischen Entscheidungen der Trump-Regierung beteiligt, ohne übermäßig im Rampenlicht

zu stehen oder mit scharfen Statements die öffentliche Debatte anzuheizen. Das überlässt er dem Präsidenten Trump oder dem Vizepräsidenten JD Vance. Rubio verhält sich „gleichzeitig skrupellos und chamäleonhaft“¹⁵.

Rubio hatte sich in seinen Jahren als Senator ein Image als außenpolitischer Falke erarbeitet. Nun setzt er eine Außenpolitik um, die viele seiner persönlichen Ziele beinhaltet, sich aber von der neokonservativen Ära George W. Bushs unterscheidet. Es geht nicht mehr darum, autokratische Regime zu stürzen, um der Demokratie zum Sieg zu verhelfen. Es geht um Macht, Einfluss, um „Regime-Wohlfühlen statt Regime-Wechsel, eine Doktrin des Zerstörens und des Deals“¹⁶. Damit soll die Brücke geschlagen werden zwi-

schen Trumps Versprechen, die USA nicht in unendliche Kriege zu führen, und dem Versuch, US-Interessen weltweit durchzusetzen.

Für Rubio steht der Umgang mit Lateinamerika im Mittelpunkt seines politischen Engagements. Das hat persönliche Gründe – seine Eltern stammen aus Kuba – und wahltaktische Gründe – konservative Latinos gehörten zu seiner Kernwählerschaft, als er Florida im Senat vertrat.

Diese Verbindung gab Rubio schon zu Trumps erster Amtszeit Einfluss auf die Außenpolitik, damals noch als Senator – denn Trump wusste, dass er die Stimmen konservativer Latinos in Florida brauchte, um seine Wiederwahl zu sichern.



An der Seite Mileis: Donald Trump unterstützt den Präsidenten und bewahrt Argentinien mit einem 20-Milliarden-Dollar-Deal vor einer schweren Währungskrise. Foto: © UPI Photo, Imago.

Rubios Einfluss ging so weit, dass er schon damals als „Außenminister für Lateinamerika“ bezeichnet wurde.¹⁷ Sein Kerninteresse damals wie heute: eine harte Politik gegen die sozialistischen Diktaturen in Venezuela, Nicaragua und Kuba. Kritiker bemängelten seinerzeit, dieser Einfluss habe die Strategie verzerrt und zu einer „Besessenheit“ mit diesen drei Diktaturen geführt, durch die der Rest der Region zunehmend ignoriert worden sei.¹⁸

Schon 2019 äußerte sich Rubio zur Lage in Venezuela und sprach sich dafür aus, Präsident Nicolás Maduro aus dem Amt zu entfernen. Wandel in Venezuela würde die politische Spitze von Kuba schwächen – eines der zentralen politischen Ziele Rubios.¹⁹ Seine damaligen Vorhersagen haben sich zu einem gewissen Punkt bewahrt: Das US-amerikanische Vorgehen gegen Maduro und die De-facto-US-Kontrolle der venezolanischen Ölexporte haben das kubanische Regime erheblich geschwächt. Präsident Trump denkt daher bereits laut darüber nach, auch in Kuba die Kontrolle zu übernehmen.²⁰

Fazit

Das Verhältnis der USA zu Lateinamerika ist von einem ständigen Wandel geprägt: Mal gab es einen Fokus auf gute Nachbarschaft, mal eine klare Machtpolitik. Die Trump-Regierung ist klar an Macht, Einfluss und Geschäften interessiert. Hauptantrieb sind innenpolitische Themen: Einwanderung, Drogenschmuggel, Exportförderung. Was fehlt, ist eine breit aufgestellte Politik, die es schaffen könnte, die Interessen aller beteiligten Länder zu berücksichtigen und eine nachhaltige Entwicklung des Raumes zu befördern.

Die Gefahr ist, dass eine zu harte Politik für die Region wie in der Vergangenheit zu einer breiten Ablehnung der USA führt. Diese Gefahr besteht vor allem, wenn die von Trump offen geförderten rechtskonservativen Regierungen ihren Bürgern nicht den Frieden und die Prosperität liefern können, die sie versprochen haben. Wichtige entwicklungspolitische Instrumente wie USAID oder Demokratieprogramme wurden zudem von der Trump-Regierung erheblich

eingeschränkt und stehen somit für eine multidimensionalere Politik in der Hemisphäre kaum noch zur Verfügung.

Aus deutscher und europäischer Perspektive könnten sich daraus auch neue Chancen und Möglichkeiten ergeben, nicht nur in handels- und wirtschaftspolitischer Hinsicht die Verbindungen nach Lateinamerika zu stärken, sondern auch im politischen Dialog die Zusammenarbeit auf eine breitere Grundlage zu stellen.

- 1 Trump, Donald J. 2026: Commitment to Countering Cartel Criminal Activity, The White House, 07.03.2026, in: <https://ogy.de/n599> [14.04.2026].
- 2 de Bolle, Monica 2025: Will Argentina become Trump's financial quagmire?, Peterson Institute for International Economics (PIIE), 16.10.2025, in: <https://ogy.de/cbck> [11.05.2026].
- 3 Aspinwall, Nick 2025: Ecuador Sticks with Trump-Friendly President, Foreign Policy, 16.04.2025, in: <https://ogy.de/ivr1> [11.05.2026].
- 4 The White House 2025: National Security Strategy of the United States of America, 11/2025, in: <https://ogy.de/y8cf> [14.04.2026].
- 5 Im, Carolyne / Noé-Bustamante, Luis 2025: Majorities of Latinos Disapprove of Trump and His Policies on Immigration, Economy, Pew Research Center, 24.11.2025, in: <https://ogy.de/0u6g> [11.05.2026].
- 6 The White House 2025: Designating Cartels And Other Organizations As Foreign Terrorist Organizations And Specially Designated Global Terrorists, 20.01.2025, in: <https://ogy.de/p63v> [12.05.2026].
- 7 Kanno-Youngs, Zolan / Rappeport, Alan 2025: Trump Dangles \$20 Billion Lifeline for Argentina, With Strings Attached, The New York Times, 14.10.2025, in: <https://ogy.de/m14r> [12.05.2026].
- 8 Johnston, Karin L. 2025: China, Latin America, and the United States. Geopolitical Impacts and New Challenges, Konrad-Adenauer-Stiftung, 17.01.2025, in: <https://ogy.de/67ff> [14.04.2026].
- 9 Ferragamo, Mariel / Klobucista, Claire 2025: Fentanyl and the U.S. Opioid Epidemic, Council on Foreign Relations, 30.10.2025, in: <https://ogy.de/008x> [11.05.2026].
- 10 Baldor, Lolita C. 2024: Should women be allowed to fight on the front lines? Trump's defense pick reignites the debate, AP News, 18.11.2024, in: <https://ogy.de/v2ih> [11.05.2026].
- 11 Bergengruen, Vera 2025: Trump's 'Donroe Doctrine' Aims to Dominate the Americas, The Wall Street Journal, 22.10.2025, in: <https://ogy.de/qt95> [14.04.2026].
- 12 Defense Priorities Foundation 2026: Americas First: A Shift to Hemispheric Defense, 10.02.2026, in: <https://ogy.de/dk9r> [14.04.2026].
- 13 de Bolle, Monica 2026: Trump's latter day Monroe Doctrine is aimed at China, PIIE, 17.02.2026, in: <https://ogy.de/yac8> [14.04.2026].
- 14 Berg, Ryan C. 2025: This Trump Administration Is Shaping Up to Be Latin America-First, Foreign Policy, 08.01.2025, in: <https://ogy.de/u8q5> [14.04.2026].
- 15 The Economist 2026: Marco Rubio, the chameleon in the war room, 23.03.2026, in: <https://ogy.de/fy9z> [14.04.2026].
- 16 Wong, Edward / Crowley, Michael 2026: Trump and Rubio's Vision of War: The Art of Destroy and Deal, The New York Times, 14.03.2026, in: <https://ogy.de/oj2w> [14.04.2026].
- 17 Rodriguez, Sabrina 2020: How Marco Rubio runs Trump's Latin America policy, Politico, 08.03.2020, in: <https://ogy.de/6ohs> [14.04.2026].
- 18 Gramer, Robbie et al. 2026: Rubio Has Long Dreamed of Changing Latin America. Embracing MAGA Opened the Door., The Wall Street Journal, 07.01.2026, in: <https://ogy.de/7ewk> [11.05.2026].
- 19 National Public Radio 2019: Venezuelan Political Crisis Is Destabilizing Surrounding Region, Sen. Rubio Says, 05.02.2019, in: <https://ogy.de/42xd> [14.04.2026].
- 20 The Guardian 2026: Trump predicts he will have 'honour of taking Cuba' amid power blackout, 17.03.2026, in: <https://ogy.de/b0hb> [11.05.2026].

Das EU-Mercosur-Abkommen

Neuer Schwung für die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen



Auf einen Blick

Das EU-Mercosur-Abkommen markiert einen wichtigen Schritt zur Vertiefung der europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen und setzt ein politisches Signal für Freihandel und multilaterale Zusammenarbeit.

Mit der schrittweisen Abschaffung von rund 90 Prozent der gegenseitigen Zölle stärkt das Abkommen den bilateralen Handel und verbessert insbesondere die Marktchancen europäischer Unternehmen.

Schutzklauseln und Begleitmaßnahmen sollen negative Auswirkungen auf den europäischen Agrarsektor begrenzen und faire Wettbewerbsbedingungen sichern.

Die Vereinbarung trägt zur Diversifizierung von Lieferketten bei und verringert die Abhängigkeit der EU von einzelnen Drittstaaten, insbesondere von China und den USA.

Über den Handel hinaus fördert das Abkommen eine engere Kooperation bei globalen Herausforderungen wie Klimaschutz, Nachhaltigkeit, demokratischer Regierungsführung und der Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung.

Das Abkommen eröffnet neue wirtschaftliche, entwicklungspolitische und geopolitische Handlungsspielräume für beide Regionen.



Dr. Patricia Enssle ist Referentin für die Cono-Sur-Staaten bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Der Handelsteil des seit einem Vierteljahrhundert verhandelten Abkommens zwischen der EU und der südamerikanischen Wirtschaftsgemeinschaft und Zollunion Mercado Común del Sur (Mercosur)¹ wird seit dem 1. Mai 2026 vorläufig angewendet. Die EU hat den Mercosur-Staaten die hierfür erforderliche Urkunde offiziell übermittelt, nachdem diese im März die nationalen Ratifizierungsverfahren zügig abgeschlossen hatten. Der EU-Handelskommissar Maroš Šefčovič betonte, dies sei „ein wichtiger Schritt, um unsere Glaubwürdigkeit als bedeutender Handelspartner unter Beweis zu stellen“.²

Zuvor hatte die im Januar erfolgte Abstimmung im Europäischen Parlament eine politische Debatte über die sogenannte Brandmauer zur AfD entfacht. Dabei stimmten Grüne und Linke gemeinsam mit rechtsextremen Abgeordneten der AfD für eine rechtliche Überprüfung des Abkommens durch den Europäischen Gerichtshof, was das Inkrafttreten deutlich verzögert. Dieses Vorgehen zog den Vorwurf nach sich, die Brandmauer aufgeweicht zu haben, und führte bei den Grünen zu parteiinternen Kontroversen.³

Der steinige Weg bis zur Einigung

Der Abstimmung im Europäischen Parlament war ein für die europäisch-lateinamerikanischen Beziehungen historischer Moment vorausgegangen: Nach rund 26 Verhandlungsjahren wurde am 17. Januar 2026 beim Mercosur-Gipfel in Asunción, Paraguay, das Vertragswerk zwischen dem südamerikanischen Wirtschaftsblock und der EU in Anwesenheit der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen unterzeichnet. Dieser Vorgang stellte den entscheidenden Meilenstein auf dem Weg zu einem umfassenden Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Gründerstaaten Argentinien, Brasilien,

Paraguay und Uruguay dar. Ein kurzer Rückblick auf den über Jahrzehnte andauernden Prozess verdeutlicht nicht nur die Komplexität eines solchen umfangreichen Abkommens mit seinen fortlaufenden Fortschritten und Rückschritten, sondern zeigt zugleich, wie eng diese Dynamiken mit dem jeweiligen geopolitischen Zeitgeist verknüpft sind.

Seit den 1990er-Jahren bestehen bilaterale Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten. Auf dem EU-Gipfel in Madrid 1995 unterzeichneten die Akteure das Interregionale Rahmenabkommen über Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Mercosur, das 1999 in Kraft trat. Ziel war die Förderung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie des politischen Dialogs. Nach vielen Verhandlungsjahren einigten sich die EU und der Mercosur im Juni 2019 auf ein Freihandelsabkommen, das Teil eines umfassenderen Assoziierungsabkommens ist. Es stellte damals das umfangreichste Handelsabkommen dar, das die EU je abgeschlossen hatte. Über den Handel hinaus soll es den politischen Dialog vertiefen und die Zusammenarbeit in Bereichen wie Migration, digitaler Wirtschaft, sozialer Verantwortung von Unternehmen und Gesellschaft, Umweltschutz, Meerespolitik sowie der Bekämpfung von Terrorismus, Geldwäsche und Cyberkriminalität verbessern. Die Unterzeichnung scheiterte jedoch 2019 an klima- und umweltpolitischen Nachforderungen der EU. Hintergrund war unter anderem die massive Zunahme der Entwaldung im Amazonasgebiet unter der Regierung des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro. Dies wiederum löste neue Forderungen der Mercosur-Staaten aus. Mittlerweile ist es gelungen, ein Zusatzprotokoll zu verhandeln, das dem Schutz vor Entwaldung sowie den Rechten indigener Bevölkerungsgruppen Rechnung trägt. Damit

wurde der Weg für den politischen Durchbruch auf dem Mercosur-Gipfel in Montevideo mit der Unterzeichnung des strategischen Assoziierungsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur am 6. Dezember 2024 gebahnt.

Im September 2025 hat die EU-Kommission die ausstehende Ratifizierung mit dem Mercosur-Staatenbund angestoßen und dem EU-Parlament sowie den Mitgliedstaaten zwei parallele, aber rechtlich getrennte Instrumente vorgelegt. Für die Ratifizierung des gesamten Abkommens werden eine qualifizierte Mehrheit im Rat (15 von 27 Staaten, mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung) sowie die Zustimmung des EU-Parlaments benötigt. Nach der Billigung des Abkommens durch beide Organe muss dieses zudem von den Mitgliedstaaten der EU und des Mercosur in den jeweiligen nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Um diesen Prozess zu beschleunigen, hat die EU-Kommission eine Splitting-Strategie angewendet: Das Abkommen wurde in einen Handelsteil und einen politischen Teil aufgeteilt – das Partnerschaftsabkommen (EMPA) sowie das Interims-Handelsabkommen (iTA). Da die EU über die ausschließliche Kompetenz für die gemeinsame Handelspolitik verfügt, kann das Handelsabkommen vorab von den EU-Institutionen angenommen werden; eine Ratifizierung durch die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten ist hierfür nicht erforderlich. Das iTA wird aufgehoben und durch das EMPA ersetzt, sobald das vollständige Abkommen durch die nationalen Parlamente ratifiziert wurde und in Kraft tritt.

Der nächste wichtige Schritt erfolgte zu Beginn des Jahres, als eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten das Mercosur-Abkommen im Rat der EU unterstützte. Frankreich, Polen, Österreich, Ungarn und Irland stimmten dagegen, während sich Belgien der Stimme enthielt. Italien, das zuvor ebenfalls Bedenken wegen möglicher negativer Folgen für seine Landwirtschaft geäußert hatte, stimmte hingegen zu.⁴ Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, dass EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident António Costa Mitte Januar nach Paraguay zur Unterzeichnung reisen konnten.

Nur wenige Tage nach der Unterzeichnung folgte jedoch der eingangs erwähnte Rückschlag: Das Europäische Parlament votierte in einer knappen Abstimmung dafür, das Abkommen dem Gerichtshof der EU zur Prüfung vorzulegen. 334 Abgeordnete sprachen sich für eine Überprüfung aus, 324 dagegen; elf enthielten sich.⁵ Die Kritiker bemängelten insbesondere die Zweiteilung des Abkommens als Umgehung der nationalen Parlamente.

Im Februar stimmte das EU-Parlament mit deutlicher Mehrheit für zusätzliche Schutz- und Safeguard-Klauseln zugunsten der europäischen Landwirtschaft, um Schäden für den EU-Agrarsektor infolge der Handelsliberalisierung zu verhindern.⁶ Zwischenzeitlich schlossen die vier Mercosur-Länder die Ratifizierung in ihren Parlamenten innerhalb weniger Wochen ab, woraufhin die EU unter Zugzwang geriet, das Handelsabkommen vorläufig anzuwenden. Politische Unterstützung für dieses Vorgehen kam unter anderem vom deutschen Bundeskanzler Friedrich Merz.⁷ Es verbleiben weiterhin Hürden, die zu überwinden sind, denn der Handelsteil des Abkommens ist – wie eingangs erwähnt – lediglich vorläufig in Kraft getreten. Die vollständige Umsetzung des gesamten Partnerschaftsabkommens wird zudem von der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten abhängen.

Die Erschließung neuer Absatzmärkte könnte mögliche Geschäftsverluste durch US-Zölle kompensieren.

Welche Chancen bietet das Abkommen?

Die EU und die vier Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay schaffen mit Inkrafttreten des Handelsabkommens einen der größten Wirtschaftsräume der Welt. Die Teilnehmerstaaten des Abkommens umfassen mehr als 700 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher, erwirtschaften rund 20 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung und sind für



Protest hinterlässt Eindruck: Landwirte versammelten sich mit Traktoren vor dem Europäischen Parlament in Straßburg, um gegen das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen zu demonstrieren. Frankreich stimmte am 9. Januar 2026 im EU-Rat gegen die Unterzeichnung des Abkommens. Foto: © Panama Pictures, Imago.

31 Prozent der weltweiten Warenexporte verantwortlich. Die Mercosur-Länder allein stellen mit einer Gesamtbevölkerung von etwa 270 Millionen Menschen die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt dar. Im Bereich des Warenhandels ist die EU nach China und vor den USA der zweitwichtigste Handelspartner des Mercosur. Fast 17 Prozent des gesamten Mercosur-Handels entfielen im Jahr 2024 auf die EU. Umgekehrt rangiert der Mercosur-Raum für die EU auf Platz zehn der wichtigsten Handelspartner im Warenhandel. Im besagten Jahr belief sich der Handel der EU mit dem Mercosur auf über 111 Milliarden Euro (55,2 Milliarden an Ausfuhren und 56 Milliarden an Einfuhren). Über 80 Prozent dieser Handelsströme entfielen auf den Handel zwischen der EU und Brasilien.⁸

Der augenfälligste Vorteil des Abkommens sind zunächst die Zollerleichterungen. Mit seinem Inkrafttreten werden die beiden Wirtschaftsräume schrittweise über 90 Prozent der wechselseitigen Zölle abbauen (91 Prozent der Zölle auf EU-Exporte in die Mercosur-Staaten, 92 Prozent der Importzölle in die EU). Für sensible Industriezweige gelten allerdings lange Übergangsfristen. So ist etwa für den Kfz-Sektor eine vollständige Zollliberalisierung über einen Zeitraum von 15 Jahren vorgesehen. Dies gibt den heimischen Märkten Zeit zur Anpassung und schafft Planbarkeit. Schätzungen zufolge könnten europäische Unternehmen durch das Abkommen jährlich bis zu vier Milliarden Euro an Zöllen einsparen. Die Mercosur-Länder erhoben bislang hohe Zölle, beispielsweise von bis zu 35 Prozent auf Autos,



bis zu 20 Prozent auf Maschinen oder 20 Prozent auf Schokolade. In der Folge werden europäische Produkte und Dienstleistungen auf dem großen Mercosur-Markt ebenso wie Waren aus den Mercosur-Staaten in der EU deutlich wettbewerbsfähiger. Befürworter innerhalb der EU, wie Deutschland und Spanien, verweisen darauf, dass durch die Erschließung neuer Absatzmärkte mögliche Geschäftsverluste infolge von US-Zöllen kompensiert werden können. Fachleute sehen insbesondere die Branchen des Maschinenbaus, der Automobilindustrie, der grünen Energien und der Chemie als wesentliche Profiteure des Abkommens. Auch der deutsche Mittelstand wird erheblich profitieren: Über 70 Prozent der etwa 12.500 deutschen Unternehmen, die in die Mercosur-Länder exportieren, sind kleine und mittlere Unternehmen.⁹

Neben den Zöllen sollen auch nichttarifäre Handelshemmnisse, etwa doppelte Produktzertifizierungen, abgebaut werden. Zudem sollen geschützte Herkunftsbezeichnungen anerkannt werden, beispielsweise Bayerisches Bier oder Schwäbische Spätzle. Darüber hinaus erhalten europäische Anbieter im Bereich des öffentlichen Auftragswesens deutlich bessere Marktzugänge – ebenso wie Unternehmen aus den Mercosur-Staaten in der EU. Dies sichert den europäischen Akteuren den Zugang zu wichtigen Rohstoffen aus Südamerika und ermöglicht zugleich eine Diversifizierung der Lieferketten, um die Abhängigkeit von China zu verringern. Gleichzeitig kann die EU auf höhere Standards im Bereich Nachhaltigkeit und Beschäftigung Einfluss nehmen. Für die Mercosur-Länder wiederum bedeutet das Abkommen einen erleichterten Zugang zu dringend benötigten Investitionen, unter anderem in ihre Infrastruktur.

Kritik: europäische Agrarinteressen und Umweltstandards

Gegner des Abkommens innerhalb der EU, allen voran Frankreich, befürchten, dass die Importe günstiger Lebensmittel wie Rindfleisch, Geflügel und Zucker stark zunehmen und damit die europäische Landwirtschaft unter erheblichen Wettbewerbsdruck gerät. Die EU hat deshalb

umfassende bilaterale Schutzklauseln für landwirtschaftliche Erzeugnisse eingeführt. Diese ermöglichen die Aussetzung der Einfuhr sensibler Produkte, verschärfen die Kontrollen insbesondere hinsichtlich Pestizidrückständen und werden durch einen Krisenfonds, beschleunigte Unterstützungszahlungen sowie niedrigere Einfuhrzölle auf Düngemittel ergänzt. Die Schutzmaßnahmen gibt es schon seit Jahren, aber der neue Rahmen soll ein schnelleres, klareres und besser vorhersehbares System schaffen. Kernstück ist eine automatische Auslöseschwelle, die die Kommission verpflichtet, zu handeln, sobald ein Verdacht auf schwerwiegende Schäden besteht. Zudem wird ein System kontinuierlicher und strukturierter Überwachung eingeführt: Die Kommission muss alle sechs Monate über Mengen und Preise sensibler Agrarprodukte berichten.¹⁰ Damit wurden umfassende Maßnahmen zum Schutz der europäischen Landwirtschaft eingeführt, die von Seiten der Mercosur-Länder teilweise als unfaire Nachjustierung kritisiert werden.

In Südamerika empfindet man europäische Umweltschutzargumente vielfach als Protektionismus.

In der Debatte wird oft verkannt, dass Asien voraussichtlich auch künftig der Hauptabsatzmarkt für Agrarprodukte aus dem Mercosur bleiben wird und daher nicht mit einer „Rindfleischschwemme“ in Europa zu rechnen ist. Zur Untermauerung verweisen die Mercosur-Staaten darauf, dass die im Handelsabkommen festgelegte zusätzliche Importquote von 99.000 Tonnen Rindfleisch in die EU umgerechnet lediglich rund 200 Gramm pro EU-Einwohner und Jahr entspricht.

Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen kritisieren insbesondere fehlende Umweltschutzstandards, die Abholzung von (Regen-)Wäldern für Weideflächen sowie mögliche Auswirkungen auf indigene Gemeinschaften. Diese Argumente verkennen jedoch oft die Realitäten vor

Ort. Wenn die EU den Mercosur-Staaten nicht als Handelspartner zur Verfügung steht, wird dies deren Entwaldungstätigkeit kaum stoppen; vielmehr würden sie ihre Agrarprodukte vor allem nach China exportieren. Zudem wird häufig übersehen, dass in den südamerikanischen Ländern zahlreiche brachliegende Flächen existieren, die landwirtschaftlich produktiv genutzt werden könnten, ohne dass zusätzliche Entwaldung erfolgen muss. In Südamerika werden europäische Umweltschutzargumente daher vielfach als Bevormundung und als hinter einer „grünen Agenda“ verborgener Protektionismus der EU wahrgenommen.

Motor für eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit?

Die EU sowie Lateinamerika und die Karibik unterhalten eine langjährige strategische Partnerschaft, die auf gemeinsamen Werten beruht. Lateinamerika gilt – nach Europa und Nordamerika – als eine der demokratischsten Regionen der Welt. Beide Seiten sehen sich als zentrale Partner bei der Stärkung einer regelbasierten internationalen Ordnung. Zudem bestehen enge Handels- und Investitionsbeziehungen sowie das gemeinsame Ziel, nachhaltiges Wachstum und wirtschaftliche Resilienz auf Grundlage der Agenda 2030 zu fördern. Im Rahmen der Global Gateway-Investitionsstrategie engagieren sie sich darüber hinaus für einen gerechten, grünen und digitalen Wandel.¹¹

Auch kulturell sind Europa und Lateinamerika eng verbunden. In vielen Ländern der Region, insbesondere in Argentinien und Brasilien, haben Millionen Menschen europäische Wurzeln, was tiefgreifende gesellschaftliche und kulturelle Beziehungen begründet. Seit 1999 finden regelmäßige Gipfeltreffen zwischen der EU und den Staaten Lateinamerikas und der Karibik (CELAC)¹² statt. Seit 2013 werden die EU-CELAC-Gipfel abwechselnd in Lateinamerika und in Brüssel ausgerichtet. Beim vierten EU-CELAC-Gipfel im November 2025 im kolumbianischen Santa Marta betonte Bundesaußenminister Johann Wadephul das große Interesse Deutschlands an einer vertieften wirtschaftlichen

Zusammenarbeit sowie an der Stärkung und Ausweitung der handelspolitischen Partnerschaften. Lateinamerika gilt als Wachstumsregion mit erheblichem Potenzial, auch wenn die Wirtschaft in einigen Ländern in den vergangenen Jahren stagnierte. Die EU hat eine Reihe von Handelsabkommen mit Staaten der Region abgeschlossen, darunter bilaterale mit Chile und Mexiko.

Für den Mercosur steht Europa nicht als Absatzmarkt für Agrarprodukte im Vordergrund.

Die EU ist nach den USA und China der drittgrößte Handelspartner Lateinamerikas, mit einem Handelsvolumen von knapp 370 Milliarden US-Dollar – Tendenz steigend. Zudem ist die EU mit 741 Milliarden Euro der größte ausländische Investor in Lateinamerika und der Karibik.¹³ Im Hinblick auf das EU-Mercosur-Handelsabkommen wird deutlich, dass die Wirtschaftsstrukturen des Mercosur und der EU einander substanziell ergänzen. Europäische Unternehmen exportieren vor allem Maschinen, Automobile und chemische Erzeugnisse, während die Mercosur-Staaten die für die Energiewende essenziellen Rohstoffe wie Kupfer, Lithium und Seltene Erden nach Europa liefern können. Für die Mercosur-Länder steht Europa weniger als Absatzmarkt für Agrarprodukte im Vordergrund, sondern vielmehr als Partner für Investitionen sowie für Modernisierung und Produktivitätssteigerung ihrer Volkswirtschaften. Da der Mercosur zu den protektionistischsten Märkten weltweit zählt, fehlte bislang häufig Innovationsdruck, der durch stärkeren Wettbewerb aus dem Ausland entstehen könnte. Entsprechend erhoffen sich die Staaten der Region eine Zunahme europäischer Direktinvestitionen – etwa über Unternehmensbeteiligungen, Übernahmen, Joint Ventures oder den Aufbau von Betriebsstätten. Das wirtschaftliche Engagement europäischer Unternehmen wird in der Region im Allgemeinen als langfristig, innovations- und wachstumsorientiert sowie nachhaltig eingeschätzt.

Für die beiden größten Volkswirtschaften des Mercosur, Brasilien und Argentinien, ergeben sich dabei ähnliche Prioritäten. In Brasilien stehen die erwarteten wirtschaftlichen Impulse für die nationale Entwicklung im Vordergrund. Präsident Luiz Inácio Lula da Silva betont ausdrücklich, dass das Abkommen nicht zur Festschreibung Brasiliens als reiner Rohstoffexporteur führen dürfe. Vielmehr solle es die internationale Wettbewerbsfähigkeit der brasilianischen Industrie stärken und den Export industrieller Güter in die EU erleichtern. Auch der moderne Agrarsektor erwartet Vorteile durch neue Marktzugänge sowie eine Diversifizierung weg von der Abhängigkeit von China und den USA. Zudem hofft Brasilien, dass die europäischen Vorgaben für importierte Produkte positive Effekte auf Arbeitsbedingungen, Umweltstandards und die Korruptionsbekämpfung entfalten, etwa über Zertifizierungsprozesse.

Die argentinische Regierung erwartet ebenfalls positive wirtschaftliche Entwicklungen. Sie sieht

im Abkommen eine Möglichkeit, den Zugang zum EU-Markt zu erweitern beziehungsweise zu vereinfachen und den nationalen „Exportkorb“ stärker zu diversifizieren. Neben Wachstum bei agroindustriellen Produkten setzt Argentinien auf Impulse für Industrieexporte, etwa petrochemische Rohstoffe, sowie auf neue Dynamik in den Sektoren Energie und Bergbau. Positive Effekte erhofft sich die Regierung auch im Bereich der ausländischen Direktinvestitionen in strategische Wirtschaftssektoren, zumal die EU bereits heute der wichtigste ausländische Investor des Landes ist. Der Dienstleistungssektor, zu dem auch eine anpassungsfähige und innovative Start-up-Szene in den Bereichen FinTech und AgTech, E-Commerce und Softwareentwicklung zählt, könnte ebenfalls profitieren.

Die geopolitische Bedeutung des Abkommens zeigt sich besonders am Beispiel Boliviens, das seit 2024 Mercosur-Vollmitglied ist, sich derzeit in einer Übergangsphase zur Umsetzung



Umworbene Partner: Die EU, China und die USA konkurrieren zunehmend um politischen und wirtschaftlichen Einfluss sowie um die Durchsetzung strategischer Interessen im Mercosur und in Lateinamerika. Im Bild: Staats- und Regierungschefs bei einem Treffen während des MERCOSUR and Associated States Summit Mitte 2025 in Buenos Aires. Foto: © Zuma Press, Imago.

des Mercosur-Rechts befindet und nicht unter das EU-Mercosur-Abkommen fällt. Die neue Regierung unter Präsident Rodrigo Paz reiste dennoch im Januar zur Unterzeichnung nach Paraguay, um ihre künftige Ausrichtung auf Europa und ihre Öffnung gegenüber westlichen Partnern zu signalisieren – nach zwei Jahrzehnten enger Beziehungen zu China, Russland und dem Iran. Bolivien hat ein starkes Interesse an einer vertieften Kooperation mit der EU, sowohl entwicklungspolitisch über EU-Programme als auch ökonomisch wegen der dringlich erforderlichen Investitionen zur Stabilisierung seiner krisengeschüttelten Wirtschaft.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass das Abkommen mehr ist als eine rein wirtschaftliche Vereinbarung zwischen der EU und den Mercosur-Staaten. Es eröffnet vielmehr neue Perspektiven für eine verstärkte entwicklungspolitische Zusammenarbeit und knüpft damit an das ursprüngliche Leitbild der Entwicklungszusammenarbeit an: die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung demokratischer Partnerländer.

Geopolitischer Imperativ

Neben den bereits erläuterten ökonomischen Vorteilen setzt das Mercosur-Abkommen ein wichtiges Zeichen für multilaterale Handelsabkommen, Freihandel und internationale Zusammenarbeit unter Wertepartnern – in einer Zeit, in der weltweit ein erneuter Protektionismus erstarkt. Damit wirkt das Abkommen der aggressiven Zollpolitik von US-Präsident Donald Trump entgegen. Nicht zuletzt hat die Handelspolitik der Trump-Regierung gegenüber Europa vermutlich dazu beigetragen, im Europäischen Rat die erforderliche qualifizierte Mehrheit für das Abkommen zu erreichen. Europa und die Mercosur-Staaten senden damit ein klares politisches Signal: In einer Phase globaler Instabilität bündeln zwei Regionen ihre Kräfte und entscheiden sich bewusst für Kooperation statt Konfrontation. Sie zeigen, dass Freihandel und gemeinsame Werte geeignetere Wege zu Wohlstand und Stabilität darstellen als Isolation und protektionistische Maßnahmen.

Darüber hinaus stärkt das Mercosur-Abkommen die strategische Souveränität der EU, fördert den Aufbau neuer Allianzen und verringert Abhängigkeiten von anderen Großmächten – ganz im Sinne der von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen formulierten *De-Risking*-Strategie zur Stärkung der europäischen Resilienz. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat das Bewusstsein dafür weiter geschärft, dass die EU ihre Bezugsquellen für zentrale Rohstoffe und Energie sowie ihre Absatzmärkte breiter aufstellen muss.

Gleichzeitig nimmt Chinas wirtschaftlicher Einfluss in Lateinamerika weiter zu. Besonders ausgeprägt ist das chinesische Engagement in Südamerika, während in Zentralamerika und der Karibik weiterhin die USA dominieren. Bereits 2017 verlor die EU ihre Rolle als wichtigster Handelspartner des Mercosur an China. Innerhalb von zwei Jahrzehnten stieg China zum wichtigsten Handelspartner unter anderem für Brasilien, Chile, Peru sowie – seit dem vergangenen Jahr – auch Argentinien auf und überholte damit Brasilien als wichtigsten Handelspartner Argentiniens. In anderen Staaten wie Mexiko oder Kolumbien ist China inzwischen der zweitwichtigste Handelspartner nach den USA.

Ein Großteil der lateinamerikanischen Länder hat sich zudem der chinesischen „Neuen Seidenstraßeninitiative“ (Belt-and-Road-Initiative, BRI) angeschlossen; darunter sind auch die Mercosur-Staaten Argentinien und Uruguay, während Brasilien und Paraguay nicht teilnehmen. Erklärbar ist dies durch den traditionell pragmatischen außenpolitischen Ansatz vieler lateinamerikanischer Staaten, die enge Beziehungen zu verschiedenen globalen Akteuren pflegen, allen voran Brasilien. So ist das bevölkerungsreichste und flächenmäßig größte Land Lateinamerikas zwar Mitglied des BRICS+-Staatenbündnisses, gehört jedoch nicht der chinesischen BRI an. Gleichwohl unterzeichneten Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva und Chinas Staatspräsident Xi Jinping im Anschluss an den G20-Gipfel im November 2024 in Rio de Janeiro insgesamt 37 neue bilaterale Abkommen zur vertieften wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Argentiniens Präsident Javier Milei betonte im Wahlkampf noch, er wolle nicht mit „Kommunisten“ kooperieren. Dennoch erkannte seine Regierung unmittelbar nach Amtsantritt die Notwendigkeit enger wirtschaftlicher Beziehungen zu China an und öffnete den Markt für chinesische Importe sowie für Investitionen in den strategisch bedeutsamen Lithiumbergbau.

Uruguay hat seine Kooperation mit China in den vergangenen Jahren durch zahlreiche bilaterale Abkommen weiter vertieft; ein umfassendes Freihandelsabkommen wird derzeit verhandelt. Das Mercosur-Mitglied Paraguay bildet die Ausnahme: Als einziges Land Südamerikas mit diplomatischen Beziehungen zu Taiwan unterhält es aufgrund dieser außenpolitischen Positionierung nur sehr begrenzte Wirtschaftsbeziehungen zu China.

Es geht jedoch nicht allein um China: Auch die USA treten unter der Regierung von Donald Trump zunehmend als geopolitischer Wettbewerber Europas auf. Für erhebliche Irritation innerhalb der EU sorgte ein kurz nach dem Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens verkündetes bilaterales Handels- und Investitionsabkommen zwischen den USA und Argentinien, das in mehreren Bereichen – etwa bei den geschützten Herkunftsbezeichnungen – andere Standards als diejenigen setzt, die mit den Europäern vereinbart wurden. Zudem haben sich die USA privilegierten Zugang zu kritischen Mineralien und Seltenen Erden in Argentinien gesichert – in einem Bereich, in dem sich die EU große wirtschaftliche Vorteile erhofft hatte.¹⁴

Des Weiteren verdeutlicht die neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA vom November 2025 den strategischen Anspruch Washingtons, verstärkt in die Volkswirtschaften Lateinamerikas zu investieren, die als Teil der westlichen Hemisphäre und damit der eigenen Einflussphäre betrachtet werden. In diesem Dokument wird ausdrücklich formuliert, man solle alle erdenklichen Anstrengungen zur Verdrängung ausländischer Firmen, die in der Region Infrastruktur bauen, unternehmen¹⁵ – also auch europäische Unternehmen aus zentralen Märkten verdrängen. Die USA

richten ihre gesamte Entwicklungszusammenarbeit zunehmend auf die Förderung der eigenen wirtschaftlichen Interessen aus.

Konsequenzen und Ausblick

Bei allen politischen Debatten über Nutzen und mögliche Nachteile von (Frei-)Handelsabkommen muss aus europäischer Perspektive Folgendes klar sein: Wenn die EU solche Abkommen nicht abschließt, werden sich die Partnerländer anderen Akteuren zuwenden.¹⁶ Für Europa stehen dabei sowohl der Zugang zu bedeutenden Absatzmärkten als auch der Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen auf dem Spiel. Um Widerständen innerhalb der EU zu begegnen, sollte einer negativen Konnotation von Handelsabkommen ein positives Narrativ entgegengestellt werden, indem nicht nur die Vorteile für Unternehmen, sondern auch die konkreten positiven Effekte für Bürgerinnen und Bürger klar kommuniziert werden. Dabei sollten neben Zollerleichterungen andere gewinnbringende Bestandteile des Abkommens – etwa die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des EU-Dienstleistungssektors – ebenfalls stärker in den Vordergrund gestellt werden. Insgesamt gilt es, sich zu vergegenwärtigen, dass die Bestrebungen der EU nicht auf einen „Laissez-faire-Freihandel“ abzielen, sondern auf einen regelbasierten Handelspakt, der in einem langjährigen und detaillierten Aushandlungsprozess unter Berücksichtigung vielfältiger Interessen entstanden ist und letztlich zum Wohlstandszuwachs beider Seiten beiträgt.

Ein dabei in der Debatte häufig vernachlässigter Aspekt ist, dass die Mercosur-Staaten demokratische Systeme westlicher Prägung aufweisen und folglich eigentlich als natürliche Partner Europas zu betrachten wären. Dieses Verhältnis ist wechselseitig: Politische Entscheidungsträger in Lateinamerika betonen regelmäßig, dass Europa ihr bevorzugter Partner ist. Dennoch ist die EU in der Region unterrepräsentiert. Die langwierigen Verhandlungen und die wiederholten Nachforderungen seitens der EU haben zudem das Ansehen Europas in Lateinamerika geschwächt. Dadurch gingen bedeutende

Chancen verloren, Allianzen mit Demokratien in einer zunehmend instabilen geopolitischen Lage zu stärken.

Europa muss daher nicht nur sein Interesse an einer vertieften Zusammenarbeit mit Lateinamerika bekunden, sondern dieses auch konkret mit Leben füllen. Ein zentrales Instrument hierfür ist das EU-Mercosur-Abkommen. Dessen Ratifizierung sollte nun zügig und prioritär abgeschlossen werden, damit fürs Erste zumindest der Handelsteil endgültig in Kraft treten und seine wirtschaftliche Wirkung entfalten kann.

- 1 Gründungsmitglieder von 1991 sind Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Bolivien wurde im Juli 2024 Vollmitglied, für das Land zählt das Abkommen aber nicht. Venezuelas Mitgliedschaft ist seit 2016 suspendiert. Siehe hierzu: Mercosur 2026: ¿Qué es el MERCOSUR?, in: <https://ogy.de/cc0y> [09.04.2026].
- 2 Europäische Kommission 2026: EU-Mercosur-Abkommen: vorläufige Anwendung ab 1. Mai 2026, 23.03.2026, in: <https://ogy.de/dq95> [09.04.2026].
- 3 Fleischmann, Laura 2026: Brandmauer bei Mercosur? Grüne und Linke stimmen mit AfD, Euronews, 21.01.2026, in: <https://ogy.de/7b8q> [09.04.2026].
- 4 Wax, Eddy 2026: EU-Länder billigen Mercosur-Handelsabkommen gegen den Willen Frankreichs, Euractiv, 09.01.2026, in: <https://ogy.de/ti2d> [09.04.2026].
- 5 Europäisches Parlament 2026: EU-Mercosur-Abkommen: EuGH soll Vereinbarkeit mit EU-Verträgen prüfen, 21.01.2026, in: <https://ogy.de/dpjr> [09.04.2026].
- 6 Europäisches Parlament 2026: Mercosur: Parlament billigt Schutzklauseln zugunsten der EU-Landwirtschaft, 10.02.2026, in: <https://ogy.de/jn86> [09.04.2026].
- 7 Tagesspiegel 2026: EU-Parlament will Prüfung durch den EuGH, 21.01.2026, in: <https://ogy.de/bf4u> [09.04.2026].
- 8 Europäischer Rat: Handel EU-Mercosur: Fakten und Zahlen, in: <https://ogy.de/ix5r> [09.04.2026].
- 9 IHK Pfalz: EU-Mercosur-Freihandelsabkommen, in: <https://ogy.de/hwbn> [09.04.2026].
- 10 Europäischer Rat 2026: EU-Mercosur: Rat gibt grünes Licht für Schutzmaßnahmen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, 05.03.2026, in: <https://ogy.de/q80w> [09.04.2026].
- 11 Europäische Kommission 2023: Neue Agenda für die Beziehungen der EU zur Region Lateinamerika/Karibik, 07.06.2023, in: <https://ogy.de/wk0w> [09.04.2026].
- 12 In der 2011 gegründeten Gemeinschaft „Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños“ (CELAC) sind alle 33 Länder Lateinamerikas und der Karibik Mitglied.
- 13 European External Action Service 2024: EU LAC trade: A dense network of agreements and growing exchanges, 19.09.2024, in: <https://ogy.de/ss0e> [09.04.2026].
- 14 Brühwiller, Tjerk 2026: Argentinien zwischen den USA und China, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.02.2026, in: <https://ogy.de/htn8> [09.04.2026].
- 15 The White House 2025: National Security Strategy of the United States of America, 11/2025, in: <https://ogy.de/ap0j> [09.04.2026].
- 16 Käufer, Tobias 2026: EU vs. China vs. USA – Der neue Wettstreit um die Vorherrschaft in Lateinamerika, Welt, 19.02.2026, in: <https://ogy.de/44bx> [09.04.2026].

Wann, wenn nicht jetzt?

Warum eine Rohstoffpartnerschaft mit Bolivien im Bereich Lithium für Deutschland und Europa strategisch entscheidend ist



Foto: © Photothek-Imago

Auf einen Blick

Historisches Momentum in Bolivien: Mit der neuen Regierung unter Präsident Rodrigo Paz öffnet sich das Land für internationale Kooperationen und vollzieht einen Bruch mit der ideologisierten Rohstoffpolitik der vergangenen Jahrzehnte.

Strategische Bedeutung für Europa: Bolivien verfügt über die weltweit größten bekannten Lithiumreserven und ist damit für die EU – angesichts hoher Importabhängigkeit und des Critical Raw Materials Act – ein potenzieller Schlüsselpartner zur Stärkung der Versorgungssicherheit.

Technologischer Wendepunkt: Moderne Technologien zur direkten Lithiumextraktion ermöglichen erstmals eine wirtschaftlich und ökologisch tragfähige Nutzung der magnesiumreichen bolivianischen Sole und eröffnen neue Industrieperspektiven sowie Chancen für europäisch-bolivianische Kooperationen.

Politische und soziale Voraussetzung: Die Einbindung lokaler Gemeinschaften, Transparenz und klare Umweltstandards sind zentral, da frühere Projekte an fehlender Beteiligung und regionalem Widerstand scheiterten. Eine EU-Partnerschaft könnte hier legitimitätsstiftend wirken.



Dr. Christina Stolte ist Leiterin des Auslandsbüros Bolivien der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Europas Lithiumdilemma – Boliviens Sonderrolle

Bolivien befindet sich seit dem Amtsantritt von Präsident Rodrigo Paz Pereira im November 2025 in einer Phase tiefgreifender politischer und wirtschaftlicher Transformation. Es handelt sich nicht bloß um einen Regierungswechsel, sondern um einen Systemwechsel: einen klaren Bruch mit der ideologisierten Wirtschafts- und Rohstoffpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Die neue Regierung öffnet das Land für internationale Kooperationen, stärkt staatliche Institutionen und setzt auf wirtschaftliche Modernisierung statt politischer Abschottung.¹

Dieses Momentum markiert mehr als eine programmatische Neuausrichtung – es schafft ein historisch seltenes Fenster für einen echten Neustart im Lithiumsektor. Erstmals fallen politische Reformbereitschaft, gesellschaftliche Öffnung und technologische Machbarkeit zusammen. Dadurch wird möglich, was zuvor undenkbar schien: die Entwicklung eines modernen, transparenten und international eingebetteten Lithiummodells, das Bolivien und seinen Partnern eine völlig neue Rolle in globalen Wertschöpfungsketten eröffnet.²

Dieser politische Umbruch bildet den Rahmen, in dem Boliviens herausragende Lithiumvorkommen neu bewertet werden müssen: Das Land verfügt über die größten bekannten Reserven der Welt, die auf etwa 21 bis 23 Millionen Tonnen geschätzt werden. Diese außergewöhnliche Konzentration eines zentralen Rohstoffs für die Energiewende macht das Land zu einem geopolitischen Schlüsselstaat. Die bedeutendsten Lagerstätten liegen im Salar de Uyuni, dem größten Salzsee der Welt, sowie in den angrenzenden Salzpflanzen von Salar de Coipasa und Pastos

Grandes. Diese geologischen Ressourcen sind beachtlich, doch sie wurden bislang nur unzureichend erschlossen – ein paradoxer Zustand angesichts des steigenden globalen Bedarfs an Lithium für Batterien, Elektrofahrzeuge, Energiespeicher und digitale Geräte.³

Die EU erkennt Lithium offiziell als strategischen Rohstoff an, der in der Liste des Critical Raw Materials Act (CRMA) als besonders sicherheitsrelevant eingestuft ist.⁴ Diese Einordnung ist nicht nur technischer Natur, sondern spiegelt auch die geopolitische Realität wider: Die EU ist derzeit in hohem Maße von Importen abhängig, insbesondere aus China, das große Teile der globalen Lithiumverarbeitung kontrolliert. Die EU-Kommission weiß um dieses strategische Risiko und hat mit der RESourceEU-Initiative⁵ sowie dem CRMA begonnen, konkrete Schritte einzuleiten, um die Versorgungssicherheit zu erhöhen, Lieferketten zu diversifizieren und die Abhängigkeit von geopolitischen Rivalen zu reduzieren.⁶

Europas neue Rohstoffstrategie: geopolitische Verwundbarkeit verringern

Die EU richtet ihre Rohstoffpolitik derzeit grundlegend neu aus – ein Schritt, der angesichts geopolitischer Spannungen, wachsender industrieller Nachfrage und globaler Abhängigkeiten längst überfällig scheint. Mit der Initiative RESourceEU verfolgt die EU das Ziel, ihre Versorgung mit kritischen Rohstoffen resilienter, nachhaltiger und strategisch unabhängiger zu gestalten. Dabei setzt Brüssel auf eine Kombination aus heimischer Wertschöpfung, globalen Partnerschaften und einer engen Verzahnung mit der internationalen Investitionsoffensive Global Gateway.⁷

Im Mittelpunkt der neuen europäischen Rohstoffstrategie steht der Anspruch, die knappen

und geopolitisch sensiblen Ressourcen – etwa Seltene Erden, Lithium oder Kobalt – künftig stärker innerhalb Europas zu verwerten und zu sichern. Dafür sollen Recyclingquoten massiv erhöht, Batteriematerialien effizienter zurückgewonnen sowie neue Verarbeitungs- und Förderkapazitäten aufgebaut werden. Ebenso soll die neue Rohstoffstrategie die Abhängigkeit von Importen, insbesondere aus China, reduzieren und die europäische Industrie widerstandsfähiger machen.⁸

Durch Global Gateway kann die EU gezielt in rohstoffnahe Infrastruktur investieren.

Neben dem Ausbau europäischer Kapazitäten setzt die EU stark auf internationale Kooperationen. Abkommen mit rohstoffreichen Ländern wie Australien, Kanada, Chile, Kasachstan oder der Ukraine sollen vertieft werden, um die Gewinnung und Verarbeitung kritischer Rohstoffe auf eine breitere und verlässlichere Basis zu stellen. Diese Partnerschaften sollen nicht nur Rohstoffsicherheit gewährleisten, sondern auch auf faire Handelsbedingungen, nachhaltige Förderung und langfristige industriewirtschaftliche Kooperationen abzielen.

Eine Schlüsselfunktion übernimmt dabei die europäische Globalentwicklungsoffensive Global Gateway. Als globale Investitionsstrategie bündelt sie europäische Außen- und Infrastrukturpolitik und mobilisiert öffentliche sowie private Mittel, um weltweit Infrastrukturprojekte in Verkehr, Energie, Digitalisierung, Gesundheit, Bildung und Forschung zu fördern. Für die europäische Rohstoffstrategie ist diese Verknüpfung entscheidend: Durch Global Gateway kann die EU gezielt in rohstoffnahe Infrastruktur investieren – etwa in den Ausbau von Häfen, Transportkorridoren, Energieanlagen oder lokalen Weiterverarbeitungsbetrieben in Partnerländern. So lassen sich Lieferketten diversifizieren und es lässt sich zugleich nachhaltige Wertschöpfung vor Ort fördern. Gleichzeitig betont

das RESourceEU-Programm, dass Europa internationale Rohstoffpartnerschaften benötigt, um die Abhängigkeit von geopolitisch riskanten Lieferketten zu verringern und stabile Beziehungen zu Ländern aufzubauen, die für die Versorgungssicherheit entscheidend sind. Die EU hat daher angekündigt, drei Milliarden Euro für gezielte Rohstoffinvestitionen bereitzustellen, darunter auch für Projekte mit hoher Relevanz für Bolivien.

Globaler Wettlauf um Lithium

Lithium gilt als strategischer Rohstoff, weil es eine Schlüsselrolle in der globalen Energiewende und der Digitalisierung spielt. Als zentraler Bestandteil moderner Lithium-Ionen-Batterien ist es unverzichtbar für Elektrofahrzeuge, stationäre Energiespeicher und eine Vielzahl mobiler Geräte – Bereiche, die weltweit massiv wachsen. Gleichzeitig ist die Versorgungslage angespannt: Die wirtschaftlich abbaubaren Vorkommen sind geografisch konzentriert, insbesondere in Australien, Chile, Argentinien und Bolivien, was geopolitische Abhängigkeiten schafft. In einer Zeit, in der viele Länder ihre Energie- und Industriepolitik neu ausrichten, entscheidet der Zugang zu Lithium über technologische Souveränität, Innovationsfähigkeit und die Wettbewerbsposition ganzer Volkswirtschaften – und macht den Rohstoff damit zu einem strategischen Machtfaktor.⁹

Weil die Kontrolle über kritische Rohstoffe entscheidend dafür ist, wer in Zukunft die Standards und Technologien der Energie- und Verkehrswende bestimmt, ist Lithium nicht nur eine industrielle Ressource, sondern auch ein strategischer Faktor im großen Wettbewerb zwischen China, den USA, Europa und aufstrebenden Mächten wie Indien und Südkorea.¹⁰

Da die EU bereits heute mehr als 80 Prozent ihrer Lithium-Vorprodukte aus China bezieht und einen Großteil der Batteriewertschöpfung dort verortet, wird Lithium zu einem geopolitischen Risikofaktor für Europa. Die EU hat diese Gefahr erkannt und arbeitet unter Hochdruck daran, neue, verlässliche Partnerschaften aufzubauen, um ihre Versorgungsketten zu diversifizieren und



Riesige Vorkommen: Bolivien verfügt über die größten Lithiumreserven der Welt. Eine der größten Lagerstätten ist der hier abgebildete Salar de Uyuni. Foto: © Anadolu Agency, Imago.

resilienter zu gestalten. Dabei spielt Bolivien eine entscheidende Rolle, denn trotz aller Herausforderungen bietet kein anderes Land ein vergleichbares Rohstoffpotenzial.

Warum Boliviens Potenzial bislang ungenutzt blieb

In dieser globalen Wettbewerbsdynamik könnte Bolivien eine wichtige Rolle spielen. Das Land verfügt über die weltweit größten Lithiumvorkommen, doch es hat über Jahrzehnte hinweg

kaum von diesem Potenzial profitiert. Eine nennenswerte Produktion des Rohstoffs konnte bislang nicht aufgebaut werden. Die Gründe dafür sind vielfältig.

So hatte Bolivien bislang etwa große Schwierigkeiten, sein Lithium wirtschaftlich rentabel zu machen. Ein Hauptgrund ist die geochemische Besonderheit der bolivianischen Sole: Sie weist einen hohen Magnesiumanteil auf, was konventionelle Verdunstungsverfahren im Vergleich zu chilenischen oder argentinischen Lagerstätten

Abb. 1: Boliviens Lithium auf einen Blick

Faktor	Details
Größe der Reserven	Bolivien besitzt die größten bekannten Lithiumvorkommen der Welt, geschätzt auf 21 bis 23 Mio. Tonnen.
Wichtigste Fundorte	Salar de Uyuni, Salar de Coipasa, Pastos Grandes
Zentrale Herausforderungen	hoher Magnesiumgehalt der Sole, fehlende Infrastruktur, soziale Konflikte
Politische Lage	Öffnung unter Präsident Rodrigo Paz Pereira seit 2025
Relevanz für Europa	Lithium ist strategischer Rohstoff im EU Critical Raw Materials Act.



ineffizient und kostenintensiv macht. Neben der schwierigen geochemischen Struktur der Sole spielte auch die unzureichende Infrastruktur in den abgelegenen Regionen des bolivianischen Altiplano eine Rolle dabei, dass der Lithiumschatz bisher nicht gehoben werden konnte.¹¹

Nach der staatszentrierten Logik von Evo Morales sollte der Staat die gesamte Wertschöpfung kontrollieren.

Schwerwiegender als die technisch-logistischen Hürden wiegen jedoch politische Faktoren, die bisher verhinderten, dass Bolivien eine vergleichbare Lithiumproduktion wie seine Nachbarstaaten Chile und Argentinien aufbauen konnte. So erschwerten eine ideologisierte staatliche Lithiumpolitik, politische Instabilität, regionale Konflikte, institutionelle Schwächen und soziale Protestbewegungen seit Jahrzehnten die Entwicklung des Lithiumsektors und bewirkten, dass Bolivien trotz seiner bedeutenden Ressourcen bislang kaum eine Rolle im globalen Lithiummarkt spielt.¹²

Hauptgrund für den bisherigen Misserfolg der bolivianischen Lithiumstrategie ist die jahrzehntelange Ideologisierung der Rohstoffpolitik durch die sozialistische Regierungspartei Movimiento al Socialismo (MAS). Entsprechend der staatszentrierten Logik der Regierung von Evo Morales (2008–2019) sollte der Staat die gesamte Wertschöpfung kontrollieren – von der Sole bis zur Batterie. Gesetzliche Regelungen wie die Ley de Minería y Metalurgia (2014) und die Ley de YLB (2017) schufen ein vollständiges Staatsmonopol, das private oder ausländische Investoren nicht etwa einband, sondern kategorisch ausschloss. Doch diese Konstruktion erwies sich bald als strukturelle Falle. Sie schuf ein System, das zugleich finanziell überlastet sowie organisatorisch-technologisch überfordert war.¹³

Besonders deutlich wird die technologische Selbstüberschätzung der MAS-Regierungen im ambitionierten Versprechen, nicht nur Lithium

zu fördern, sondern auch selbst Batterien zu bauen. Die Vorstellung war bestechend: Ein Land, das jahrhundertlang Rohstoffe exportierte, würde nun erstmals ein Hightech-Produkt in globalen Wertschöpfungsketten platzieren. Doch diese Vision kollidierte schnell mit der industriellen Realität. Die staatlichen Fabriken, die teils mit weit über zwei Milliarden US-Dollar aus Devisenreserven finanziert wurden, erwiesen sich später als technisch unzureichend. Mehrere Anlagen seien „inviabiles“, also gar nicht betriebsfähig – eine bittere Diagnose nach jahrelangen Investitionen. Auch die staatliche Kaliumchlorid-Anlage läuft nur mit etwa einem Viertel der geplanten Kapazität; die Lithiumkarbonatfabrik erreichte beim Start kaum 20 Prozent. Analysten beschreiben das bolivianische Modell der Lithiumförderung unter den MAS-Regierungen daher als ein gescheitertes politisches Experiment, das nicht über die Pilotphase hinausgekommen sei.¹⁴

Auch die MAS-Regierung von Luis Arce (2020–2025) trieb die Ideologisierung der bolivianischen Lithiumpolitik weiter voran. In Anerkennung der limitierten technologischen Möglichkeiten, eine eigene Lithiumproduktion bis zur Herstellung von Batterien in Bolivien aufzubauen, suchte er zwar nach internationalen Partnern – doch dies nur im eigenen ideologischen Spektrum.

So orientierte sich Bolivien unter Präsident Arce in der Lithiumpolitik klar an geostrategischen Partnern wie China und Russland. Die Verträge mit dem chinesischen Konzern CATL und dem russischen Staatsunternehmen Uranium One entstanden in einer Phase, in der die MAS-Regierungen ihre traditionelle Distanz zu den USA vertieften und sich verstärkt autoritären Verbündeten zuwandten. Arce setzte dabei auf neue Direktextraktionstechnologien aus China und Russland, eingebettet in ein außenpolitisches Umfeld, das jahrelang von antiimperialistischer Rhetorik und dem Bestreben, wirtschaftliche Großprojekte außerhalb „westlicher Einflusszonen“ zu realisieren, bestimmt war. Kritiker bemängelten, die Vereinbarungen seien hinter dem Rücken regionaler Akteure entstanden¹⁵ und Ausdruck einer geopolitisch motivierten

Bevorzugung zweier Staaten, die weltweit versuchen, durch Investitionen in kritische Rohstoffe ihren Einfluss auszuweiten.

Zentrale Rolle der lokalen Bevölkerung

Die MAS-Regierungen in Bolivien haben beim Abschluss ihrer Lithiumverträge wiederholt zentrale lokale Akteure ausgeschlossen und damit erheblichen Unmut in den betroffenen Regionen ausgelöst. Bereits 2019 scheiterte ein deutsch-bolivianisches Joint Venture zur Lithiumgewinnung, nachdem Präsident Morales seine zuvor erteilte Unterstützung aufgrund massiven Widerstands aus der lokalen Bevölkerung zurückzog; diese fühlte sich übergangen und misstraute dem Vorgehen im Wahlkampfkontext.¹⁶ Der Protest gegen das deutsch-bolivianische Joint Venture sollte jedoch nicht als grundsätzliche Ablehnung Europas missverstanden werden. Er richtete sich primär gegen fehlende Transparenz und unzureichende Einbindung der lokalen Bevölkerung – ein strukturelles Problem, das später auch Projekte mit China und Russland betraf. Der Konflikt verläuft damit weniger entlang konkreter Partner als entlang der Frage, wie inklusiv und nachvollziehbar die Projekte gestaltet sind.

Auch in den folgenden Jahren missachteten die Regierung und die staatliche Lithiumgesellschaft YLB zunehmend die gesetzlich vorgeschriebenen Konsultationen mit indigenen Gemeinden und ließen Umweltverträglichkeitsprüfungen unvollständig – die Folge: Proteste insbesondere rund um den Salar de Uyuni, wo indigene Organisationen wie CUPCONL den Unternehmen den Zutritt zu ihren Territorien untersagten und der Regierung vorwarfen, ihre Interessen systematisch zu ignorieren.

Der wachsende Widerstand führte schließlich zu einem politischen und juristischen Stillstand sämtlicher neuer Lithiumabkommen. 2024 und 2025 hatten MAS-Regierungen milliardenschwere Verträge mit russischen und chinesischen Konzernen ausgehandelt, doch landesweite Proteste, Tumulte im Parlament und Interventionen der Justiz stoppten deren Umsetzung. Gerichte ordneten Vorsichtsmaßnahmen

an und blockierten die parlamentarische Behandlung der Verträge, da weder die betroffenen indigenen Gemeinden konsultiert worden waren noch ausreichende Umweltstudien vorlagen. Parallel verhinderten Demonstrationen, lokale Volksversammlungen und der Druck aus der Stadt Potosí im südlichen Zentralbolivien eine Fortführung der Projekte.¹⁷ Damit reihten sich die jüngsten Verträge in das Muster ein, das schon 2019 das deutsch-bolivianische Joint Venture zum Scheitern gebracht hatte: fehlende Transparenz, übergangene Lokalbevölkerung und die daraus resultierende gesellschaftliche Mobilisierung, die letztlich sämtliche bisherige Lithiumabkommen stoppte.

Forderungen indigener Gemeinschaften

Inhaltlich formulieren indigene und bäuerliche Gemeinschaften drei nicht verhandelbare Anliegen¹⁸:

1. *Wasser als Lebensader*: In der ariden Hochlandregion ist der Zugriff auf nicht erneuerbare fossile Aquifere das heikelste Thema. Gefordert sind Wasser-Baselines, offene Daten, Community-Monitoring (Bioindikatoren) und belastbare Regeln zur Reinjektion von Restlaugen. Jede Technologie – ob Verdunstung oder Direktextraktion – wird an ihrem Wasser-/Chemikalien-/Energieprofil gemessen werden.
2. *Teilhabe und Wertschöpfung*: Die Steuereinnahmen sollen vor Ort spürbar sein: Einnahmen aus Rohstoffabgaben für Regionen, Gemeinden und indigene Territorien (TIOC); außerdem lokale Beschaffung, Ausbildung, Beschäftigung sowie Investitionen in Gesundheit, Wasserinfrastruktur und nachhaltigen Tourismus.
3. *Kulturelle und ökologische Integrität*: Der Salar de Uyuni ist nicht nur Rohstofflager, sondern auch Tourismusmagnet und Lebensraum (etwa für Flamingos). Projekte ohne ökologische Tragfähigkeit gefährden Identität und Einkünfte der Region.

Ein politischer Wendepunkt in La Paz und ein geostrategisches Fenster

Der Regierungswechsel zu Präsident Rodrigo Paz Pereira im Jahr 2025 hat die politische Atmosphäre grundlegend verändert. Neue Offenheit, internationale Kooperationsbereitschaft und ein pragmatischer Reformkurs prägen Boliviens neue Positionierung. Paz gilt als moderater Kopf, der die jahrzehntelange Polarisierung in der bolivianischen Politik überwinden möchte und die wirtschaftliche Modernisierung des Landes zur Priorität erklärt hat. Sein Kurs ist deutlich wirtschaftsfreundlicher und internationaler als jener seiner Vorgänger.

Die Regierung Paz sieht im Lithiumsektor ein zentrales Instrument zur Stabilisierung der seit Jahren kriselnden Wirtschaft.¹⁹ Sie weiß gleichzeitig, dass nachhaltige Entwicklung nur dann möglich ist, wenn das Land nicht in neue Abhängigkeiten gerät. Dies führt zu einer seltenen Interessenkonvergenz zwischen Europa und Bolivien: Boliviens Regierung sucht nach diversifizierten Partnerschaften, um die wirtschaftliche Krise zu bewältigen und sich nicht einseitig von China oder Russland abhängig zu machen. Die EU wiederum verfolgt das Ziel, ihre Rohstoffsicherheit zu stärken und sich gleichzeitig in geopolitischen Konflikten unabhängiger zu positionieren.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten gelten als Partner, die auf langfristige Entwicklung statt kurzfristige Extraktion setzen.

Die Chancen für Europa sind umso größer, da sich Bolivien in einer Situation befindet, in der es wirtschaftlich und politisch auf verlässliche Partnerschaften angewiesen ist. Europa bietet eine Kombination aus Technologie, finanzieller Unterstützung, Governance-Expertise und langfristiger Partnerschaft, die Bolivien als attraktiv und stabil wahrnimmt.²⁰

Hinzu kommt, dass China und Russland in Bolivien zunehmend unter Druck geraten. Mehrere Lithiumverträge, die ihre Unternehmen in den vergangenen Jahren unterzeichneten, führten zu innenpolitischen Kontroversen. Insbesondere in Potosí gab es Proteste gegen Verträge mit chinesischen und russischen Firmen, denen mangelnde Transparenz und zu geringe Vorteile für die lokale Bevölkerung vorgeworfen wurden. Diese Situation hat zu einer nachhaltigen Vertrauenskrise gegenüber China und Russland geführt.²¹

Für Europa eröffnet genau diese Entwicklung ein strategisches Chancenfenster: Europäische Investoren genießen in Bolivien im Vergleich zu chinesischen und russischen Akteuren einen besseren Ruf, da sie als regelgebundener, transparenter und nachhaltiger wahrgenommen werden. Die EU und ihre Mitgliedstaaten gelten als Partner, die auf langfristige Entwicklung statt kurzfristiger Extraktion setzen – eine Haltung, die besonders mit europäischer Entwicklungszusammenarbeit, Rechtsstaatlichkeit und Governance-Standards verbunden wird. Die EU-Delegation in Bolivien hebt in ihren Partnerschaftsdokumenten ausdrücklich hervor, dass sich europäische Unterstützung auf demokratische Institutionen, nachhaltige Ressourcenverwaltung und grüne Transformation konzentriert und damit komplementär zu Boliviens Entwicklungsbedürfnissen steht.²²

Warum Europa der richtige Partner ist

Die Partnerschaft mit Bolivien birgt nicht nur Chancen, sondern auch Risiken, denn der politische und der soziale Kontext Boliviens bleiben volatil. Diese innenpolitische Instabilität stellt eine Herausforderung für ausländische Investoren und Partnerstaaten dar. Sie zeigt aber zugleich, wie notwendig es ist, dass ein Partner wie die EU, der hohen Wert auf Rechtsstaatlichkeit, transparente Verfahren und partizipative Prozesse legt, eine aktive Rolle in Bolivien einnimmt.

Europa verfügt über langjährige Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Ländern in Trans-



Ideologisierte Rohstoffpolitik: Die früheren sozialistischen Regierungen Boliviens suchten ausländische Partner für die Lithiumgewinnung nur unter den „antiimperialistischen“ Verbündeten. Im Bild: Russlands Außenminister Sergei Lawrow (links) mit dem damaligen bolivianischen Staatspräsidenten Luis Arce (rechts) im September 2025. Foto: © Zuma Press, Imgao.

formationsprozessen und bringt Instrumente mit, die institutionelle Kapazitäten stärken, lokale Gemeinschaften einbeziehen und Konflikte entschärfen können. Mit der in Bolivien viel beachteten Lithium-Roadmap²³ hat die EU bereits einen konkreten Beitrag zur Konsultation der lokalen Bevölkerung geleistet; laufende Programme ergänzen dies in den Bereichen Umweltschutz, soziale Inklusion und Governance.

Europa bietet zudem etwas, das Bolivien dringend benötigt: industrielle Wertschöpfung. Anders als viele Rohstoffmächte verfolgt die EU nicht das Ziel kurzfristiger Rohstoffausbeutung, sondern unterstützt langfristig angelegte Kooperationen, die auch Investitionen in lokale Produktion und Weiterverarbeitung einschließen. Die Global-Gateway-Strategie unterstreicht diesen Ansatz, da sie explizit auf nachhaltige Infrastruktur, institutionelle Stärkung und Wertschöpfung im Partnerland setzt. Dieser Unterschied ist nicht rein ökonomisch, sondern hat auch geopolitische Relevanz: Für Bolivien bedeutet eine Partnerschaft mit Europa ein höheres Maß an politischer Unabhängigkeit und technologischer Modernisierung. Für Europa wiederum resultiert

daraus die Möglichkeit, eine stabile, zuverlässige Rohstoffquelle zu erschließen und gleichzeitig ein nachhaltiges, langfristiges Industrialisierungsmodell zu fördern. Europa unterscheidet sich mit diesem Ansatz deutlich von China, das zwar hohe Investitionen tätigt, jedoch den Großteil der Wertschöpfung in die eigene Industrie zurückverlagert.

Der technologische Faktor: direkte Lithiumextraktion als geopolitischer Hebel

Die politische Neuausrichtung Boliviens fällt mit einem technologischen Fortschritt zusammen, der die wirtschaftliche Erschließung der dortigen Lagerstätten erstmals möglich macht. Moderne Direct-Lithium-Extraction-Technologien (DLE) erlauben es, Lithium auch aus magnesiumreicher Sole – wie in Bolivien – nachhaltig und effizient zu extrahieren. Während herkömmliche Verdunstungsmethoden jahrelange Prozesse erfordern und durch den hohen Magnesiumanteil der bolivianischen Sole stark beeinträchtigt werden, ermöglicht die DLE-Technologie eine direkte Extraktion, die sowohl ökologisch schonender als auch ökonomisch tragfähiger ist.²⁴

Europäische Unternehmen wie Vulcan Energy Resources haben in Zusammenarbeit mit EAU Lithium und der staatlichen YLB erfolgreich entsprechende Pilotversuche durchgeführt, die die technische Machbarkeit bestätigten.²⁵ Diese technologische Entwicklung ist nicht nur ein wissenschaftlicher Durchbruch, sondern hat auch geopolitische Tragweite: Sie reduziert den technologischen Vorsprung Chinas in der Lithiumverarbeitung und eröffnet Bolivien und Europa eine gemeinsame Chance, ein nachhaltiges Lithiummodell zu entwickeln. Die EU unterstützt diese Projekte aktiv diplomatisch, wie die Anwesenheit europäischer Botschafter bei Vertragsunterzeichnungen zeigt.

Diese technologische Grundlage ist insofern entscheidend, als sie Bolivien erstmals echte industrielle Perspektiven eröffnet. DLE könnte dem Land ermöglichen, sowohl im Bereich der Rohstoffextraktion als auch in dem der Weiterverarbeitung eine Rolle zu spielen, die weit über die bisherige Praxis des reinen Rohstoffexports hinausgeht. Für Bolivien wird dadurch die Chance eröffnet, Wertschöpfungsketten im eigenen Land aufzubauen – eine Vision, die viele bolivianische Regierungen seit Jahrzehnten hatten, die aber an fehlender Technologie und unzureichenden internationalen Partnerschaften scheiterte.

Wasser in den Wein: Chancenfenster mit Risiken

So vielversprechend das aktuelle Momentum ist – der Erfolg einer europäischen Lithiumpartnerschaft mit Bolivien ist keineswegs sicher. Zu fragil sind die politischen, sozialen und geopolitischen Rahmenbedingungen. Im Inneren bleibt Bolivien politisch volatil. Präsident Paz steht für Öffnung und Reform, doch seine Agenda ist keineswegs unumkehrbar. Die weiterhin einflussreiche MAS verfügt über eine stabile gesellschaftliche Basis und könnte bei einem Machtwechsel versuchen, zur stärker staatszentrierten Rohstoffpolitik früherer Jahre zurückzukehren. In einem solchen Szenario stünden bestehende Verträge zur Disposition – von Neuverhandlungen bis hin zu politischen Blockaden.

Für Europa würden dadurch die ohnehin hohen Investitionsrisiken erheblich verstärkt.

Hinzu kommt ein zweiter, nicht minder entscheidender Faktor: die Rolle der lokalen Bevölkerung. Die Vergangenheit hat mehrfach gezeigt, dass Lithiumprojekte weniger an technischen als an gesellschaftlichen Widerständen scheitern. Ohne glaubwürdige Beteiligung, transparente Verfahren und sichtbare Vorteile für die betroffenen Regionen drohen Proteste, juristische Interventionen und Projektstopps.

Geopolitisch findet die Partnerschaft ebenfalls nicht im luftleeren Raum statt. Neben China könnten auch die USA versuchen, ihren Einfluss in Lateinamerika auszubauen, um sich Zugang zu kritischen Rohstoffen zu sichern. Es ist daher offen, ob Europa Bolivien dauerhaft als exklusiven Partner gewinnen kann oder sich ein neuer Wettbewerb entwickelt, in dem politische und wirtschaftliche Einflusszonen neu ausgehandelt werden.

Schließlich liegen zentrale Herausforderungen auch auf europäischer Seite. Ambitionierte Strategien wie der Critical Raw Materials Act oder Global Gateway stehen häufig langsamen Entscheidungsprozessen, regulatorischen Hürden und begrenzter Risikobereitschaft gegenüber. Europa erkennt zwar den strategischen Handlungsdruck – doch ob es schnell und entschlossen genug agieren kann, ist offen. Der Erfolg hängt folglich weniger von der Verfügbarkeit von Lithium als von politischer Kontinuität, gesellschaftlicher Akzeptanz und geopolitischer Durchsetzungsfähigkeit ab.

Strategische Konvergenz – warum beide Seiten einander brauchen

Europa sucht systematisch nach neuen Lieferquellen, während Bolivien seine Partnerlandschaft gezielt diversifiziert. So entsteht eine ungewöhnlich günstige Ausgangslage für Kooperation. Bolivien benötigt Technologie, Kapital und internationale Legitimität, um seine Rolle im globalen Lithiummarkt auszubauen. Europa braucht Lithium – und zwar viel davon, um seine

Energiesysteme zu dekarbonisieren, seine Industrie konkurrenzfähig zu halten und seine Abhängigkeit von China zu reduzieren.

Im Fazit zeigt sich ein differenziertes Bild: Bolivien und Europa stehen an einem historischen Punkt – jedoch nicht auf festem, sondern auf beweglichem Grund. Die politische Öffnung in Bolivien, die Kritik an bestehenden Partnerschaften mit China und Russland, die technologische Reife der europäischen DLE-Technologien und der geopolitische Druck auf Europa schaffen ein seltenes Zeitfenster für Kooperation. Gleichzeitig hängt der Erfolg dieser Partnerschaft entscheidend davon ab, ob es gelingt, politische Stabilität zu sichern, gesellschaftliche Akzeptanz herzustellen und im internationalen Wettbewerb handlungsfähig zu bleiben.

Wenn Europa entschlossen und zugleich politisch sensibel handelt, kann es nicht nur seine Versorgung sichern, sondern auch einen Beitrag zu einer nachhaltigeren und gerechteren Rohstoffordnung leisten. Die Voraussetzungen sind vorhanden – doch der Erfolg ist kein Selbstläufer. Die entscheidende Frage ist weniger, ob eine Partnerschaft möglich ist, sondern mehr, ob es gelingt, sie unter schwierigen Bedingungen dauerhaft tragfähig zu machen.

- 1 Stolte, Christina 2025: Wahlsieg von Rodrigo Paz läutet neue Ära ein, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 20.10.2025, in: <https://ogy.de/j794> [27.03.2026].
- 2 Blair, Alex 2026: New president, new policy: Bolivia's shift against lithium protectionism, Mining Technology, 30.01.2026, in: <https://ogy.de/gi8l> [27.03.2026]; de Vicente, Agustín 2025: Bolivia's new president rekindles cautious hope for long-stalled lithium dreams, Mining Reporters, 23.10.2025, in: <https://ogy.de/y1c0> [27.03.2026].
- 3 Europäische Kommission 2025: Strategic Raw Materials. Lithium – battery grade, in: <https://ogy.de/9z1k> [31.03.2026].
- 4 Europäische Union 2024: Regulation (EU) 2024/1252 of the European Parliament and of the Council of 11 April 2024 establishing a framework for ensuring a secure and sustainable supply of critical raw materials and amending Regulations (EU) No 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1724 and (EU) 2019/1020, EUR-Lex, 03.05.2024, in: <https://ogy.de/hbdo> [31.03.2026].
- 5 Generaldirektion Kommunikation 2025: New measures to secure raw materials and strengthen the

- EU's economic security, Europäische Kommission, 03.12.2025, in: <https://ogy.de/4c21> [31.03.2026].
- 6 Ebd.
- 7 Europäische Kommission / Hoher Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik 2021: Gemeinsame Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank, Global Gateway, 01.12.2021, in: <https://ogy.de/fymi> [31.03.2026].
- 8 Bille, Bryan 2024: Increasing Lithium Supply Security for Europe's Growing Battery Industry: Recommendations for a Resilient Supply Chain, The Hague Centre for Strategic Studies, 22.01.2024, in: <https://ogy.de/43vz> [31.03.2026].
- 9 von Vacano, Diego 2025: The Geopolitics of Lithium in 2025, The National Interest, 10.02.2025, in: <https://ogy.de/d74n> [31.03.2026].
- 10 Licata, Olivia 2024: Securing Critical Minerals Amid U.S.-China Rivalry: Leveraging Latin American Lithium to Mitigate Supply Risks, Center for Global Security Research, 08/2024, in: <https://ogy.de/3gdy> [31.03.2026].
- 11 Käufer, Tobias 2025: Kampf um größten Lithium-Schatz der Welt, ZDFheute, 25.07.2025, in: <https://ogy.de/tnam> [31.03.2026].
- 12 Ruvenal, Caio 2025: El accidentado camino del litio en Bolivia: 17 años de promesas de un desarrollo económico que no despega, América Futura, El País, 03.06.2025, in: <https://ogy.de/rro5> [31.03.2026].
- 13 Fundación Jubileo 2024: Consultoría: Situación y perspectivas de la explotación del litio en Bolivia, 08.10.2024, in: <https://ogy.de/6ezj> [27.03.2026].
- 14 Fundación Milenio 2025: El litio en la Economía de Bolivia: paradigma de un gigante dormido y la fiebre del „oro blanco“, 03.10.2025, in: <https://ogy.de/dolf> [27.03.2026].
- 15 Belmonte, Marco Antonio 2025: Jubileo y 36 organizaciones de la sociedad civil cuestionan contratos de litio y sostienen al menos 6 observaciones, Visión 360, 13.02.2025, in: <https://ogy.de/v9mb> [27.03.2026].
- 16 Fernández, Freddy Lacio 2025: Litio en disputa: Defensoría frena contratos y Arce advierte un bloqueo político, El Deber, 21.08.2025, in: <https://ogy.de/zpl9> [27.03.2026].
- 17 Belmonte 2025, N. 15.
- 18 El Potosí 2026: Comcipo convoca a pre-cumbre del litio para unificar ley sectorial, 27.02.2026, in: <https://ogy.de/mfde> [31.03.2026].
- 19 Blair 2026, N. 2.
- 20 Mamani Cayo, Yolanda 2026: El litio de Bolivia aún anima a Europa; Alemania pone condiciones sociales, El Deber, 06.02.2026, in: <https://ogy.de/baas> [31.03.2026].
- 21 Fernández 2025, N. 16.
- 22 Europäische Kommission: Bolivia, International Partnerships, in: <https://ogy.de/4azh> [27.03.2026].
- 23 Europäische Union 2026: Roadmap for cooperation on critical raw materials and lithium, in: https://www.distillednews.eu/article/external_260206_eu_cooperation_bolivia_11m [27.03.2026].
- 24 IDTechEx: Direkte Lithiumgewinnung 2025–2035: Technologien, Akteure, Märkte und Prognosen, in: <https://ogy.de/396j> [31.03.2026]; Fraunhofer-Institut für physikalische Messtechnik IPM 2025: Effiziente Lithiumgewinnung durch innovative Messtechnik, Presseinformationen, 26.05.2025, in: <https://ogy.de/mqc8> [31.03.2026].
- 25 Estremadoiro Flores, Ernesto 2026: Empresa australiana EAU Lithium firma acuerdo de negociación con YLB para avanzar en proyectos de litio, El Deber, 18.02.2026, in: <https://ogy.de/xyz3> [31.03.2026].

Im Gespräch

„Viele Menschen in Brasilien wollen einen politischen Mittelweg“

Ein Gespräch mit Maximilian Hedrich



Foto: © Zuma Press, Imago.

Brasilien steht vor Wahlen, die von verschiedenen Lagern geprägt sind: der Linken um Präsident Lula, dem rechten Bolsonaro-Lager sowie dem *Centrão* – ein loses Bündnis verschiedener Parteien und Abgeordneter, die keine feste ideologische Ausrichtung verfolgen. Inhaltlich dominiert vor allem die wirtschaftliche Lage mit hoher Inflation und steigenden Lebenshaltungskosten. Während Lula für sozialpolitische Maßnahmen steht, punktet das rechte Lager beim Thema Sicherheit. Die politische Mitte bleibt zersplittert und bietet bislang keine überzeugende Alternative, obwohl viele Wähler genau danach suchen. Für Europa ist die Wahl von Bedeutung, da Brasilien ein zentraler Partner in Handels-, Klima- und geopolitischen Fragen bleibt.



Maximilian Hedrich ist Leiter des Auslandsbüros Brasilien der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Rio de Janeiro.

Auslandsinformationen (Ai): In Brasilien stehen im Oktober Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an. Geben Sie uns doch zu Beginn eine Übersicht: Wer sind die wichtigsten Parteien und Personen?

Maximilian Hedrich: In der Tat: Es steht eine ganze Reihe von Wahlen im Oktober an. Da geht es um den neuen Präsidenten und um das nationale Parlament – die gesamte Abgeordnetenversammlung und einen Teil des Senats. Es werden aber auch in allen 26 Bundesstaaten neue Gouverneure und neue Parlamente gewählt. Das Panorama ist, gerade wenn man als Nicht-Brasilianer darauf blickt, recht unübersichtlich. Wenn wir uns jetzt einmal auf die Bundesebene beschränken, kann man die politische Landschaft ganz grob in ein linkes Lager um Präsident Lula, ein dem ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro nahestehendes rechtes Lager und die Parteien einteilen, die sich dazwischen positionieren. Letztere nennt man in Brasilien häufig *Centraão*. Das klingt nach Mitte, ist aber nicht zwangsläufig mit dem vergleichbar, was wir zum Beispiel in Deutschland darunter verstehen.

Ai: Ein Aspekt, auf den wir sicher gleich noch zurückkommen werden ...

Hedrich: Auf der linken Seite dominiert ganz klar die Persönlichkeit des jetzigen Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva. Die Chancen seiner Partei, also der Arbeiterpartei PT, auf das Präsidentenamt hängen ganz wesentlich an ihm. Sollte Lula, der ja immerhin mittlerweile 80 Jahre alt ist, aus irgendeinem Grund doch nicht antreten können, dürfte es schwer werden für die Linke. Lula wird voraussichtlich erneut mit seinem jetzigen Vizepräsidenten Geraldo Alckmin, einem hochgeschätzten, eher technokratischen Politiker, als Tandem antreten.

Im rechten Lager dominiert die wie so viele Parteien in Brasilien etwas missverständlich benannte Partido Liberal, die PL – also die Plattform des früheren Präsidenten Jair Bolsonaro. Der allerdings sitzt nach dem gewaltsamen Sturm auf die Institutionen in Brasília vom Januar 2023 noch bis 2025 im Gefängnis, darf nicht für politische Ämter kandidieren und sich eigentlich noch nicht einmal politisch äußern. De facto hat er allerdings seinen Sohn Flávio als vorläufigen Kandidaten – *precandidato* nennt man das in Brasilien – für die Präsidentschaft durchgesetzt, obwohl solche politischen Familiendynastien in dem Land bisher nicht üblich waren. Flávio allerdings hat weder das Charisma noch – bislang – die Beliebtheitswerte seines Vaters.

Ai: Und was unterscheidet Vater und Sohn inhaltlich?

Hedrich: Flávio Bolsonaro wird häufig mit seinem Vater gleichgesetzt, unterscheidet sich aber im politischen Stil. Während Jair Bolsonaro für konfrontative Rhetorik und starke Polarisierung stand, tritt Flávio moderater und strategischer auf. Inhaltlich bleibt er dem konservativen Kurs der Familie treu, versucht jedoch, institutioneller zu wirken und ein eigenständiges Profil zu entwickeln. Ob Flávio Bolsonaro nach einer gewonnenen Wahl dann wirklich moderater agieren beziehungsweise regieren würde, bleibt offen.

***Ai:** Welche Themen bestimmen bislang die politische Debatte im Wahljahr?*

Hedrich: An erster Stelle steht ganz klar die Wirtschaft. Die Inflation ist verhältnismäßig hoch, die Menschen in Brasilien merken in allen Lebensbereichen, dass die Preise hochgehen, ob im Supermarkt oder im öffentlichen Nahverkehr. Und das Problem betrifft längst nicht nur die Unterschicht, auch die Mittelschicht ächzt unter der Teuerung. Komplexe Themen aus dem Bereich Wirtschaft – Stichwort Staatsfinanzen, Verschuldung oder Steuersystem – kommen am Rande auch vor. Aber die Frage, die am Ende den Großteil der Wählerschaft abholt, ist: Was kann ich mir am Ende des Monats noch leisten?

***Ai:** Und wem trauen die Leute da die besseren Lösungen zu?*

Hedrich: Lula steht für viele sicher immer noch für den Kampf gegen soziale Ungleichheit und Armut, ganz allgemein für einen aktiven Staat. Man erinnert sich an die entsprechenden Sozialprogramme aus Lulas ersten beiden Amtszeiten von 2003 bis 2011. Die große Frage ist, ob das damals nachhaltig war und erst recht, ob diese Art von Politik bei heute höherer Staatsverschuldung und langsamerem Wirtschaftswachstum haltbar ist.

Das zweite große Thema, bei dem dann wiederum der Vertrauensvorschuss eher beim Bolsonaro-Lager liegt, ist die innere Sicherheit, also die organisierte Kriminalität und die alltägliche Gewalt, gerade in den Großstädten. Da trauen viele der Rechten eher Lösungen zu und verweisen auf Erfolge aus Jair Bolsonaros Amtszeit von 2019 bis 2023, die allerdings auch zur Hälfte von der COVID-Pandemie und damit einer Sondersituation geprägt war.

Ein drittes Thema, das – soweit ich das beurteilen kann – zum ersten Mal eine größere Rolle in einem brasilianischen Wahlkampf spielt, ist die Außenpolitik. Brasilien ist ein großes Land, das auch bei Wahlen vor allem um sich selbst kreist. Das ist diesmal zumindest ansatzweise anders. Und hier liegt der Vorteil wieder eher beim linken Lager. Selbst wenn man nicht gleich von einem „Außen-Präsidenten“ sprechen will, war Lula seit 2023 doch sehr viel international unterwegs und hat die brasilianischen Interessen, auch in den Augen mancher, die nicht zu seinen Anhängern zählen, insgesamt gut vertreten. Er hat mit seinem Vizepräsidenten erreicht, dass die hohen US-Zölle wieder gesenkt wurden, was ihm die Brasilianer hoch anrechnen. Er verteidigt, wenn auch nicht mehr ganz so laut wie früher, Brasiliens Rolle im BRICS-Bündnis beziehungsweise jetzt BRICS+. Bei der COP in Belém im vergangenen Jahr konnte er sich als Vorreiter der Klimadiplomatie präsentieren, und das EU-Mercosur-Abkommen wäre ohne ihn möglicherweise gescheitert.

***Ai:** Spielen Umwelt und Klima denn insgesamt im Wahlkampf eine Rolle?*

Hedrich: Nicht wirklich. Gerade das Thema Amazonas ist für uns Europäer oft relativ weit oben auf der Agenda und dort ist die Abholzung unter Lula auch tatsächlich deutlich zurückgegangen – anders übrigens als in anderen Regionen des

Landes, über die wir weniger sprechen. Aber das ist kein Thema für den Wahlkampf. Es würde auch überhaupt nicht zu Lulas Gesamterzählung passen, bei der die nationale wirtschaftliche Entwicklung ganz klar im Mittelpunkt steht. Migration ist ein weiteres Thema, das – für Außenstehende, gerade aus Europa, vielleicht überraschend – praktisch keine Rolle im Wahlkampf spielt. Es gibt in Brasilien Flüchtlinge, beispielsweise aus Venezuela, aber die gehen in diesem riesigen Land sozusagen unter.

Ein in Fachkreisen vieldiskutiertes, im Wahlkampf aber inexistentes Thema ist eine mögliche Bildungsreform. Eigentlich liegt hier ein wesentlicher Grund für die extreme soziale Ungleichheit. Die öffentlichen Schulen sind einfach schlecht und wenn sich die Eltern keine teure Privatschule leisten können, haben die Kinder so gut wie keine Chance, wirtschaftlich voranzukommen. Das ist aber womöglich von den Eliten auch so gewollt und der Drang, hier wirklich etwas zu ändern, ist überschaubar.

Ai: So wie es momentan aussieht, könnte Brasilien in diesem Jahr am Ende zum dritten Mal in Folge die Wahl zwischen einem möglichen Präsidenten aus dem Lula-Lager und einem aus dem Bolsonaro-Lager haben. Mitte-rechts-Kandidaten, die es früher zum Präsidenten gebracht oder zumindest in die Stichwahl geschafft haben, könnten erneut keine Rolle spielen. Spiegelt das eine Polarisierung der brasilianischen Gesellschaft wider?



Ähnlich, aber nicht identisch: Flávio Bolsonaro wird häufig mit seinem Vater gleichgesetzt, tritt aber deutlich moderater und strategischer als Jair Bolsonaro auf. Inhaltlich bleibt er dem konservativen Kurs der Familie jedoch treu. Foto: © TheNews2, Imago.

Hedrich: Nicht wirklich. Es wirkt im Gegenteil fast schon ein wenig schizophren. Mein Eindruck aus Gesprächen in Brasilien ist, dass die Polarisierung nicht so stark ist wie es beim Blick auf die Präsidentschaftswahlen wirken mag. Es deutet für mich einiges darauf hin, dass die Polarisierung sogar eher nachgelassen hat. 2018, als Jair Bolsonaro zum Präsidenten gewählt wurde, ging der Riss oft durch Familien und Freundeskreise. Man sprach teilweise nicht mehr miteinander.

Interessant war dann die Reaktion auf den Putschversuch von Anfang 2023 und auch auf die daraus am Ende folgende Verurteilung Jair Bolsonaros. Nach dem Putschversuch war fast das ganze Land schockiert. So etwas hatte man in Brasilien eigentlich nicht für möglich gehalten. Um den Prozess herum war es verhältnismäßig ruhig. Ja: Die Anhänger genau wie die Gegner Bolsonaros hatten im Vorfeld in ihrem jeweiligen Sinne auf der Straße demonstriert. Dann lief aber alles ziemlich routiniert ab. Wie in Brasilien üblich wurde der Prozess live im Fernsehen übertragen. Und an dem einen Tag konnte man dann den Prozess und das Urteil gegen Bolsonaro sehen, und am nächsten Tag lief wieder die Telenovela. Befürchtungen hatte es gegeben. Am Ende aber vertrauten die Menschen in Brasilien ganz überwiegend darauf, dass der Oberste Gerichtshof diesen Prozess seriös durchführen würde – ich denke zurecht.

Heute würde ich grob sagen, dass sich die brasilianische Gesellschaft in drei etwa gleich große Teile gliedern lässt: diejenigen, die klar zur Linken stehen; diejenigen, die klar im Bolsonaro-Lager verortet sind; und ein weiteres Drittel irgendwo dazwischen. Viele Menschen in Brasilien wollen eigentlich einen politischen Mittelweg zwischen den Lagern links und rechts. Man spricht da in Brasilien von der *terceira via*, also wörtlich dem „dritten Weg“. Die Leute sind aber hochgradig enttäuscht von den dort angesiedelten Parteien, die sich in ihren Augen eher die Taschen vollmachen als programmatisch zu handeln.

Ai: Jetzt ist es höchste Zeit, dass wir uns die Parteien in der politischen Mitte Brasiliens genauer anschauen. Wir haben schon gehört, dass man diesen Block oft Centrão nennt. Welche Parteien verbergen sich dahinter und wofür stehen sie?

Hedrich: Eine klassische Vertreterin des *Centrão* ist die MDB. Das steht für Movimento Democrático Brasileiro. Das ist eine Partei, die schon häufig auf nationaler Ebene Minister gestellt hat und auch immer wieder bei Regional- und Gemeindewahlen gut abschneidet, die aber nie den großen Coup gelandet hat, dass jemand aus ihren Reihen vom Volk zum Präsidenten gewählt worden wäre.

Dann gibt es die PSDB, was für Sozialdemokratische Partei Brasiliens steht – wiederum ein missverständlicher Name, denn sozialdemokratisch nach deutschem Verständnis ist die Partei sicher nicht. Sie ist heute am ehesten als liberal-zentristische beziehungsweise moderat konservative Reformpartei einzuordnen und bangt aktuell darum, überhaupt wieder ins Parlament einzuziehen.

Eher im konservativen Bereich des *Centrão* könnte man die União Brasil einordnen. Auch die Partei der Republicanos ist dort anzusiedeln. Schließlich gibt es noch die PSD mit ihrem Vorsitzenden Gilberto Kassab. Auch sie ist dem Namen nach sozialdemokratisch, tatsächlich aber – je nachdem, welche Region in Brasilien man sich

anschaut, mal Mitte-links, mal Mitte, mal Mitte-rechts. Die PSD ist sicher derzeit die Nummer eins im *Centrão*. Sie hat bei den letzten Gemeindewahlen ziemlich abgeräumt und könnte auch bei den nationalen Wahlen in diesem Jahr wieder zur Königsmacherin werden. Sie hat sich unter Kassab sehr gut und professionell aufgestellt und hat es geschafft, im Wechselfenster im brasilianischen Herbst – also dem deutschen Frühjahr – viele Politiker und Mandatsträger von anderen Parteien zu sich zu ziehen.

Ai: *Wechselfenster?*

Hedrich: Mit Wechselfenster ist in Brasilien eine gesetzlich festgelegte Frist gemeint, in der gewählte Politiker ihre Partei wechseln dürfen, ohne ihr Mandat zu verlieren.

Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, wie die Dynamik innerhalb des *Centrão* insgesamt funktioniert. Und damit sind wir bei der grundsätzlichen Frage, wofür diese Parteien eigentlich stehen: Aus Deutschland sind wir es gewohnt, dass auch die Parteien der Mitte bei aller Kompromissfähigkeit für bestimmte Inhalte stehen. Von dieser Vorstellung sollte man sich mit Blick auf Brasilien gleich verabschieden. Wenn man die entsprechenden Parteien googelt, steht gefühlt bei fast jeder so etwas wie „catch-all“ oder „pragmatisch“. „Pragmatisch“ trifft die Sache auch tatsächlich nicht so schlecht. Positiv gewendet sind diese Parteien hochgradig kompromissfähig. Sie nehmen auch nicht an dem von Rechten wie Linken ausgetragenen Kulturkampf mit eigenen Positionen teil, sondern schauen in der Regel, mit welchem Wind es sich gerade besser segeln lässt.

Negativer gewendet sind diese Parteien inhaltlich weitgehend leer. Sie sind im Wesentlichen Vehikel für die politischen Ambitionen von Individuen. Wenn eines dieser Vehikel in den Umfragen abzusteigen scheint, orientiert man sich eben um und setzt auf ein erfolversprechenderes „Pferd“. Im politischen System Brasiliens spielen diese Parteien die Rolle der Königsmacher.

Ai: *Woher nehmen sie diese Macht?*

Hedrich: Brasilien ist ein präsidentielles System, wobei die Parlamentskammern nach Verhältniswahl mit offenen Listen gewählt werden. Das sorgt für Personalisierung, aber tendenziell auch für eine gewisse Fragmentierung. Die Partei des Präsidenten hat eigentlich nie eine eigene Mehrheit, um Gesetze durchzubringen. Das ist der Hebel für die Parteien des *Centrão*. Im Gegenzug für politische Unterstützung gibt es für diese Parteien dann Ministerämter und andere Posten, oder auch Geld für den eigenen Wahlkreis, dessen Verwendung dann kaum noch kontrolliert wird. Manche sagen, das sei ein System der perfektionierten oder gar „legalen“ Korruption.

In den vergangenen Jahren hatten wir die Situation, dass die Regierung Lula sich auf praktisch alle Parteien des *Centrão* bis hin zur União Brasil stützte, also praktisch bis an den Rand des Bolsonaro-Lagers, wobei die União Brasil mittlerweile die Regierung verlassen hat. Und das zukünftige Parlament dürfte laut Prognosen noch

konservativer werden als das jetzige. Auch wenn Lula selbst vielleicht nicht gemäßigt links ist, ist es seine Regierung gezwungenermaßen sehr wohl.

Was übrigens die Parteien des *Centrão* von der Arbeiterpartei und auch der PL unterscheidet, ist ihre geografische Verankerung. Die *Centrão*-Parteien haben in der Regel bestimmte regionale Hochburgen und sorgen dann auch bevorzugt für diese. Das Lula- wie auch das Bolsonaro-Lager sind landesweit verankert.

Was dann wiederum fast alle Parteien eint, ist der geringe Frauenanteil. Es gibt durchaus weibliche Mandatsträgerinnen. Die sehen sich dann aber oft einem derartigen Schwall sexistischer Diffamierungen ausgesetzt, dass leider viele von ihnen nach einer Wahlperiode sagen: Danke, das reicht!

Ai: Das klingt nicht ermutigend. Gibt es derzeit tatsächlich gar keine Stimme, die den Wunsch der Menschen nach einem „dritten Weg“, den Sie ja selbst wahrnehmen, auch inhaltlich-programmatisch glaubhaft vertreten könnte?

Hedrich: Die lauteste Stimme in diesem Sinne ist derzeit wohl die vorhin schon erwähnte PSD mit ihrem Vorsitzenden Kassab, einer prominenten eher liberal-demokratischen Figur wie Eduardo Leite oder dem eher konservativen Ronaldo Caiado, den Kassab als *precandidato* für die Präsidentschaftswahl durchgesetzt hat. Aber



Brasilien als Partnerland der Hannover Messe im April 2026. Bundeskanzler Friedrich Merz und Luiz Inácio Lula da Silva, Präsident der Föderativen Republik Brasilien, eröffneten die Messe. Letzterer wird auch bei den diesjährigen Wahlen im Oktober in Brasilien wieder antreten. Foto: © Bernhard Herrmann, Imago.

im Grunde hat man nicht den Eindruck, dass die Partei bei der Präsidentschaftswahl tatsächlich auf Sieg spielen will. Wahrscheinlicher ist, dass sie einfach den Preis für denjenigen aus dem linken oder rechten Lager hochtreiben wollen, mit dem sie dann am Ende zusammengehen werden.

Wenn man ehrlich ist, geben die Umfragewerte bislang auch nichts anderes her. Die Parteien zwischen dem linken und rechten Lager haben die vergangenen vier Jahre in dieser Hinsicht praktisch vergeudet. Auch weil niemand zurückstecken will, haben sie sich nicht frühzeitig auf eine Person geeinigt, die man systematisch zu einem ernsthaften Anwärter auf die Präsidentschaft hätte aufbauen können. Wie in so vielen Ländern der Region hat sich die politische Mitte leider aufgegeben und hat keine klaren inhaltlichen Angebote. Und wenn dann in einem Kontext wie in Lateinamerika, in dem Personen bei Wahlen besonders wichtig sind, auch kein echtes Zugpferd zu erkennen ist, das es beispielsweise mit einem – wenn auch alternden – Lula aufnehmen könnte, wird es eben schwierig.

***Ai:** Schlagen wir zum Schluss noch die Brücke nach Europa. Was wäre denn besser für uns: Lula in der vierten Auflage oder ein Präsident aus dem Bolsonaro-Lager?*

Hedrich: Lula ist sicher für uns ein schwieriger und auch manchmal unangenehmer Zeitgenosse. Aber wahr ist auch: Beim Thema Rohstoffe, in der Klimapolitik und auch in der Wirtschaftspolitik war er für die vorherige wie auch die aktuelle Bundesregierung ein relativ verlässlicher Partner. Auf seine Rolle beim EU-Mercosur-Abkommen bin ich vorhin bereits eingegangen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt für uns, denn Brasilien ist ein bedeutender Partner. Die deutsche Handelskammer in São Paulo war nicht umsonst lange die größte weltweit. Und auch in jüngster Zeit hat sich wieder gezeigt, welch große Rolle Brasilien für uns spielt: Das Land war in diesem Jahr Gastland bei der Hannover Messe, die von Lula und Bundeskanzler Friedrich Merz eröffnet wurde. Lula war mit einer Delegation von nicht weniger als 15 Ministern angereist, die dann auch an den deutsch-brasilianischen Regierungskonsultationen teilnahmen. Das alles hat die strategische Partnerschaft zwischen unseren Ländern noch einmal deutlich unterstrichen.

Andererseits brauchen wir uns nichts vorzumachen: Beim Thema BRICS und mit Blick auf sein allgemeines, manchmal dem Westen gegenüber sehr kritisches außenpolitisches Narrativ wird Lula sich nicht ändern. Nicht zuletzt mit Blick auf den Nahostkonflikt und die Rolle Israels pflegt er eine Rhetorik, die wir zurecht äußert kritisch sehen. Aber sein außenpolitisches Team und die Ministerien sind hochprofessionell aufgestellt. Man findet mit Blick auf andere uns wichtige Themen dennoch einen pragmatischen Umgang.

Wenn es am Ende Flávio Bolsonaro oder ein ähnlich gelagerter Politiker würde, würde sich im Bereich Wirtschaft und Handel vermutlich nicht so viel ändern. Bolsonaro Senior hat 2018/2019 die Unterzeichnung des EU-Mercosur-Abkommens ebenfalls unterstützt. Man müsste aber davon ausgehen, dass Brasilien unter einem solchen Präsidenten – jedenfalls solange in Washington Donald Trump regiert – eher die Annäherung an die USA, womöglich zulasten Europas und Asiens, suchen würde.

Dazu kommt: Bei den Themen Umwelt und Menschenrechte könnte es wieder zu Spannungen mit den Europäern kommen. Auf keinen Fall dürfen wir den Fehler aus der Zeit der Präsidentschaft Jair Bolsonaros wiederholen. Wir hätten damals bei allen politischen Differenzen viel stärker die Gesprächskanäle offenhalten müssen, einfach weil Bolsonaro damals der Vertreter Brasiliens und damit eines für uns wichtigen Partners, eines Schlüssellandes, war. Es ist absehbar, dass nicht zuletzt seitens mancher Nichtregierungsorganisationen in einem solchen Szenario Druck in Richtung maximaler Distanzierung gemacht würde. Und Kritik sollte natürlich, wo sie angebracht ist, auch in geeignetem Rahmen geübt werden können. Aber wie gesagt: Die Gesprächskanäle dürfen wir nicht wieder schließen. Beim letzten Mal ist es gelungen, sie nach der Bolsonaro-Eiszeit wieder zu öffnen. Ich denke beim nächsten Mal wäre das anders.

Das Gespräch führten Magdalena Falkner und Sören Soika.

Schattenwirtschaft und Pseudostaatlichkeit

Eine „Fünfte Welle“ des transnational organisierten Verbrechens gefährdet die Demokratie in Lateinamerika – und die Sicherheit Europas



Foto: © Zuma Press, Imago.

Auf einen Blick

Das transnational organisierte Verbrechen in Lateinamerika hat sich in den vergangenen Jahren zu einem flexiblen, global vernetzten Parallelsystem entwickelt, das staatliche Ordnung ersetzt, Macht ausübt und wirtschaftliche Kreisläufe kontrolliert.

Kriminelle Netzwerke agieren heute dezentral, diversifiziert und grenzüberschreitend, eingebettet in legale Märkte und internationale Logistikketten.

In schwachen Staaten übernehmen kriminelle Organisationen Governance-Funktionen, schaffen Ordnung, erheben Abgaben und gewinnen funktionale Legitimität, etwa in Armenvierteln, ländlichen Regionen und Gefängnissen.

Bereits jetzt sind die Konturen einer nächsten Entwicklungsphase des organisierten Verbrechens erkennbar. Diese wird durch Technologie, Automatisierung, Künstliche Intelligenz und strategische Einflussnahme im öffentlichen Diskurs geprägt sein und erfordert koordinierte, demokratisch legitimierte Gegenstrategien.

Europa ist dabei längst nicht mehr nur Absatzmarkt, sondern auch selbst Schauplatz institutioneller Unterwanderung, insbesondere in Häfen, Finanzsystemen und der Immobilienwirtschaft, begünstigt durch hohe Nachfrage und begrenzte Kontrolle. Ohne entschiedene Gegenmaßnahmen droht eine „Lateinamerikanisierung“ des Kontinents.



Pablo Zeballos ist ein chilenischer Forscher und Consultant mit dem Schwerpunkt transnational organisiertes Verbrechen. Er war über Jahrzehnte für die chilenischen Sicherheitskräfte tätig.

Im vergangenen Jahrzehnt ist Lateinamerika Zeuge einer schleichenden, aber tiefgreifenden Transformation des transnational organisierten Verbrechens geworden, deren Tragweite viele Menschen noch nicht ausreichend begriffen haben. Das Phänomen lässt sich heute nicht mehr mithilfe hergebrachter Kategorien wie Drogenhandel oder der Vorstellung von hierarchisch aufgebauten Organisationen mit sichtbaren Führungsfiguren analysieren. Die organisierte Kriminalität hat mittlerweile komplexere, anpassungsfähigere und resilientere Formen angenommen. Sie ist in der Lage, sich in weltweite Wirtschaftsströme zu integrieren, in bestimmten Bereichen Governance-Funktionen an sich zu reißen und politische Macht auszuüben.

Dieser Prozess kann als eine Weiterentwicklung der „Vierten Welle“ des transnational organisierten Verbrechens¹ verstanden werden, die sich durch eine zunehmende Verflechtung verschiedener illegaler Wirtschaftszweige, flexible transnationale Netzwerke, eine partielle Unterwanderung von Institutionen und das Auftauchen einer Art Pseudostaatlichkeit auszeichnet, bei der das organisierte Verbrechen jenseits des staatlichen Rechtsrahmens in bestimmten Gebieten quasi-hoheitliche Aufgaben übernimmt. In dieser Phase wächst das organisierte Verbrechen aus seiner Rolle als Akteur, der im Verborgenen arbeitet, heraus und verwandelt sich in eine Art Parallelsystem, das staatliche Ordnung ersetzt, Einnahmen generiert und Macht ausübt.

Um die Bedeutung dieser Transformation zu begreifen, muss sie in den historischen Kontext eingeordnet werden. Im Zentrum der „Ersten Welle“ des organisierten Verbrechens stand der Aufstieg des Medellín-Kartells unter Pablo Escobar, das massenweise Kokain für den US-Markt

herstellte sowie extreme Gewalt gegen den Staat einsetzte und dessen Machtstrategie darauf basierte, immer größere Gebiete zu beherrschen. Während der „Zweiten Welle“ dominierte dann das Cali-Kartell, das die direkte Konfrontation mit der Staatsmacht durch Korruption und politische Unterwanderung ersetzte. Durch seine Verbindungen mit den mexikanischen Kartellen wurde die Landkarte der Schmuggelrouten neu gezeichnet und es wurden auch die Geldwäsche-mechanismen revolutioniert. Die „Dritte Welle“ ging mit der fortlaufenden Kriminalisierung ganzer Staaten einher, besonders derer, die in Gebieten lagen, die für Produktion, Transport und den Schutz illegaler Wirtschaftskreisläufe strategisch wichtig waren. Normative Maßstäbe wurden gezielt verschoben, Institutionen geschwächt. Zudem wurde der Rechtsstaat systematisch ausgenutzt. Auf diese Weise schufen bewaffnete nichtstaatliche Akteure und kriminelle Gruppen mit hohen operativen Fähigkeiten die Bedingungen, unter denen sie sich – ob formell oder informell – in staatliche Strukturen eingliedern konnten. Dieser Prozess verwischte die Grenze zwischen Regierungen und transnationalen kriminellen Organisationen bis zur Unkenntlichkeit und brachte das hervor, was einige Analysten als kriminalisierte Staaten bezeichnen – also Gebilde, in denen Politik und Verbrechen nicht in Konkurrenz zueinander stehen, sondern praktisch fusionieren oder sich zumindest gegenseitig stützen.

Die „Vierte Welle“ des organisierten Verbrechens in Lateinamerika kombiniert verschiedene Elemente all dieser vorangegangenen Phasen und entwickelt sie weiter, zeichnet sich aber zudem durch etwas qualitativ Neues aus – denn erstmals treten hier hochentwickelte Akteure aus anderen Weltregionen auf den Plan: die italienische 'Ndrangheta, Clans vom Balkan, türkische

Syndikate oder auch chinesische Netzwerke, die Vorprodukte liefern. Sie alle arbeiten mit den lateinamerikanischen Verbrecherorganisationen in einem dynamischen, transnationalen und kriminellen Ökosystem zusammen, das sich an den sich jeweils bietenden Möglichkeiten orientiert und zunehmend unabhängig von konkreten Staaten oder Gebieten operiert.

Diese „Vierte Welle“ zu verstehen, ist das eine. Noch wichtiger aber ist, sich klarzumachen, dass sich bereits die Grundzüge einer „Fünften Welle“ herauskristallisieren, die noch einmal komplexer, anspruchsvoller und potenziell gefährlicher sein wird. Diese neue Entwicklungsstufe wird sich auszeichnen durch die Verwendung neuester Technologien und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, die Automatisierung illegaler Geschäfte und – besonders wichtig – einen strategischen Wettbewerb im öffentlichen Diskurs, bei dem es darum geht, illegale Wirtschaftsaktivitäten unter Rückgriff auf eine transaktionale politische Logik mit populistischem oder autoritärem Einschlag zu legitimieren, zu vertuschen oder sie innerhalb des legalen Wirtschaftskreislaufs zu normalisieren.

Viel mehr als Drogenhandel

Über Jahrzehnte war die Betrachtung der organisierten Kriminalität von einer verkürzten Sichtweise beherrscht, die sich stark auf den Drogenhandel konzentrierte. Es ist aber schon heute in der „Vierten Welle“ so, dass kriminelle Vereinigungen als diversifizierte Wirtschaftskonglomerate operieren. Sie sind gleichzeitig in zahlreichen kriminellen Märkten aktiv – darunter in Drogen- und Menschenhandel, Schmuggel, illegalem Bergbau, Finanzbetrug, Waffenhandel und Cyberkriminalität.

All diese Delikte verursachen menschliche Schäden und ziehen beispielsweise auch Umweltschäden nach sich. Hinzu kommt, dass die verschiedenen Aktivitäten nicht isoliert voneinander stattfinden, sondern integraler Bestandteil eines „Ökosystems“ sind, das darauf ausgerichtet ist, Gewinn zu maximieren und die Risiken der kriminellen Vereinigungen zu minimieren.

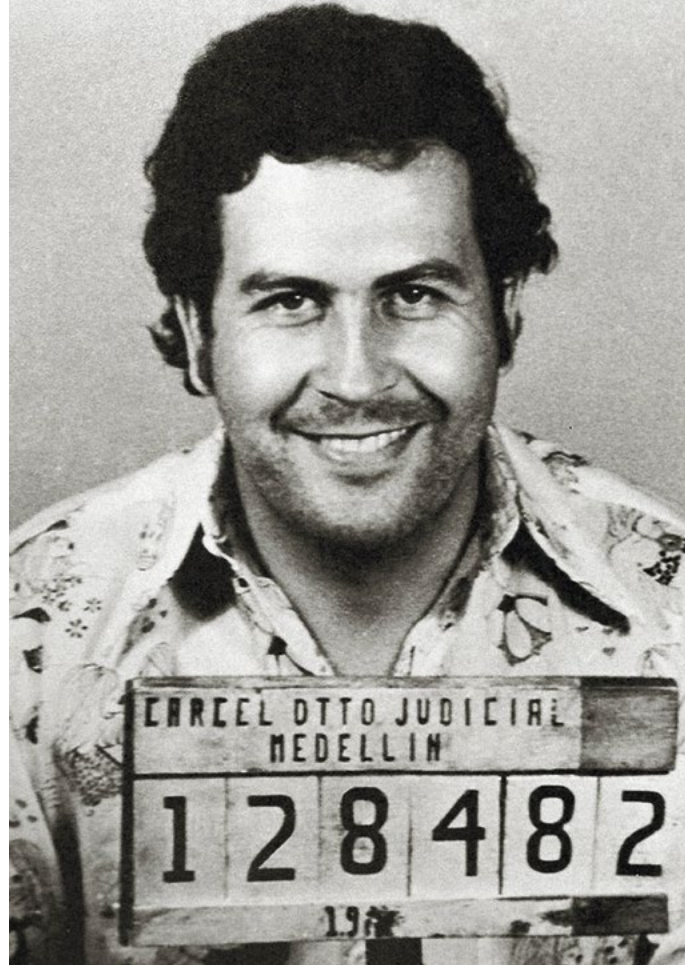
Eines der Kennzeichen dieser Entwicklungsstufe des organisierten Verbrechens sind Fälle von Organisationen, die sich von einem vertikal strukturierten Aufbau weg- und zu horizontalen, modularen Strukturen hinbewegen, deren Komplexität wir erst noch verstehen sowie in neue Begriffe fassen müssen und für die ich vorläufig die Bezeichnung als Ausdrucksformen von Exo-Kriminalität² vorschlage. Dabei geht es um ein Phänomen, das sich nicht auf eine zentralisierte strategische Planung stützt, sondern auf externe Bedingungen aufspringt: auf soziale Krisen, Masseneinwanderung, institutionellen Kollaps. Dieser neue Aufbau macht die kriminellen Netzwerke widerstandsfähiger gegen staatliche Verfolgung: Ihre dezentrale Organisation erschwert es den Behörden, sie vollständig zu zerschlagen. Gleichzeitig gewährleisten die Netzwerke intern einen ständigen Austausch, indem sie intensiv auf moderne Kommunikationstechnologie, spezialisierte Mittelsmänner und strategische Allianzen mit transaktionalen Charakter zurückgreifen.

Lateinamerika hat sich zu einem entscheidenden Knotenpunkt für weltweite illegale Wirtschaftsströme entwickelt.

Globalisierung der organisierten Kriminalität

In diesem Zusammenhang hat die internationale Vernetzung des organisierten Verbrechens noch nie gekannte Ausmaße erreicht. Lateinamerika hat sich dabei zu einem entscheidenden Knotenpunkt für weltweite illegale Wirtschaftsströme entwickelt, insbesondere, was den Schmuggel von Kokain nach Europa anbetrifft. Kriminelle Netzwerke vom Alten Kontinent, insbesondere aus Albanien, haben in Lateinamerika Fuß gefasst und das Feld dort aufgemischt. Sie haben ein enormes Geschick dabei bewiesen, sich eigenständig in die entscheidenden Stufen

„Erste Welle“ des organisierten Verbrechens in Lateinamerika: Pablo Escobar (Bild von 1977) und sein Medellín-Kartell setzten auf offene Konfrontation mit dem Staat. Spätere Verbrechergenerationen ersetzten diese Strategie durch schleichende Unterwanderung.
Foto: © Cinema Publishers Collection, Imago.



dieses Geschäfts einzuklinken, bei denen es um Finanzierung, Logistik, Verteilung und Geldwäsche geht.

Die Zahlen sprechen für sich. Laut dem UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)³ ist die weltweite Kokainproduktion 2023 auf einen neuen Rekord von 3.708 Tonnen gestiegen – ein Plus von 34 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der weltweiten Konsumenten ist innerhalb eines Jahrzehnts von 17 auf 25 Millionen angewachsen. Europa hat sich als einer der am schnellsten wachsenden Märkte etabliert. 2022 wurden in der EU 323 Tonnen beschlagnahmt. Ein Jahr später wurden allein im Hafen von Antwerpen 116 Tonnen sichergestellt. Laut Europol kamen 2024 70 Prozent des Kokains, das seinen Weg nach Europa fand, über Antwerpen und Amsterdam hinein.⁴ Albanische Netzwerke waren bei dieser Entwicklung entscheidend. Zwischen 2012 und 2018 sorgten sie

durch Bestechung von Hafenbeamten dafür, dass Lieferanten aus Kolumbien, Ecuador und Venezuela direkten Zugang erhielten. Auf diese Weise drückten sie den Preis für ein Kilo Kokain in den Niederlanden von 30.000 auf 23.000 Euro und brachten ganze Segmente des europäischen Marktes unter ihre Kontrolle.

Im Gegensatz zu anderen Akteuren halten sich die albanischen Gruppen in der Regel lieber im Hintergrund und versuchen, unter dem Radar der Medien zu bleiben. Stattdessen setzen sie auf pragmatische Beziehungen zu lokalen Organisationen und in die Politik. Ihre große Stärke liegt darin, jederzeit die Verbindung zu den globalen Märkten herstellen zu können. Dabei kommt ihnen insbesondere ihre umfassende und zugleich detaillierte Kenntnis der europäischen Märkte zugute; ebenso ihre Fähigkeit, über ausgeklügelte Mechanismen große Mengen an Drogengeldern zu waschen. In Zeiten

einer Kokainüberproduktion in der Andenregion haben diese Netzwerke dazu beigetragen, die Routen zu optimieren, den Transport effizienter zu gestalten und neue Absatzmärkte zu erschließen.

Das Kokainüberangebot hat einen Wettbewerbsdruck ausgelöst, der wie ein krimineller Innovationstreiber wirkt.

Ein beispielhafter Fall ist Dritan Rexhepi, ein albanischer Staatsbürger, der sich nach Gefängnisausbrüchen in Albanien, den Niederlanden und Belgien schließlich ab 2012 in Ecuador niederließ, um von dort als Logistikunternehmer die Kokainströme in Richtung europäischer Häfen wie Antwerpen, Gioia Tauro und Thessaloniki zu organisieren. Sein Rollenbild entsprach nicht unbedingt dem des traditionellen, sichtbaren Gangsterbosses. Stattdessen verwandte er sich in einen diskreten Geschäftsmann, der Importunternehmen für Bananen gründete, die ihre offizielle Fracht mit Drogen mischten. Eine Untersuchung des Center for Advanced Defense Studies⁵ identifizierte sechs albanische Unternehmen, die Bananen aus Ecuador importierten und seit 2014 mit Kokainfunden in Verbindung standen. Die Mehrzahl von ihnen machte nach einigen kosmetischen Änderungen in ihrer Geschäftsführung einfach weiter, was die Widerstandsfähigkeit dieser Netzwerke gegenüber staatlicher Verfolgung unterstreicht.

Das Kokainüberangebot hat zudem einen Wettbewerbsdruck ausgelöst, der wie ein krimineller Innovationstreiber wirkt. Die Organisationen sind ständig bestrebt, Kosten zu senken, Risiken zu diversifizieren und Vertriebspunkte zu sichern. Auf diese Weise sind die Häfen und die internationalen Logistikketten des Drogenhandels zu strategisch umkämpften Orten geworden. Die Unterwanderung der entsprechenden Infrastrukturen erleichtert nicht nur

den Drogenschmuggel, sondern öffnet auch das Tor zu weiteren illegalen Wirtschaftsaktivitäten.

Somit sind der Seetransport und die Häfen wegen ihrer Bedeutung für das organisierte Verbrechen heute zu Hauptrisikofaktoren für die Demokratien in Lateinamerika wie auch für die Absatzmärkte in Europa geworden. Eine Kombination aus Korruption, Zwang und operativer Aufklärung ermöglicht es den Netzwerken, das System der Häfen zu durchdringen, Container zu manipulieren, Hafenarbeiter für die eigenen Zwecke einzuspannen und technische Schwachstellen auszunutzen. All das beeinträchtigt die Sicherheit, verzerrt aber auch den wirtschaftlichen Wettbewerb und untergräbt das Vertrauen in die globalen Handelssysteme.

Die Kooptierung von Hafenbeamten ist das zentrale Instrument bei dieser Unterwanderung. Die kriminellen Gruppen rekrutieren Personen, die an den Docks arbeiten, Scanner bedienen oder beim Zoll beschäftigt sind. Oft läuft dieser Mechanismus über Bestechungsgelder, manchmal aber auch über Drohungen gegen die Familien der Zielpersonen. Die Häfen in der EU wickeln jährlich etwa 90 Millionen Container ab. Tatsächlich inspizieren können die Behörden aber nur zwei bis zehn Prozent davon. In Antwerpen hat die Unterwanderung der Hafenstruktur durch die organisierte Kriminalität ein solches Ausmaß erreicht, dass der Vorsitzende des städtischen Berufungsgerichts in diesem Jahr öffentlich Alarm schlug: „Die Menge an Geld, die eingesetzt wird, um Personen zu beeinflussen, zu bestechen und zu korrumpieren, ist derart groß, dass sie eine echte Gefahr für die Stabilität unserer Gesellschaft darstellt.“⁶ Es geht hier für Europa nicht um ein externes Problem, sondern es ist bereits ein europäisches.

Pseudostaatlichkeit

Parallel dazu hat die „Vierte Welle“ des organisierten Verbrechens in Lateinamerika für die Ausbreitung eines Phänomens gesorgt, das sich als Pseudostaatlichkeit bezeichnen lässt. In Gebieten, in denen der Staat schwach ist oder

als illegitim wahrgenommen wird, haben die kriminellen Organisationen quasi-staatliche Funktionen übernommen: Sie regulieren Märkte, ohne Widerstand zu erfahren, setzen Normen durch, lösen Konflikte und bieten Sicherheit. Zu beobachten ist dieses Phänomen besonders in Armenvierteln, ländlichen Regionen und – mit schwerwiegenden Folgen – in den lateinamerikanischen Gefängnissen.

Viele lateinamerikanische Gefängnisse sind kein Ort staatlicher Kontrolle, sondern kriminelle Operationszentren.

Diese Art der Governance stützt sich nicht nur auf Gewalt. Sie kann sich deshalb durchsetzen, weil sie Ordnung und Vorhersehbarkeit in Kontexten liefert, in denen sonst Ungewissheit und Unsicherheit herrschen würden. Aus Sicht der betroffenen Bevölkerung sind die kriminellen Organisationen oftmals einfach diejenigen, die praktische Lösungen anbieten, was ihnen eine Art funktionale Legitimität verleiht.

Wie bereits erwähnt, sind die Strafanstalten in Lateinamerika heute ein Epizentrum dieser Entwicklungen. In vielen Ländern sind die Gefängnisse keine Orte staatlicher Kontrolle mehr, sondern einfach kriminelle Operationszentren. Von dort aus koordinieren die Organisationen ihre Aktivitäten, steuern ihre illegalen Wirtschaftskreisläufe und nehmen Einfluss nach außen. Der staatliche Kontrollverlust in den Gefängnissen schwächt nicht nur die Fähigkeit des Staates, Strafen effektiv durchzusetzen, sondern fördert auch die Herausbildung immer komplexerer und besser organisierter krimineller Strukturen.

Der „Tren de Aragua“ aus Venezuela verdeutlicht jenen Prozess besonders klar. Diese Verbrecherorganisation entstand im Gefängnis Tocarón, im Bundesstaat Aragua. Sie brachte zunächst die Strafanstalt unter ihre Kontrolle. Bald gab es dort neben einem Schwimmbad und anderen

Sportanlagen auch ein Restaurant und eine Diskothek. Anschließend begann der Tren de Aragua, von dort aus ganze Gemeinden zu regieren, Pseudosteuern einzutreiben, Streitigkeiten zu schlichten und Dienstleistungen anzubieten, die der venezolanische Staat nicht offerieren konnte. Dieses pseudostaatliche Modell expandierte dann in mehr als ein Dutzend venezolanischer Bundesstaaten sowie – in einem weiteren Schritt – bis nach Kolumbien, Peru, Chile und Argentinien, wobei die Organisation den Exodus von Millionen venezolanischer Migranten für sich instrumentalisierte. 2025 erklärte die US-Regierung von Donald Trump den Tren de Aragua zu einer ausländischen terroristischen Organisation. Besonders dramatisch ist, dass diese Bande kein Einzelfall ist. Ähnliche Fälle sind heute in Ecuador, Brasilien und den am stärksten überfüllten Gefängnissen von Mexiko und Mittelamerika zu sehen.

Am Ende des Prozesses steht keine rechtsstaatliche Demokratie, sondern eine Art „funktionaler Rechtsstaat“ mit populistischen oder autoritären Zügen, der korrupten und anderweitig kriminellen Interessen dient und die Prinzipien, die er nach außen zu schützen vorgibt, von innen pervertiert.

Das organisierte Verbrechen als politischer Akteur

In diesem Zusammenhang beginnt das organisierte Verbrechen, wie ein rationaler politischer Akteur zu handeln.⁷ Dies geht mit einer zunehmenden Fähigkeit einher, Entscheidungen zu beeinflussen, Institutionen zu kapern und das regulatorische Umfeld selbst zu gestalten. An verschiedenen Orten finanzieren die kriminellen Organisationen Wahlkämpfe, kooptieren Entscheidungsträger oder kommen zu informellen Übereinkünften mit politischen Akteuren. Diese Art der Interaktion verändert den Charakter des Problems, wie es sich in der „Vierten Welle“ darstellte. In Zukunft wird es nicht mehr nur darum gehen, kriminelle Vereinigungen zu bekämpfen, sondern auch darum, die Integrität des demokratischen Systems an sich zu retten.



Lateinamerikanisierung Europas? Die Versuche des organisierten Verbrechens, die Hafeninfrastruktur in Antwerpen zu unterwandern, veranlassten örtliche Behörden 2026, von einer „Gefahr für die Stabilität unserer Gesellschaft“ zu sprechen. Foto: © Photo News, Imago.

Konkrete Fälle dieser Unterwanderung der Politik gibt es zuhauf. Der honduranische Ex-Präsident Juan Orlando Hernández wurde nach seiner Auslieferung an die USA dort im Juni 2024 wegen Drogenhandels zu 45 Jahren Gefängnis verurteilt. Man hatte ihm nachweisen können, Millionen von US-Dollar vom Sinaloa-Kartell und von „El Chapo“ Guzmán persönlich angenommen zu haben – als Gegenleistung für staatlichen Schutz und die Hilfe bei der Weiterleitung von mehr als 400 Tonnen Kokain auf den US-Markt. Am 1. Dezember 2025 begnadigte Trump Hernández vollständig und bedingungslos. Bei seinem Prozess habe es sich um politische Verfolgung durch die Biden-Regierung gehandelt. Analysten und Abgeordnete beider Parteien in den USA wiesen auf den Widerspruch dieser Entscheidung zur Antidrogenpolitik der derzeitigen US-Regierung hin. Juristen in Honduras sprachen von einem Affront gegenüber der Justiz.

Der frühere mexikanische Minister für öffentliche Sicherheit, Genaro García Luna, wurde in den USA ebenfalls wegen Verbindungen zum Sinaloa-Kartell verurteilt. In Guatemala versuchten korrupte Netzwerke, auf dem Rechtsweg den Amtsantritt des gewählten Präsidenten Bernardo Arévalo im Januar 2024 zu verhindern. Zudem wurde in Spanien der Chef der Einheit für Wirtschafts- und Finanzdelikte bei der Leitung der Madrider Polizei wegen vermeintlicher Kontakte zum Drogenhandel festgenommen. Bei ihm zuhause hatten die Ermittler ganze 20 Millionen Euro gefunden. Die Fähigkeit des organisierten Verbrechens, strategisch wichtige staatliche Akteure zu kaufen, macht nicht an Grenzen halt.

Der Übergang zu einer „Fünften Welle“ des organisierten Verbrechens wird diese Tendenzen verstärken und die Komplexität noch einmal erhöhen. Der Rückgriff auf fortgeschrittene Technologien, insbesondere Künstliche Intelligenz,

wird es den kriminellen Organisationen ermöglichen, ihre Operationen zu optimieren, Prozesse zu automatisieren und ihren Einflussbereich weiter auszubauen. Von der Nutzung von Algorithmen für die Geldwäsche über die Erstellung virtueller Identitäten und die Datenmanipulation bis hin zur systematischen Verbreitung von Desinformation – das organisierte Verbrechen wird zunehmend auf Gebieten arbeiten, die immer schwieriger zu erfassen und zu regulieren sind.

Kampf um die Narrative

Das vielleicht disruptivste Element dieser „Fünften Welle“ des organisierten Verbrechens wird aber der Kampf um die Deutungshoheit im öffentlichen Diskurs sein. In einer Zeit, in der Informationen in Höchstgeschwindigkeit zirkulieren und Wahrnehmungen direkt die Legitimität von Institutionen beeinflussen, werden kriminelle Organisationen versuchen, Erzählungen zu platzieren, die ihr Handeln normalisieren, den Staat delegitimieren oder sogar den Eindruck erzeugen, ihr Handeln werde von der Gesellschaft akzeptiert. Hierbei handelt es sich um eine symbolische Auseinandersetzung, die dem eigentlichen Hauptziel des organisierten Verbrechens dient: die eigenen Gewinne in die Kreisläufe der legalen Wirtschaft einzuschleusen.

Der wahre Kampfschauplatz ist somit wirtschaftlicher, aber ebenso kultureller Natur. Geldwäsche beschränkt sich nicht mehr auf die hergebrachten Mechanismen. Sie läuft heute auch über Handel, Technologie, die Unterhaltungsbranche und den Immobilienmarkt. Die Fähigkeit, „schmutziges Geld“ in legale Vermögenswerte zu verwandeln, erlaubt es den kriminellen Netzen, dauerhaft wirtschaftlich tragfähig zu sein. In der „Fünften Welle“ dürfte diese Fähigkeit durch technische Hilfsmittel erhöht werden, die die Nachverfolgbarkeit der Finanzströme erschweren und immer ausgeklügeltere Operationen ermöglichen.

Klar ist: Der Übergang von der „Vierten“ zur „Fünften Welle“ des organisierten Verbrechens ist eine der größten Herausforderungen, denen sich Lateinamerika derzeit gegenüber sieht. Er

ist nicht nur ein Sicherheitsproblem, sondern eine strukturelle Bedrohung der Demokratie, der Wirtschaft und des sozialen Zusammenhalts.

Wer diesen Übergang nicht versteht, unterschätzt zwangsläufig die Tragweite des Phänomens. Das wiederum bedeutet konkret, auf und in bestimmten Gebieten Souveränität an Akteure abzugeben, die mithilfe einer Logik von Macht, Technologie und Profitstreben still und heimlich die Gegenwart und Zukunft unserer Gesellschaften neu bestimmen.

Was tun?

Angesichts dieser Herausforderungen reichen die üblichen Gegenstrategien bei Weitem nicht mehr aus. Auch wenn die strafrechtliche Verfolgung natürlich weiter nötig bleibt, muss sie in einen breiteren Maßnahmenmix eingebettet werden. Dazu gehören Ermittlungskapazitäten, internationale Zusammenarbeit, Partnerschaften zwischen Staat und Privatsektor, die Regulierung moderner Technologien und die Stärkung der Institutionen. Der transnationale Charakter des Phänomens erfordert auch von den Staaten eine nie dagewesene Kooperation, insbesondere in den Bereichen Informationsaustausch, Finanzkontrolle und Hafensicherheit.

Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen darf nicht in Praktiken ausarten, die selbst demokratische Prinzipien schwächen.

Die internationale Zusammenarbeit beinhaltet zwei Aspekte. Neben der operativen Ebene geht es ebenso um eine gemeinsame politische Strategie zur Verteidigung des Rechtsstaats. Dies bedeutet auch Folgendes: Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen darf nicht in Praktiken ausarten, die selbst demokratische Prinzipien schwächen. Die Legitimität des Staates ist schließlich einer seiner wesentlichen Pluspunkte

im Vergleich zu kriminellen Organisationen, selbst wenn letztere ständig versuchen, diese Legitimität zu untergraben.

Auf der innerstaatlichen Ebene ist es grundlegend, bei der Wiedergewinnung von Räumen voranzukommen, in denen sich kriminelle Pseudostaatlichkeit breitgemacht hat. Dies erfordert ein ganzheitliches Herangehen, zu dem Sicherheit, soziale Entwicklung und die Stärkung staatlicher Institutionen gehören. Staatliche Präsenz muss wirksam sein, aber auch legitim. Gebiete sollen nicht nur kontrolliert, sondern tatsächlich regiert werden.

Die Alarmzeichen in Europa sind nicht zu übersehen.

Es ist zudem unverzichtbar, illegale Wirtschaftskreisläufe zu bekämpfen, indem genau bei ihrer ökonomischen Logik angesetzt wird. Solange diese Aktivitäten hochgradig rentabel sind, werden sie weiter um sich greifen. Bei einem solchen Ansatz geht es entscheidend darum, Anreize zu reduzieren, finanzielle Kontrollsysteme zu stärken und inklusive legale Erwerbsmöglichkeiten zu fördern.

Das lateinamerikanische Gespenst geht in Europa um

Was heute in Lateinamerika passiert, betrifft auch Europa. Wahrscheinlich ist es ein Vorgeschmack auf das, was dem europäischen Kontinent bevorsteht, wenn dort nicht mit der Entschiedenheit gehandelt wird, die die Situation erfordert. Europa ist nicht mehr nur ein Absatzmarkt für lateinamerikanisches Kokain, sondern ein Schauplatz, wo das transnational organisierte Verbrechen versucht, genau die Strategien der institutionellen Unterwanderung, der politischen Kooptierung und der Pseudostaatlichkeit zu wiederholen, die es über Jahrzehnte in den Anden und Mittelamerika zur Perfektion gebracht hat. Die Alarmzeichen sind nicht zu übersehen. In Belgien und den Niederlanden beklagen die

Justizorgane, dass die Drogenkriminalität immer deutlicher Formen annimmt, die man bislang nur aus Medellín oder Ciudad Juárez kannte: gezielte Tötungen, Autobomben, Einschüchterung von Staatsanwälten und Journalisten. Der niederländische Journalist Peter R. de Vries, der über die Verbindungen von organisiertem Verbrechen und Politik berichtete, wurde 2021 in Amsterdam auf offener Straße ermordet – ein trauriges und dramatisches Zeichen dafür, dass die organisierte Kriminalität beginnt, diejenigen anzugreifen, die ihr zu nahe kommen, wie es in Mexiko, Honduras, Kolumbien, Ecuador und Peru schon lange geschieht.

Die Kokainschmuggelrouten nach Europa – und auch nach Ozeanien – breiten sich immer mehr aus und werden zunehmend diverser. Seit in Antwerpen und Rotterdam die Kontrollen hochgefahren wurden, haben die Schmuggler begonnen, kleinere Häfen mit schwächeren Sicherheitsvorkehrungen im Mittelmeerraum und an der Peripherie des Kontinents auszutesten. Spanien und Portugal sind dabei zu den wichtigsten alternativen Anlaufstellen avanciert. In Frankreich wurden 2023 über 50 Tonnen beschlagnahmt – mehr als doppelt so viel wie im Jahr davor. Das Risiko ist aber nicht auf den Drogenhandel beschränkt. Die kriminellen Netzwerke waschen ihr Geld auf dem europäischen Immobilienmarkt, im Unterhaltungssektor und über andere Dienstleistungen. Das Modell der schleichenden Kaperung staatlicher Institutionen, das sich für Honduras und Guatemala nachweisen lässt, kann in jeder beliebigen Demokratie repliziert werden, deren Institutionen geschwächt, überfordert oder unterwandert sind.

Was also sollte Europa tun? Erstens sollte es sich eingestehen, dass das Problem über seine Grenzen hinausreicht. Die Zusammenarbeit mit Lateinamerika im Bereich Finanzermittlungen, Hafenkontrolle und Verfolgung illegaler Vermögenswerte ist keine Wohltätigkeitsarbeit, sondern liegt im eigenen strategischen Interesse. Zweitens sollte Europa massiv in die Sicherheit seiner kritischen Infrastruktur investieren, angefangen bei den Häfen. Das Modell, das Europol hier in Antwerpen, Rotterdam und Hamburg

getestet hat, ist ein Fortschritt, wird aber nicht ausreichen, wenn es nicht genügend Ressourcen und technische Ausstattung sowie eine institutionelle Kultur, in der Sicherheit über logistischer Effizienz steht, gibt. Drittens muss die EU dringend gemeinsame Mechanismen zur Bekämpfung transnationaler Geldwäsche schaffen. Die Kriminellen arbeiten problemlos über Grenzen hinweg, während die europäischen Justizsysteme fragmentiert bleiben. Die neue EU-Antigeldwäschebehörde AMLA, die 2028 starten soll, ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber die vorgesehenen Fristen und Ressourcen halten der Geschwindigkeit der Verbrecher nicht stand.

Schließlich sollte sich Europa offen und ehrlich der Tatsache stellen, dass es eben die europäische Nachfrage nach Drogen ist, die das System am Laufen hält. Solange weltweit 25 Millionen Kokainkonsumenten, von denen ein wachsender Anteil in Europa lebt, einen Markt von jährlich Dutzenden Milliarden Euro schaffen, wird es auch Organisationen geben, die jedes Risiko eingehen, um diesen Markt zu bedienen. Öffentliche Programme zur Suchtbekämpfung sind nicht nur Gesundheitspolitik, sondern dienen ebenso der nationalen Sicherheit. Dies hat Europa zu lange nicht sehen wollen. Den blutigen Preis dieser fehlenden Einsicht zahlt Lateinamerika seit Jahrzehnten. Die Frage, die sich die Politik in Europa heute stellen muss, ist schon längst nicht mehr, ob das Gleiche dort auch passieren kann. Die Frage lautet stattdessen, ob noch genug Zeit bleibt, es zu verhindern.

– übersetzt aus dem Spanischen –

- 1 Farah, Douglas 2024: Fourth Transnational Criminal Wave: New Extra Regional Actors and Shifting Markets Transform Latin America's Illicit Economies and Transnational Organized Crime Alliances, Jack D. Gordon Institute for Public Policy, Florida International University, 19.06.2024, in: <https://ogy.de/prif> [28.04.2026].
- 2 Zeballos, Pablo / Farah, Douglas 2025: Exo-criminality of risk: An emerging challenge to the security of states and democratic stability, Revista Seguridad y Poder Terrestre 4: 1, 29.04.2025, in: <https://ogy.de/d253> [28.04.2026].
- 3 UN-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung 2025: World Drug Report 2025, in: <https://ogy.de/maax> [28.04.2026].
- 4 Cavalari, Marina et al. 2025: Balance de InSight Crime de incautaciones de cocaína de 2024, InSight Crime, 07.05.2025, in: <https://ogy.de/be4s> [28.04.2026]; Euro-pol / The Security Steering Committee of the ports of Antwerp, Hamburg/Bremerhaven and Rotterdam 2023: Criminal Networks in EU Ports. Risks and challenges for law enforcement, 30.03.2023, in: <https://ogy.de/ghb0> [28.04.2026].
- 5 Infobae 2025: Cómo opera la mafia albanesa para traficar cocaína desde Ecuador hacia Europa, 21.06.2025, in: <https://ogy.de/1nkz> [28.04.2026].
- 6 EUToday Correspondents 2026: Belgium's Narco-State Warning: When the Drug Economy Threatens the State, EUToday, 10.03.2026, in: <https://ogy.de/2gle> [15.06.2026].
- 7 Farah, Douglas / Zeballos, Pablo 2025: From the Streets to the State: How Organized Crime Is Reshaping Politics in Latin America, DP Enfoque Nr. 18, Konrad-Adenauer-Stiftung, in: <https://ogy.de/ajio> [28.04.2026].

Vom Auswanderungsland zum Knotenpunkt

Mexiko als Schauplatz verschiedener Migrationsformen



Foto: © Zuma Press, Imago.

Auf einen Blick

Migration in Mexiko ist heute durch mehrere gleichzeitig wirkende Dynamiken geprägt. Sie umfasst neben der klassischen Auswanderung auch Transit-, Einwanderungs-, Rückkehr- und Binnenmigration. Diese Überlagerung macht Mexiko zu einem der komplexesten und dynamischsten Migrationsräume weltweit.

Die Zusammensetzung der Migranten im Transit durch Mexiko hat sich verändert. Neben Zentralamerikanern und Migranten aus der Karibik reisen zunehmend auch Menschen aus Südamerika, insbesondere aus Venezuela, durch Mexiko in Richtung USA.

Eine verschärfte US-Grenzpolitik und deren Externalisierung führen dazu, dass internationale Migranten zunehmend in Mexiko verbleiben müssen, während gleichzeitig Rückkehrmigration und rückläufige Auswanderung dazu beitragen, dass mehr Mexikaner aus den USA zurückkehren als neu auswandern. Mexiko entwickelt sich damit zunehmend zu einem Nettoaufnahmeland.

Die zentrale Herausforderung für den Staat liegt weniger in gesellschaftlicher Ablehnung als in der Bewältigung überlagerter und zunehmend komplexer Migrationsdynamiken sowie begrenzter institutioneller Kapazitäten.

Die Autoren



Johannes Hügel ist Leiter des Auslandsbüros Mexiko der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Nikolaus Rischbieter ist Trainee im Auslandsbüro Mexiko der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Mexiko ist heute eines der zentralen und zugleich vielschichtigsten Migrationsländer der Welt. Lange Zeit wurde es vor allem als Herkunftsland von Migration wahrgenommen, als Ausgangspunkt von Millionen Menschen, die in den USA Arbeit und bessere Lebensbedingungen suchten.

Dieses Bild greift jedoch zunehmend zu kurz. In den vergangenen Jahrzehnten haben sich Mexikos Rolle und das Land selbst tiefgreifend verändert. Migration verläuft heute nicht mehr nur aus Mexiko heraus, sondern ebenso durch das Land hindurch, in das Land hinein und aus den USA wieder in das Land zurück.

Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern Ausdruck struktureller Verschiebungen innerhalb des gesamten amerikanischen Kontinents. Verschärfte Grenzregime, neue Fluchtbewegungen innerhalb Lateinamerikas sowie die zunehmende Externalisierung der US-Migrationspolitik haben dazu geführt, dass Mexiko zu einem zentralen Knotenpunkt geworden ist, an dem unterschiedliche Migrationsdynamiken zusammenlaufen. Menschen aus Mittel- und Südamerika, aus der Karibik und teilweise auch aus anderen Weltregionen passieren das Land. Viele von ihnen bleiben inzwischen länger als ursprünglich geplant oder dauerhaft.

Damit hat sich auch die politische Bedeutung von Migration in Mexiko grundlegend gewandelt. Migration ist längst kein isoliertes Politikfeld mehr, sondern berührt zentrale Fragen staatlicher Handlungsfähigkeit. Sie betrifft wirtschaftliche Entwicklung ebenso wie innere Sicherheit, soziale Integration und außenpolitische Beziehungen. Insbesondere das Verhältnis zu den USA ist dabei von essenzieller Bedeutung.

Mexiko steht somit exemplarisch für eine neue Realität globaler Migration, in der klassische Kategorien wie Herkunfts-, Transit- oder Ziel-land allein nicht mehr ausreichen, um die tatsächlichen Dynamiken zu erfassen. Vielmehr überlagern sich unterschiedliche Funktionen und erzeugen ein komplexes Migrationssystem.

Mexiko als Ursprungsland

Über weite Teile des 20. und frühen 21. Jahrhunderts war Mexiko vor allem eines: ein klassisches Auswanderungsland. Die Migration in die USA prägte das Land über Generationen hinweg so stark, dass sie zu einem festen Bestandteil der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Realität wurde. Kaum ein anderes Land der Welt ist in ähnlicher Weise durch die dauerhafte Abwanderung eines bedeutenden Teils seiner Bevölkerung beeinflusst worden. Mexikaner und Menschen mexikanischer Herkunft bilden eine der größten Diasporagemeinschaften weltweit. Schätzungen zufolge leben heute rund 40 Millionen Menschen mexikanischer Herkunft außerhalb Mexikos, von denen etwa 97 Prozent in den USA ansässig sind.¹

Bereits seit dem späten 19. Jahrhundert migrierten Mexikaner in größerer Zahl in die USA, zunächst unter anderem im Zusammenhang mit dem Ausbau der Eisenbahn und später zunehmend als Arbeitskräfte in Landwirtschaft, Baugewerbe und Industrie. Im 20. Jahrhundert wurde diese Entwicklung weiter verstetigt, insbesondere durch die hohe Nachfrage nach billigen Arbeitskräften auf dem US-amerikanischen Arbeitsmarkt. Migration wurde damit zu einem zentralen Bestandteil eines asymmetrischen, aber hochgradig integrierten nordamerikanischen Wirtschaftsraums.²

Die Ursachen dieser Migration lagen vor allem in den erheblichen wirtschaftlichen Disparitäten zwischen beiden Ländern. Vor allem in ländlichen und strukturschwachen Regionen Mexikos wurde Migration zur rationalen Strategie sozialer Absicherung. Wer keine realistische Aussicht auf gut bezahlte Arbeit im Herkunftsort hatte, suchte diese jenseits der Grenze. Damit wurde Migration nicht nur zu einer individuellen Entscheidung, sondern zu einem generationenübergreifenden Muster. Familien, Gemeinden und ganze Regionen entwickelten transnationale Lebensrealitäten, in denen die Abwanderung eines Familienmitglieds oder mehrerer Familienmitglieder fest einkalkuliert war. Diese Entwicklung war regional innerhalb Mexikos keineswegs gleich verteilt. Im Jahr 2022 entfielen rund 54,7 Prozent aller in den USA ausgestellten mexikanischen Konsulatsregistrierungen auf Migranten aus sieben der 32 mexikanischen Bundesstaaten.³

Ein wesentlicher Grund dafür, dass sich diese Migrationsbewegungen über so lange Zeiträume stabilisieren konnten, liegt in der Ausbildung dichter sozialer Netzwerke. Hat sich einmal eine größere Gruppe von Migranten aus einer bestimmten Region in einem US-Bundesstaat niedergelassen, erleichtert diese Konstellation die Migration weiterer Angehöriger, Freunde oder Bekannter erheblich.

In manchen Regionen ist Emigration ein zentraler wirtschaftlicher Stabilisator.

Zugleich hat sich die Struktur dieser Migration im Laufe der Zeit verändert. Während sie früher oft stärker zirkulär gewesen war, nahmen seit den 1980er-Jahren dauerhafte Niederlassungstendenzen zu. Ein Grund dafür war paradoxerweise die Verschärfung der Grenzkontrollen. Je riskanter, teurer und unsicherer der Grenzübertritt wurde, desto weniger attraktiv wurde es für Migranten, zwischen beiden Ländern hin- und herzupendeln. Stattdessen entschieden sich

viele dafür, dauerhaft in den USA zu bleiben und ihren Familien den Nachzug zu ermöglichen.⁴ Diese Entwicklung hatte auch Auswirkungen auf das demografische Profil der mexikanischen Emigranten. Bis in die 1980er-Jahre emigrierten überwiegend junge Männer im erwerbsfähigen Alter. Inzwischen hat sich dieses Profil durch Familiennachzug und dauerhafte Ansiedlung deutlich diversifiziert. Heute besteht nur noch ein leichter Männerüberhang, während das Durchschnittsalter bei etwa 45 Jahren liegt.

Während sich Migration für mexikanische Migranten ökonomisch in der Regel auszahlt und sich die nachfolgenden Generationen wirtschaftlich immer weiter verbessern, profitiert auch Mexiko selbst erheblich von dieser Entwicklung, insbesondere durch die Geldtransfers der Emigrierten in ihre Heimat. Zwischen 2013 und 2024 stiegen diese sogenannten *remesas* von rund 23 Milliarden auf 64,7 Milliarden US-Dollar an und erreichten damit ein für Mexiko ökonomisch herausragendes Niveau. 2024 entsprachen sie rund dreieinhalb Prozent des mexikanischen Bruttoinlandsprodukts (BIP); etwa 97 Prozent dieser Transfers stammten aus den USA, der Rest kommt hauptsächlich von Mexikanern aus Kanada.⁵

Für viele Haushalte, insbesondere in ländlichen Regionen, sind diese Geldtransfers weit mehr als ein Zusatzeinkommen. Empfängerhaushalte erhalten im Durchschnitt mehr als 30 Prozent ihres laufenden Einkommens aus *remesas*. Insgesamt empfangen circa 20 Prozent der mexikanischen Haushalte diese Transfers, wobei in manchen Regionen fast die Hälfte der Haushalte diese erhält. In diesen besonders betroffenen Regionen machen Rücküberweisungen teilweise über zehn Prozent des BIP eines Bundesstaates aus. In manchen Regionen ersetzen sie damit faktisch das, was an lokaler Entwicklung, formeller Beschäftigung oder staatlicher Unterstützung fehlt.⁶ Emigration ist insofern nicht nur ein demografischer Prozess, sondern auch ein zentraler wirtschaftlicher Stabilisator.

Gerade darin liegt jedoch auch eine strukturelle Verwundbarkeit, denn die starke Abhängigkeit

von Rücküberweisungen macht Teile Mexikos anfällig für wirtschaftliche Entwicklungen in den USA. Das zeigte sich zuletzt daran, dass der langjährige Aufwärtstrend bei den *remesas* 2025 erstmals unterbrochen wurde. Sie gingen auf rund 61,8 Milliarden US-Dollar zurück. Verantwortlich dafür waren unter anderem die schwächere Beschäftigungsdynamik in den USA und eine rückläufige Anzahl von Mexikanern in den USA. Trotz dieser Entwicklung bleibt Mexiko weiterhin der größte Empfänger von *remesas* in Lateinamerika und weltweit der zweitgrößte Empfänger nach Indien.⁷

Mexiko als Transitland

Neben seiner Rolle als Ursprungsland hat sich Mexiko seit den 1990er-Jahren zunehmend zu einem zentralen Transitland innerhalb der Migration auf dem amerikanischen Kontinent ent-

wickelt. Diese Funktion ergibt sich zunächst aus seiner geografischen Lage. Seit den 1990er-Jahren war die Transitmigration durch Mexiko vergleichsweise klar strukturiert und basierte auf dem meso-nordamerikanischen Migrationssystem. Sie wurde vor allem von Migranten aus dem sogenannten „nördlichen Dreieck“ Mittelamerikas – Guatemala, Honduras und El Salvador – geprägt, aber auch von Migranten aus der Karibik, insbesondere aus Kuba, Haiti, Jamaika und der Dominikanischen Republik. Diese Menschen nutzten Mexiko als Durchgangsraum auf ihrem Weg in die USA.⁸

Dieses System hat sich seit Mitte der 2010er-Jahre jedoch grundlegend verändert. Die Zusammensetzung der Migranten, die durch Mexiko in die USA reisen, ist deutlich heterogener geworden. Heute stammen die meisten Migranten, die Mexiko auf ihrem Weg in die USA durchqueren,



„La Bestia“: So wurden die Güterzüge genannt, mit denen viele Migranten früher große Teile ihres Weges durch Mexiko Richtung USA zurücklegten – auf den Dächern oder zwischen den Waggons. Foto: © Newscom, GDA, Imago.

aus Venezuela, Nicaragua, Kuba und Haiti.⁹ Damit hat sich Mexiko seit dem späten 20. Jahrhundert von einem nahezu ausschließlich von Emigration geprägten Land zu einem wichtigen Transitstaat entwickelt. Diese zunehmende Heterogenität spiegelt sich auch in der demografischen Zusammensetzung wider. Während früher vor allem junge Männer dominierten, ist das Profil heute deutlich vielfältiger. Neben alleinreisenden Männern reisen zunehmend auch Frauen, Familien und Minderjährige, insbesondere aus Venezuela, Haiti und Kuba.

Auf mexikanischen Migrationsrouten drohen Erpressung, Entführung und Gewalt, dabei verschwinden zehntausende Menschen spurlos.

Die Migranten, die Mexiko durchqueren, sind dabei häufig äußerst widrigen Umständen ausgesetzt. Um staatlicher Kontrolle zu entgehen, weichen sie oft auf informelle und gefährliche Routen aus. Ein lange Zeit prägendes Beispiel hierfür war die Nutzung von Güterzügen, die unter dem Namen „La Bestia“ bekannt wurden. Auf den Dächern oder zwischen den Waggonen legten Migranten große Teile ihres Weges durch Mexiko zurück, häufig unter Bedingungen, die mit erheblichen Risiken verbunden waren. Immer wieder kam es zu schweren Unfällen, die Verletzungen, Amputationen oder sogar Todesfälle zur Folge hatten.¹⁰ Auch wenn diese Züge infolge verstärkter staatlicher Kontrollen heute seltener genutzt werden, sind alternative Transportformen wie Busse oder Migrantenkarawanen keineswegs weniger gefährlich. Bei diesen Transportformen sind Migranten entlang der Migrationsrouten in Mexiko häufig Opfer von Erpressung, Entführung und Gewalt. Immer wieder kommt es zu Fällen, in denen Menschen spurlos verschwinden. Schätzungen gehen von mehreren zehntausend Opfern aus.¹¹

Mexiko als Ziel- und Einwanderungsland

Gleichzeitig verändert sich auch die Funktion Mexikos innerhalb des Migrationssystems. Während das Land lange Zeit primär als Durchgangsraum diente, führt die zunehmende Abschottung der US-Grenze dazu, dass zahlreiche Migranten ihre Reise nicht fortsetzen können. Für viele von ihnen wird Mexiko damit vom Durchgangsraum zum faktischen Endpunkt ihrer Reise.

Konkret wurden seitens der USA bereits ab dem Ende der 2000er-Jahre – zunächst unter der Regierung von US-Präsident George W. Bush, vor allem jedoch unter der von US-Präsident Barack Obama – die Grenzkontrollen zu Mexiko deutlich verschärft. Zugleich wurde eine zunehmende Externalisierung der US-amerikanischen Migrationspolitik eingeleitet. Ein zentraler Ausgangspunkt war die Mérida-Initiative von 2008. Dabei flossen erhebliche US-Mittel in den Ausbau der Migrationskontrolle in Mexiko, etwa in die Ausbildung von Migrationsbeamten, den Informationsaustausch sowie den Einsatz von Überwachungstechnologien. Die Folge war eine sinkende Erfolgsquote von illegalen Grenzübertritten aus Mexiko in die USA.¹²

Spätestens ab 2019, unter der ersten Regierung von US-Präsident Donald Trump, wurde diese Entwicklung weiter zugespitzt. Mit Maßnahmen wie „Title 42“ und den „Migrant Protection Protocols“, vor allem dem Programm „Remain in Mexico“, wurde die Grenze der USA faktisch nach Süden verlagert. Diese Programme zielten darauf ab, dass Asylsuchende ihre Verfahren in Mexiko abwarten mussten und nur bei erfolgreichem Abschluss in die USA einreisen durften. Die Erfolgsquote lag hierbei bei rund zwei Prozent.

Die Folge war ein erheblicher Stauereffekt. Hunderttausende Migranten aus Zentral- und Südamerika wie auch aus der Karibik verblieben auf mexikanischem Territorium, oftmals über lange Zeiträume hinweg und ohne klare Perspektive. Insgesamt halten sich zwischen zweieinhalb und drei Millionen internationale Migranten in Mexiko auf, die ursprünglich eine Einreise in die USA anstrebten.¹³ Diese Bevölkerungsgruppe

weist eine heterogene demografische Struktur auf. Der Anteil von Familien und damit auch von Frauen und Kindern ist vergleichsweise hoch. Zwar gibt es weiterhin junge, alleinreisende Männer, sie stellen jedoch nicht mehr die dominierende Gruppe.

Die enge Verflechtung der mexikanischen und US-amerikanischen Migrationspolitik führt dazu, dass zentrale Weichenstellungen in Mexiko meist als Reaktion auf politische Prioritäten in Washington erfolgen. Die mexikanische Migrationspolitik ist damit in wesentlichen Teilen auf die Ziele der USA ausgerichtet. Eigene innenpolitische Akzente wie Regularisierungsprogramme, Integrationsinitiativen oder die Einbindung von Migranten in den Arbeitsmarkt bleiben begrenzt und stehen häufig unter außenpolitischem Vorbehalt. Deutlich aktiver agiert Mexiko hingegen im Umgang mit seiner Diaspora in den USA. Angesichts ihres politischen Gewichts positioniert sich die Regierung offensiv beim Schutz ihrer Staatsbürger in den USA und nutzt ein dichtes Konsulatsnetzwerk mit rund 50 Vertretungen in etwa 25 US-Bundesstaaten, um den Kontakt zu halten und indirekt auf politische Debatten in den USA einzuwirken.

Mexiko als Rückkehrland

Neben seiner Rolle als Ursprungs-, Transit- und zunehmend auch Einwanderungsland hat Mexiko in den vergangenen Jahren außerdem die Funktion eines Rückkehrlandes eingenommen. Insbesondere infolge von Abschiebungen und verschärfter Rhetorik gegen Mexikaner in den USA kehren jedes Jahr hunderttausende Menschen nach Mexiko zurück, teils freiwillig, vor allem jedoch unter Zwang durch Abschiebung.

Konkret zeigen die verfügbaren Daten, dass sich die Migrationsdynamik zwischen Mexiko und den USA um das Jahr 2010 grundlegend verändert hat. In den Jahren nach der Finanzkrise, insbesondere zwischen 2009 und 2014, kehrten erstmals mehr Mexikaner aus den USA nach Mexiko zurück, als neue Migranten in die USA auswanderten. In dieser Phase wies Mexiko somit eine negative Nettoemigration auf. In den

Folgejahren blieb die Migrationsbilanz weitgehend ausgeglichen oder nur leicht positiv. Seit den 2020er-Jahren zeichnet sich erneut eine Tendenz zu einer negativen Nettoemigration ab, sodass seit knapp fünf Jahren wieder mehr Mexikaner aus den USA nach Mexiko zurückkehren als in die USA auswandern.¹⁴

Insgesamt sind in den vergangenen 15 Jahren fast vier Millionen Mexikaner aus den USA nach Mexiko zurückgekehrt, der Großteil von ihnen infolge von Abschiebungen. Vor 15 Jahren betrug die Anzahl der Mexikaner, die sich irregulär in den USA befanden, sechs Millionen Menschen. Aktuell wird von circa fünf Millionen irregulären Mexikanern in den USA ausgegangen. Diese Zahl ergibt sich daraus, dass in den vergangenen 15 Jahren knapp drei Millionen Mexikaner, die sich irregulär in den USA aufhielten, das Land verlassen haben. Gleichzeitig sind im selben Zeitraum etwa zwei Millionen Mexikaner neu in die USA eingewandert und halten sich dort ohne regulären Aufenthaltsstatus auf.¹⁵

Die Wiedereingliederung der aus den USA zurückkehrenden Mexikaner gestaltet sich schwierig.

Der Großteil der aus den USA abgeschobenen Mexikaner gehört der ersten Auswanderergeneration an. Es sind also Personen, die in Mexiko geboren wurden, in die USA emigriert sind und dort meist seit Jahrzehnten leben und häufig gut integriert sind. Allgemein werden die zurückkehrenden Mexikaner nach ihrer Ankunft in Mexiko in der Regel zunächst in Aufnahmezentren entlang der Grenze betreut. Dort erhalten sie kurzfristige Unterstützung, die jedoch primär auf akute Bedürfnisse ausgerichtet ist und keine langfristige Unterstützung darstellt. Diese Rückkehrmigration ist daher stark von Erwachsenen geprägt, häufig von Männern der ersten Migrantengeneration, die aber meist mit ihren Familien zurückkehren. Dadurch ist ein signifikanter Anteil von Kindern und Jugendlichen



Geteilte Probleme: US-Außenminister Marco Rubio und der mexikanischen Außenminister Juan Ramón de la Fuente am 3. September 2025 in Mexiko-Stadt. Beide sprachen sich für eine intensivere Zusammenarbeit aus, um gewalttätige Drogenhandelsorganisationen zu zerschlagen, den Handel mit Fentanyl und Waffen einzudämmen und die Sicherheit an den Grenzen zu stärken. Foto: © Zuma Press, Imago.

betroffen, die in den USA geboren wurden und nun mit ihren Eltern nach Mexiko zurückkehren.

Die eigentliche Herausforderung beginnt erst nach der ersten Aufnahmephase: die soziale und wirtschaftliche Wiedereingliederung in die mexikanische Gesellschaft.¹⁶ Diese gestaltet sich in vielen Fällen schwierig. Ein zentrales Problem ist die wirtschaftliche Situation der Rückkehrer, da mit der Rückkehr häufig erhebliche Einkommensverluste einhergehen. Gleichzeitig kehren viele der Betroffenen in Regionen zurück, die selbst durch wirtschaftliche Schwäche und geringe Beschäftigungsmöglichkeiten geprägt sind. Mit der Rückkehr entfällt auch die finanzielle Unterstützung für zurückgebliebene Familienangehörige. Dieser Umstand verstärkt bestehende wirtschaftliche Probleme und kann zu einer weiteren Verschärfung regionaler Ungleichheiten führen.

Neben wirtschaftlichen Herausforderungen spielen soziale und kulturelle Faktoren ebenfalls eine wichtige Rolle. Mit der Rückkehr verlieren die Menschen auch ihre sozialen Netzwerke. Besonders deutlich wird dieser Aspekt bei Kindern und Jugendlichen, die in den USA geboren und dort aufgewachsen sind und die US-amerikanische Staatsbürgerschaft besitzen, deren Eltern jedoch abgeschoben werden, begleitet von ihren Kindern. Diese Kinder verfügen häufig nur über begrenzte Spanischkenntnisse und haben Schwierigkeiten, sich in das mexikanische Bildungssystem zu integrieren, was zu schulischen Problemen, sozialer Ausgrenzung und langfristigen Nachteilen führen kann.

Hinzu kommt, dass Rückkehrmigration häufig nicht isoliert auftritt, sondern eng mit anderen Migrationsformen verknüpft ist. Viele Rückkehrer gelangen in Regionen, die gleichzeitig von Binnenmigration und gewaltsamer Vertreibung

betroffen sind. Diese Überlagerung verschiedener Migrationsformen stellt den mexikanischen Staat vor Herausforderungen. Die bestehenden institutionellen Kapazitäten sind häufig nicht darauf ausgelegt, gleichzeitig Rückkehrer, Binnenvertriebene und internationale Migranten zu integrieren. Programme zur Reintegration bleiben fragmentiert und konzentrieren sich häufig auf kurzfristige Maßnahmen, während langfristige Strategien fehlen.

Interne Migration und Vertreibung

Neben den grenzüberschreitenden Migrationsbewegungen spielt auch die Binnenmigration innerhalb Mexikos eine zentrale Rolle. Interne Migration ist dabei keineswegs ein neues Phänomen, hat jedoch in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich an Intensität und Komplexität gewonnen.

In den letzten zehn Jahren wuchs der ökonomische Anreiz zur Binnenwanderung der Flucht vor Gewalt und Unsicherheit.

Traditionell verlaufen die wichtigsten Binnenmigrationsbewegungen entlang klarer wirtschaftlicher Linien: von ländlichen Regionen in urbane Zentren sowie vom strukturschwächeren Süden in den wirtschaftlich dynamischeren Norden des Landes. Diese Form der Migration folgt primär ökonomischen Anreizen und ist Ausdruck tief verwurzelter regionaler Ungleichheiten innerhalb Mexikos. Schätzungen zufolge dürften im Land circa fünf Millionen Mexikaner zu Binnenmigranten geworden sein.¹⁷

In den vergangenen Jahren ist jedoch ein zweiter, zunehmend bedeutender Treiber hinzugekommen: die Binnenvertreibung infolge von Gewalt und Unsicherheit. In einzelnen Bundesstaaten sehen sich zahlreiche Menschen gezwungen, ihre Herkunftsorte zu verlassen, da

organisierte kriminelle Gruppen ganze Regionen unter Gewaltanwendung kontrollieren. Erpressungen, Entführungen, Zwangsrekrutierungen und gewaltsame Konflikte zwischen Kartellen führen dazu, dass sich für viele Bewohner keine realistische Möglichkeit mehr ergibt, in ihren Gemeinden zu bleiben. Allein in den letzten zehn Jahren dürften davon circa zweieinhalb bis drei Millionen Menschen betroffen gewesen sein, die aufgrund von Gewalt und Unsicherheit zu Binnenvertriebenen wurden.¹⁸

Demografisch lässt sich damit auch hier eine Entwicklung der Binnenmigranten erkennen. Neben zuerst vor allem Männern, aber auch Frauen im erwerbstätigen Alter migrieren zunehmend immer mehr ganze Familien mit ihren Kindern innerhalb des Landes. Die Aufnahme dieser Binnenmigranten stellt insbesondere urbane Zentren vor zusätzliche Herausforderungen. Die ohnehin bereits stark belasteten städtischen Infrastrukturen, etwa im Bereich Wohnraum, Arbeitsmarkt, Bildung und Gesundheitsversorgung, geraten weiter unter Druck. Zahlreiche Binnenvertriebene finden sich in prekären Lebensverhältnissen wieder, häufig ohne ausreichende soziale Absicherung.

Eine nachhaltige Migrationspolitik muss nicht nur grenzüberschreitende Bewegungen berücksichtigen, sondern auch die strukturellen Ursachen und Folgen interner Migration in den Blick nehmen. Ohne eine Verbesserung der Sicherheitslage, eine Verringerung regionaler Ungleichheiten und den Ausbau staatlicher Kapazitäten zur Aufnahme und Integration von Migranten wird sich die Dynamik der Binnenmigration weiter verstärken.

Gesellschaftliche Auswirkungen und staatlicher Umgang

Die zunehmende Vielschichtigkeit der Migration wirkt sich deutlich auf die gesellschaftliche Realität Mexikos aus, ohne bislang zu einer ausgeprägten politischen Polarisierung zu führen. Anders als in zahlreichen europäischen Staaten ist Migration kein dominierendes Konfliktthema im öffentlichen Diskurs, was wesentlich mit der

Zusammensetzung der externen Migranten zusammenhängt. Ein Großteil dieser Gruppe stammt aus anderen lateinamerikanischen Ländern und teilt sprachliche, kulturelle und religiöse Gemeinsamkeiten mit der mexikanischen Bevölkerung. Diese Nähe erleichtert Integrationsprozesse und begrenzt potenzielle Konflikte.

Gleichzeitig verändert sich die gesellschaftliche Wahrnehmung schrittweise. Mit der wachsenden Präsenz von Migranten in urbanen Zentren und Grenzregionen steigt ihre Sichtbarkeit im Alltag. Insbesondere in Städten wie Mexiko-Stadt oder entlang der Nordgrenze werden Migration und ihre Folgen zunehmend als Teil sozialer Realität wahrgenommen. Erste Formen von Ablehnung oder sozialer Distanz sind erkennbar, bleiben bislang jedoch punktuell. Ökonomisch sind viele Migranten im informellen Sektor oder in niedrig qualifizierten Tätigkeiten beschäftigt, wodurch kurzfristig nur begrenzte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt entsteht. Die Integration erfolgt damit überwiegend unter prekären Bedingungen. Migranten finden zwar Beschäftigung, verfügen allerdings kaum über soziale Absicherung oder langfristige Perspektiven. Eine direkte Konkurrenz zur einheimischen Bevölkerung bleibt begrenzt, gleichzeitig steigt der Druck im unteren Arbeitsmarktsegment. Für viele verbessert sich die Situation gegenüber den Herkunftsländern kurzfristig, bleibt jedoch insgesamt instabil. Langfristig verstärken diese prekären Beschäftigungsverhältnisse aber bestehende soziale Ungleichheiten.¹⁹

Für den mexikanischen Staat besteht die zentrale Herausforderung daher weniger in gesellschaftlicher Ablehnung als in der Steuerung dieser komplexen und überlagerten Migrationsdynamiken. Mexiko sieht sich gleichzeitig mit internationaler Zuwanderung, Transitmigration, Rückkehrmigration und Binnenvertreibung konfrontiert. Institutionell liegt die Verantwortung beim Instituto Nacional de Migración (Nationales Migrationsinstitut), faktisch sind jedoch vor allem Sicherheitskräfte und die Nationalgarde maßgeblich eingebunden.

In der Praxis zeigt sich eine deutliche „Versicherheitlichung“²⁰ der Migrationspolitik. Migration wird von der mexikanischen Politik traditionell und über Parteigrenzen hinweg primär als Frage von Kontrolle und Regulierung behandelt, während sozial- und integrationspolitische Ansätze eine untergeordnete Rolle spielen.²¹ Dies ist eng mit der außenpolitischen Einbettung Mexikos verknüpft. Mexiko wird seit Jahrzehnten von den USA unter Druck gesetzt, die Migrationsströme in Richtung Norden zu unterbinden. Aufgrund insbesondere der wirtschaftlichen Abhängigkeit Mexikos von den USA ist die mexikanische Migrationspolitik daher in vielen Teilen darauf ausgelegt, Migration in die USA zu reduzieren und damit Washington entgegenzukommen.²² Konkret zeigt sich diese Politik unter anderem im 2014 eingeführten Plan Frontera Sur, mit dem die mexikanische Regierung die Kontrolle ihrer Südgrenze erheblich verstärkte. Migranten werden seitdem vermehrt bereits beim Eintritt aus Guatemala oder entlang zentraler Transitkorridore aufgegriffen und an einer Weiterreise gehindert. Diese Strategie wurde in den Folgejahren weiter ausgebaut. Seit 2019 setzt Mexiko verstärkt die Nationalgarde zur Kontrolle von Migrationsbewegungen ein und erhöht damit die physische Präsenz entlang zentraler Routen. Ergänzt wird dies durch Maßnahmen wie verstärkte Abschiebungen und restriktivere Aufenthaltsregelungen, die darauf abzielen, Migration möglichst frühzeitig zu unterbinden. Insgesamt verfolgt Mexiko damit eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, Migranten erst gar nicht an die US-Grenze gelangen zu lassen.

Zwar existieren Ansätze eines pragmatischen Umgangs, etwa durch temporäre Regularisierungsprogramme, lokale Integrationsinitiativen oder Kooperationen mit internationalen Organisationen, diese Maßnahmen bleiben jedoch fragmentiert und reichen bislang nicht aus, um den strukturellen Herausforderungen umfassend zu begegnen.

Insgesamt zeigt sich daher, dass Mexiko kein klassisches Herkunfts-, Transit- oder Zielland mehr ist, sondern ein Raum, in dem sich unterschiedliche Migrationsformen überlagern und

gegenseitig verstärken. Die zentrale Herausforderung besteht darin, diese komplexen Dynamiken nicht nur zu kontrollieren, sondern institutionell zu bewältigen und sozial zu integrieren.

Die Autoren bedanken sich bei Niklas Flüeck, Praktikant im Auslandsbüro Mexiko, für die Unterstützung bei der Erstellung des Artikels.

- 1 Moslimani, Mohamad et al. 2023: Facts on Hispanics of Mexican origin in the United States, 2021, Pew Research Center, 16.08.2023, in: <https://ogy.de/sy3k> [05.03.2026].
- 2 Hernández, Juan et al. 2023: México: La Gran Nación Transnacional, S. 21–26, in: <https://ogy.de/lsak> [08.04.2026].
- 3 Serrano Herrera, Carlos / López Vega, Rafael (Hrsg.) 2025: Anuario de migración y remesas México, BBVA Foundation Mexico, 06.08.2025, in: <https://ogy.de/k5d4> [20.03.2026].
- 4 Hernández et al. 2023, N. 2, S. 33–38.
- 5 Serrano Herrera / López Vega (Hrsg.) 2025, N. 3.
- 6 Ebd.
- 7 Morales, Yolanda 2026: Habrían llegado remesas por 62,000 millones de dólares: S&P Global Market Intelligence, El Economista, 22.01.2026, in: <https://ogy.de/jda7> [11.03.2026].
- 8 Schiavon, Jorge A. 2022: Introducción. Migración en el sistema mesonorteamericano, Norteamérica 17: 2, 06.06.2022, in: <https://ogy.de/gdx7> [17.03.2026].
- 9 Serrano Herrera / López Vega (Hrsg.) 2025, N. 3.
- 10 Castillo, Oscar B. 2023: ‚Tú puedes hacerlo, mi amor‘: un trayecto peligroso en busca de una vida mejor, The New York Times, 06.03.2023, in: <https://ogy.de/d3g0> [14.03.2026].
- 11 Cornelius, Wayne 2018: Mexico: From Country of Mass Emigration to Transit State, Discussion Paper No IDB-DP-00630, Inter-American Development Bank, 11/2018, in: <https://ogy.de/w2zw> [28.03.2026].
- 12 Roy, Diana / Lee, Brianna 2025: U.S.-Mexico Relations, Council on Foreign Relations, 24.01.2025, in: <https://ogy.de/wea6> [10.03.2026].
- 13 Serrano Herrera / López Vega (Hrsg.) 2025, N. 3.
- 14 Hernández et al. 2023, N. 2, S. 61–73.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Lewin Fischer, Pedro et al. 2024: Mérida Ciudad Refugio, Konrad-Adenauer-Stiftung, 03/2024, in: <https://ogy.de/d9qv> [20.03.2026].
- 18 Juárez Díaz, Diego / García Amador, Cecilia 2025: Evolución y causas de la migración interna en México: un análisis de los periodos 1995-2000 y 2015-2020, Revista Pueblos y fronteras digital 20, 12.08.2025, in: <https://ogy.de/ezzs> [17.03.2026].
- 19 Danish Refugee Council 2023: Protection Needs Overview. Mexico, 31.12.2023, in: <https://ogy.de/1m11> [17.03.2026].
- 20 Versicherheitlichung bezeichnet den Prozess, durch den politische Akteure ein Thema als Sicherheitsbedrohung darstellen und als dieses fast ausschließlich wahrnehmen, wodurch alternative Perspektiven, im Fall Migration etwa soziale oder integrationspolitische Dimensionen, in den Hintergrund treten.
- 21 Hernández et al. 2023, N. 2, S. 77–96.
- 22 Roy / Lee 2025, N. 12.

Die iberoamerikanische Achse

Wie sich Spanien und Portugal als geopolitische Brücken zwischen Europa und Lateinamerika positionieren



Auf einen Blick

Spaniens Investitionsstock von 245 Milliarden Euro bildet Europas wirtschaftlichen Anker in Lateinamerika. Die einseitige Förderung von linken populistischen und autoritären Netzwerken durch Pedro Sánchez schwächt die Brückenfunktion jedoch und trägt zur Polarisierung bei.

Traditionelle Mitte-rechts-Netzwerke erodieren in der Region. Während die dortigen Partner der spanischen Volkspartei und der deutschen Union an Einfluss verlieren, füllen rechtspopulistische Akteure wie Vox und deren lateinamerikanische Verbündete das Vakuum. Der Einfluss gemäßigter konservativer Kräfte müsste auf der Führungsebene reaktiviert und verstetigt werden.

Europa verliert geopolitischen Einfluss gegenüber Chinas Handelspolitik und der US-Sicherheitspolitik. Notwendig ist eine strikte Entideologisierung der zu oft moralisierenden EU-Lateinamerikapolitik mit einem Fokus auf Kernpolitikfelder wie Rechtssicherheit, Sicherheitspolitik, Wirtschaft und Energie, wovon beide Seiten profitierten.

Madrid und Lissabon können eine gemeinsame EU-Wirtschafts- und Sicherheitspolitik ergänzen und fördern, ersetzen diese jedoch nicht. Sowohl die EU als auch Deutschland haben substantielle Interessen in Lateinamerika und sollten diese, insbesondere in Anbetracht des jüngsten Ermittlungsverfahrens gegen den Ex-Ministerpräsidenten Rodríguez Zapatero, auch verfolgen.

Die Autoren



Martin Friedek ist Projektkoordinator im Auslandsbüro Spanien und Portugal der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Madrid.



Dr. Ludger Gruber war bis Mai 2026 Leiter des Auslandsbüros Spanien und Portugal der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Am 4. und 5. November 2026 wird der 30. Ibero-amerikanische Gipfel unter dem Titel „Iberoamérica: Juntos construimos nuestra Comunidad“ („Gemeinsam gestalten wir unsere Gemeinschaft“) in Madrid stattfinden. Für Spanien und Portugal ist das eine erneute Gelegenheit, ihren Anspruch als „Brücke“ und „Motor“ intensiver Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika zu artikulieren.

Geostrategische Verschiebungen in der internationalen Handels- und Sicherheitsarchitektur bedürfen jedoch auch einer engeren Kooperation Europas als Ganzem mit Lateinamerika. Beide Regionen verbinden bei allen Differenzen eine verknüpfte Geschichte, gemeinsame „westliche“ Werte und vor allem gemeinsame Potenziale.

Regionale Kooperationsmechanismen

Die 1991 initiierten „Gipfel der Iberoamerikanischen Gemeinschaft der Nationen“ umfassen 19 spanisch- und portugiesischsprachige Länder in Amerika sowie Spanien, Portugal und Andorra in Europa. Seit 2005 verfügen sie über ein Generalsekretariat (SEGIB) in Madrid.¹ Die diesjährige Gipfel-Agenda peilt eine strategische Neuausrichtung an. Quantifizierbare Resultate, nachhaltiges Wachstum, Digitalisierung, Energiesicherheit sowie Kultur- und Bildungszusammenarbeit werden behandelt.² Zudem will Spanien einen iberoamerikanischen Katastrophenfonds einführen. Iberoamerika hat (einschließlich Spanien, Portugal und Andorra) rund 700 Millionen Einwohner, also etwa 56 Prozent mehr als die EU (450 Millionen).

Seit 2013 finden zudem die EU-CELAC-Gipfel (vormals EU-LAC-Gipfel) statt. CELAC ist die

Gemeinschaft aller 33 Länder Lateinamerikas und der Karibik. Dem spanischen Ministerpräsidenten Pedro Sánchez gelang es 2023 während der spanischen EU-Ratspräsidentschaft, das Gipfelformat nach acht Jahren Stillstand zu reaktivieren. Trotz Differenzen zur Ukraineinvasion und Kolonialgeschichte verabschiedete der Gipfel – gegen das Votum Nicaraguas – eine gemeinsame Erklärung zur Vertiefung der strategischen, wertebasierten Partnerschaft. Die EU verpflichtete sich, bis 2027 über die Global Gateway Investment Agenda 45 Milliarden Euro im CELAC-Raum in grüne Energie, digitale Transformation und Gesundheit zu investieren.³ Der Nachfolgegipfel 2025 in Kolumbien etablierte eine EU-CELAC-Allianz gegen transnationale Kriminalität sowie eine EIB-Investitionsinitiative über 1 Milliarde Euro für die lateinamerikanische Energieinfrastruktur. Parallel wurden Kooperationen bei regenerativen Energien und künstlicher Intelligenz sowie die gemeinsame Verbundenheit zu Multilateralismus und Demokratie bekräftigt.⁴ Spanien und Portugal trieben die Allianz dank der Präsenz von Sánchez, Portugals Premier Luís Montenegro und EU-Ratspräsident António Costa voran.⁵

Politische Zusammenarbeit

Wahrnehmung Spaniens und dessen Staatsoberhauptes

König Felipe VI. ist das Staatsoberhaupt Spaniens und vertritt das Land völkerrechtlich. Faktisch ist seine Rolle auf repräsentative und eher symbolische Funktionen reduziert. Seine Reden und internationalen Auftritte muss der König mit der spanischen Regierung abstimmen. Seit 2014 reiste Felipe VI. mehr als 30-mal nach

Lateinamerika. In den meisten Ländern wird er überwiegend als Symbol kultureller Verbundenheit wahrgenommen. Im März 2026 traf sich der Monarch mit der venezolanischen Oppositionspolitikerin María Corina Machado in Chile. Ein offizieller Staatsbesuch in Venezuela blieb ihm bisher verwehrt.

Im jüngsten Sonderbarometer zum Ansehen Spaniens in Lateinamerika⁶ 2023 bekam Spanien durchweg die Note befriedigend (in Chile, Peru, Argentinien, Kolumbien, Brasilien) bis gut (in Ecuador, Mexiko, Guatemala). Zugleich erhielt die EU gegenüber anderen Bündnissen (UNO, NATO) die höchsten Zustimmungswerte.⁷ Das Ansehen Spaniens und Europas ist folglich in Lateinamerika besser, als es im Zuge einer versuchten Neuinterpretation der europäischen Geschichte durch linksintellektuelle und linkspopulistische Kreise auf beiden Seiten des Atlantiks oftmals darzustellen versucht wird.⁸

Bilaterale Zusammenarbeit Spaniens

Die spanische Regierung unterhält seit der Machtübernahme von Pedro Sánchez von der Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) 2018 enge Verbindungen nach Lateinamerika. Ihm und dem Außenminister kommt die Richtlinienkompetenz zu. Die politisch linksaußen zu verortenden Koalitionspartner (von Januar 2020 bis November 2023 Unidas Podemos, seit November 2023 Sumar) besitzen keinen formellen Einfluss auf die spanische Außenpolitik. Faktisch können sie jedoch aufgrund der schwachen Minderheitsposition der Regierung ihren ideologischen Einfluss geltend machen. Dieser lässt sich an der zunehmenden Orientierung der Regierung Sánchez auf die dezidiert linkspopulistischen bis linksautoritären Regierungen und Regime in Lateinamerika ablesen.

Bereits 2018 besuchte Sánchez zum ersten Mal seit 1986 symbolträchtig und offiziell Kuba, um politische Konsultationen mit der kubanischen Diktatur aufzunehmen. Sánchez versprach dem Präsidenten Miguel Díaz-Canel, Kuba stünde ein „privilegierter Platz in der spanischen Außenpolitik zu“.⁹ Aufgrund der brachliegenden Wirtschaft

sind die ökonomischen Verflechtungen vernachlässigbar. Die kubanische Diktatur stützt jedoch durch ihren Militärapparat und Geheimdienst in Venezuela das dortige Unrechtsregime, wodurch Kuba geopolitisch relevant bleibt.¹⁰

Seit dem Amtsantritt von Javier Milei herrscht diplomatische Eiszeit zwischen Argentinien und Spanien.

2021 unterzeichnete Sánchez einen strategischen Aktionsplan mit dem Staatspräsidenten Argentiniens, dem Linkspersonen Alberto Fernández, zum Schutze spanischer Energie- und Technologieinvestitionen.¹¹ Fernández und Sánchez trafen sich in zwei Jahren insgesamt viermal. Die kulturellen und migratorischen Verflechtungen beider Länder sind stark. Seit dem Amtsantritt des libertären Staatspräsidenten Javier Milei herrscht indes eine diplomatische Eiszeit zwischen beiden Ländern. Das Niveau, auf dem die Auseinandersetzungen ausgetragen wurden, sank dramatisch. Im März 2024 beschuldigte der spanische Verkehrsminister Óscar Puente Staatspräsident Milei, „Drogen zu nehmen“. Umgekehrt polemisierte Milei gegen die Ehefrau von Sánchez, gegen die gerichtlich wegen Korruption ermittelt wird.¹² Daraufhin zog Spanien seine Botschafterin von Mai bis Oktober 2024 aus Argentinien ab.

Nach Lula da Silvas Antritt als Staatspräsident Brasiliens im Januar 2023 baute Sánchez enge Beziehungen auf. Unter dem Rechtspopulisten Jair Bolsonaro waren diese zuvor stark unterkühlt. Bis zu Lulas Wahlsieg nutzte Sánchez Brasilien hauptsächlich als innenpolitische Projektionsfläche, um die Oppositionsparteien, konkret die moderate, Mitte-rechts ausgerichtete Volkspartei Partido Popular (PP) und die nationalkonservative bis rechtspopulistische Vox, pauschal als frauenfeindliche, homophobe und rassistische Parteien, „die wie Bolsonaro sind“, zu brandmarken.¹³ Unter Lula unterzeichneten beide Länder





Ideologische Verengung: Unter Ministerpräsident Pedro Sánchez (hier 2018 bei einem Staatsbesuch auf Kuba) haben sich die spanisch-lateinamerikanischen Beziehungen auf linke Regierungen und Diktaturen konzentriert.
Foto: © Agencia EFE, Imago.

2023 ein erneuertes strategisches Assoziierungsabkommen, das 2025 zur ersten permanenten bilateralen Kommission auf Ebene der Staats- und Regierungschefs weiterentwickelt wurde.¹⁴

Auch im Falle Chiles waren die Verbindungen während der Präsidentschaft des Progressisten Gabriel Boric (2022 bis 2026) besonders intensiv. Beide Länder schlossen in dieser Phase mehrere Abkommen zu Frauenrechten, Nachhaltigkeit, Energie und Investitionen. 2025 war Sánchez als einziger europäischer Regierungschef zum Regierungsgipfel „Democracia Siempre“ in Santiago eingeladen. In dessen Rahmen sollte „eine Front gegen die globale Zunahme des Rechtsextremismus“ gebildet werden. Diese Initiative löste Polemik aus, weil sie zugleich unterstellte, dass nur einige wenige, teils dezidiert linksgerichtete Regierungschefs in der Lage wären, für die Demokratie zu sprechen, darunter Yamandú Orsi aus Uruguay, Gustavo Petro aus Kolumbien und Lula da Silva.¹⁵

In Kolumbien unterzeichnete die Sánchez-Regierung im September 2021 ein gegenseitiges Schutz- und Förderabkommen für Investitionen mit dem Präsidenten Iván Duque, das spanische Unternehmen in Kolumbien besonders absichern und die wirtschaftliche Verflechtung weiter vertiefen sollte. Nach dem Regierungswechsel zu Petro (2022) baute Sánchez die Beziehungen zu Kolumbien weiter aus und unterstützte aktiv den kolumbianischen Friedensprozess, was sich in mehreren bilateralen Treffen und der engen Abstimmung in Sicherheits- und Migrationsfragen zeigte. Petros ambitionierte Agrarreform, die massiven Steuererhöhungen und die Versuche einer Justizreform bargen aber bis zuletzt das Potenzial, das Investitionsklima für spanische Unternehmen zu erschweren.¹⁶ Kolumbien blieb dennoch ein wichtiges Ziel für spanische Direktinvestitionen.

Obwohl Mexiko durch die linkspopulistische und linksnationalistische MORENA (Andrés Manuel

López Obrador/Claudia Sheinbaum) regiert wird, sind die Verbindungen zur spanischen Linken schwach ausgeprägt. Gründe dafür sind in der nationalistisch-indigenen Grundhaltung von MORENA zu finden. Da Ministerpräsident Sánchez die Normalisierung der spanisch-mexikanischen Beziehungen zur Priorität erklärte, begann Außenminister José Manuel Albares im Winter 2025 damit, „Schmerz und Unrecht“ gegenüber den indigenen Völkern Mexikos anzuerkennen. König Felipe VI. gab im März 2026 ein differenzierteres Eingeständnis ab. Er appellierte an eine historisch aufrichtige und präzise Interpretation: Die spanischen Überseegebiete waren Teile des Königreiches – und keine Kolonien. Ihren Höhepunkt erreichte diese Vision in der Verfassung von Cádiz (1812) mit der Vergabe von Abgeordnetenmandaten des spanischen Parlaments in beiden Hemisphären.¹⁷ Um die durch Sánchez forcierte Annäherung an die Sheinbaum-Regierung in Mexiko zu unterstützen, gestand Felipe VI. im März 2026, dass es während der über 330-jährigen Eingliederung Amerikas in die spanische Monarchie „viel Missbrauch“ gegeben habe, auf den „niemand stolz sein könne“. Er betonte jedoch gleichzeitig, dass die spanische Krone die überseeischen Gebiete nicht als Kolonien, sondern als vollwertige Vizekönigreiche behandelt und bereits im 16. Jahrhundert durch die „Leyes de Indias“ grundlegende Rechte der indigenen Völker geschützt habe.¹⁸

Nach dem Wahlbetrug in Venezuela 2024 war Spanien das einzige europäische Land, das für einen Dialog mit dem Maduro-Regime warb.

Die Sánchez-Regierung erkannte im Februar 2019 Juan Guaidó als den legitimen Übergangspräsidenten Venezuelas an, da Zweifel an der Legitimität von Nicolás Maduros Wiederwahl zur zweiten Amtszeit bestanden. Trotzdem unterhielt die Sánchez-Regierung weiterhin enge diplomatische Beziehungen, vor allem

über die sogenannte „Schattendiplomatie“ des ehemaligen Ministerpräsidenten José Luis Rodríguez Zapatero, der bis heute sowohl die venezolanische Opposition als auch die EU immer wieder zur „Dialogbereitschaft“ mit Maduro beziehungsweise dessen Nachfolgerin Delcy Rodríguez auffordert. Anders gestaltete sich die Lage nach den Präsidentschaftswahlen vom 28. Juli 2024, die durch eine überwältigende Wahlbeteiligung, eine geschlossene Teilnahme der Oppositionsparteien und ein sehr klares Ergebnis gekennzeichnet waren. Der nach Madrid geflohene Oppositionskandidat Edmundo González gewann mit 67 Prozent der Stimmen, wobei die Opposition über 81 Prozent der Wahlprotokolle im Internet veröffentlichte und damit die Unzweifelhaftigkeit des Ergebnisses darlegte.¹⁹ Das Regime indes erklärte Maduro zum Sieger und blieb de facto an der Macht. Zwar erkannte kein EU-Land das tatsächliche Wahlergebnis formal an, allerdings würdigte eine nichtlegislative Entschließung des EU-Parlaments den Wahlsieg von González.²⁰ Danach war Spanien das einzige europäische Land – zusammen mit den linken Regierungen aus Brasilien und Kolumbien –, das für einen weiteren Dialog mit dem autoritär-diktatorischen Maduro-Regime warb, während die USA diesem bereits die Legitimation absprachen.

Hinsichtlich der nahen Zukunft bekräftigt die offizielle „Strategie für das außenpolitische Handeln 2025 bis 2028“²¹ der spanischen Regierung, dass Lateinamerika und die Karibik eine strategische Konstante in der spanischen Außenpolitik bleiben und die Regierung die Zusammenarbeit im „Iberoamerikanischen Raum“ weiter intensivieren möchte. Spanien will dabei weiterhin das Brückenglied zwischen Lateinamerika und Europa bilden. Es vermittelte im vergangenen Jahr bei den Ratifizierungen des EU-Mercosur-Abkommens, beim EU-Chile-Abkommen sowie beim EU-Mexiko-Global-Agreement. Auf der 30. Iberoamerikanischen Gipfelkonferenz Ende 2026 sollen neben den kulturellen und institutionellen auch die wirtschaftlichen Beziehungen (Investitionen, Handel, Global Gateway-Fördermittel) weiter vertieft werden.

In der Gesamtschau können Premier Sánchez somit seit 2018 einige Erfolge in der Lateinamerikapolitik zugesprochen werden. Zum Gesamtbild gehört auch, dass er sich in seinem Aktionsradius zunehmend auf links- bis linksaußenorientierte populistische Kräfte in Lateinamerika verengte. Zudem nutzte er außenpolitische Konflikte mit einzelnen Staats- und Regierungschefs wie Milei und Nayib Bukele aus El Salvador bewusst zu innenpolitischen polarisierten Debatten mit der PP.

Bilaterale Zusammenarbeit Portugals

Portugal betreibt eine konzentriertere bilaterale Zusammenarbeit, die hauptsächlich auf das portugiesischsprachige Brasilien begrenzt ist. Beide Staaten führen regelmäßige Portugiesisch-Brasilianische Gipfel durch. Auf dem 14. Gipfel 2025 wurden 19 Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet, darunter zu Initiativen in den Bereichen Gesundheit, Wissenschaft, Tourismus und Justiz.

Die portugiesische außenpolitische Strategie zeichnet sich durch parteiübergreifende Konsensorientiertheit aus.

Zudem nutzt Portugal die Gemeinschaft der Portugiesischsprachigen Länder (CPLP), um über dieses Vehikel auch Kooperationsprojekte in Lateinamerika anzustoßen. So besteht etwa seit 2023 ein Portugal-Lateinamerika-Afrika-Dreieckskooperationsfonds, der mit der SEGIB zusammenarbeitet.

Des Weiteren wirbt Portugal stark für das EU-Mercosur-Abkommen und das EU-CELAC-Format. Trotz der Fokussierung auf Brasilien verfügt die portugiesische politische und diplomatische Elite über eine ausgeprägte globale außenpolitische Strategie, die sich durch ihre parteiübergreifende Konsensorientiertheit auszeichnet. Oftmals hat Portugal damit auf

europäischer und internationaler Ebene mehr Erfolg bei der Kommunikation und Einbindung seiner strategischen Interessen als das stärker nach innen gewandte Spanien. Um diese Interessen zu verfolgen, bedienen sich die Portugiesen einer hochentwickelten *soft power* in Form ihrer Sprache, ihrer reichhaltigen und exzellent integrierten Diaspora sowie des Handels, mit deren Hilfe sie weltweite belastbare Netzwerke aufbauen.

Parteienkooperationen und transnationale politische Verflechtungen

Spanien

Die PSOE ist im Europäischen Parlament in der Fraktion der „Sozialisten und Demokraten“ organisiert. Im Kontext Lateinamerikas positioniert sich die PSOE deutlich näher am Linkspopulismus und -autoritarismus, als sie dies in Europa tut. Seit November 2024 ist Pedro Sánchez Vorsitzender der Sozialistischen Internationalen und versucht gerade in Lateinamerika, sich in dieser Rolle als Gegenspieler zur US-Administration von Präsident Donald Trump darzustellen. Im Rahmen des „Democracia Siempre“-Gipfels forderte er, die Linke müsse gegen den Aufstieg der „extremen Rechten“ weltweit „in die Offensive gehen“.²² Sánchez indes definiert alle politischen Kräfte, die nicht „sozial und progressiv“ sind, als rechts oder gar als rechtsextrem – als Kräfte, die jenseits einer „Mauer“ stünden.²³

Die PSOE stellt mit ihrer ehemaligen stellvertretenden Generalsekretärin Adriana Lastra die stellvertretende Koordinatorin der Puebla-Gruppe. Letztere unterstützte in der Vergangenheit mehrfach öffentlich die autoritären Regime in Venezuela (2020, 2021), Kuba (2021) und Nicaragua (2023). Vorstandsmitglieder sind zudem Evo Morales, der aufgrund von Wahlmanipulationen in Bolivien 2019 zurücktreten musste, sowie der im belgischen Exil lebende Rafael Correa, der als ecuadorianischer Präsident mehrfach die Verfassung für sich ändern ließ, die Pressefreiheit einschränkte und 2020 zu acht Jahren Haft wegen Korruption verurteilt wurde.

Die spanischen linksextremen Parteien und Koalitionspartner von Sánchez (bis 2023 Unidas Podemos, heute Sumar) unterhalten enge Verbindungen zu linkspopulistischen bis linksautoritären Parteien und Bewegungen in Venezuela, Kuba, Bolivien und Kolumbien. Die Parteivorsitzenden Pablo Iglesias (bis 2021) und Ione Belarra (seit 2021) pflegten seit Gründung von Podemos intensive Kontakte zu Hugo Chávez und Nicolás Maduro, während die aktuelle Arbeitsministerin Yolanda Díaz (Sumar) vor allem mit Lula, Petro und Boric zusammenarbeitet.

Im Zeitraum 2020 bis 2023 prägte diese Vernetzung die spanische Außenpolitik spürbar: Die Koalition setzte sich für Dialog mit Maduro ein, kritisierte US-Sanktionen und blockierte schärfere EU-Positionen gegenüber Kuba und Nicaragua. Im Mittelpunkt stehen die Themen „Anti-Imperialismus“, Solidarität mit linken Regierungen, Feminismus und Klimagerechtigkeit. Die Parteien positionieren sich als Teil eines transatlantischen „progressiven“ Netzwerks, das das Foro de São

Paulo und die Puebla-Gruppe nutzt, um gemeinsame Positionen zu koordinieren.

Die rechtspopulistische Vox macht sich geschickt den breitflächigen Rechtsruck in Lateinamerika zunutze, der vielerorts auf die Enttäuschung der Bürger mit den vorhergehenden linkspopulistischen bis linksautoritären Regierungen zurückzuführen ist.²⁴ Ihre wichtigsten Partner sind Staatspräsident Javier Milei von La Libertad Avanza in Argentinien (rechtslibertär-populistisch), Präsident Nayib Bukele von Nuevas Ideas in El Salvador (rechts-autoritär-populistisch) und Präsident Antonio Kast von der Partido Republicano in Chile (rechts-national-konservativ). Seit 2020 organisiert Vox das Foro Madrid einerseits als internationales Gipfeltreffen konservativer bis rechtspopulistischer Parteien (auf Distanz zur AfD, die nicht in das Foro integriert ist), organisiert jedoch zugleich auch sogenannte Regionalforen in Lateinamerika (so 2022 in Bogotá, 2023 in Lima sowie 2025 in Paraguay). Damit zeigt Vox eine hervorgehobene Kapazität zur



Partnerlandschaft im Umbruch: Traditionelle Verbündete der spanischen Mitte-rechts-Partei Partido Popular haben in Lateinamerika an Einfluss verloren, neue Kontakte werden geknüpft. 2024 tat dies die Präsidentin der Hauptstadtregion Madrid, Isabel Díaz Ayuso, durch Gespräche mit Argentinien's Präsident Javier Milei in Buenos Aires. Foto: © Zuma Press, Imago.

Organisation von internationalen Politikveranstaltungen in Lateinamerika. Vox ist ideologisch zugleich mit der MAGA-Bewegung und der Orbán-Bewegung verbunden. Der gemeinsame Nenner ist der Kulturkampf gegen den „Wokismus“ und die extreme Linke. Andererseits lehnt Vox jedoch – und hier findet sich eine der Hauptdifferenzen zur AfD – einen geopolitischen Einfluss Russlands und Chinas auf die westliche Hemisphäre ab. Zugleich dringt Vox in die frühere Einflussosphäre der klassischen Mitte-rechts-Partei PP ein, wenn sie formale Beziehungen zur venezolanischen Oppositionsführerin María Corina Machado²⁵ sowie informelle Kontakte zu Politikern der mexikanischen PAN pflegt.²⁶ Vox differenziert im Rahmen ihres Konzeptes der „Iberoesfera“ sehr deutlich zwischen ihrem harten Anti-Migrationskurs im Allgemeinen und der Zuwanderung aus Lateinamerika im Speziellen, und argumentiert dabei mit der kulturellen, sprachlichen und religiösen Nähe.²⁷

Traditionelle Partner der spanischen PP haben in Lateinamerika an Einfluss verloren.

Die mitte-rechts-gerichtete Volkspartei PP besaß traditionell tiefe und institutionalisierte Kontakte zu den christdemokratischen und liberal-konservativen Parteien Lateinamerikas, die im Zuge der dortigen Transformation an Boden verlieren. Der PP-Parteivorsitzende Alberto Núñez Feijóo reiste 2022 einmalig nach Uruguay, Argentinien, Chile und Ecuador, wo er jeweils für das EU-Mercosur-Abkommen, politische Mäßigung und gute Verbindungen zwischen Europa und Lateinamerika warb. Seitdem sind von ihm keine weiteren Initiativen in der Region bekannt. Klassische Partner wie PAN in Mexiko, PSDB in Brasilien, PCC in Kolumbien, CREO in Ecuador, Renovación Nacional in Chile oder PRO in Argentinien haben in den vergangenen 20 Jahren tendenziell an Einfluss verloren. Aufgrund dieses Umstandes nähert sich die PP auch Parteien an, die keine traditionellen Mitglieder

der International Democracy Union (IDU) bzw. der Centrist Democrat International (CDI) sind, z. B. dem Centro Democrático in Kolumbien (CDI, nur mit IDU assoziiert) sowie der Acción Democrática Nacional von Daniel Noboa in Ecuador (weder IDU- noch CDI-Mitglied).

Sichtbare internationale Initiativen kommen von Isabel Díaz Ayuso (PP), die als Regionalpräsidentin des spanischen Wirtschaftsmotors Madrid politische und wirtschaftliche Kooperationen auf Auslandsreisen verbindet.²⁸ So reiste Ayuso seit 2021 sechsmal in die USA. 2022 sprach sie mit der lateinamerikanischen Diaspora in Miami. Zudem war sie fünf Mal in Lateinamerika (Chile, Mexiko, Peru, Ecuador, Argentinien). Dabei traf sie u. a. auf den argentinischen Präsidenten Javier Milei, die venezolanische Oppositionsführerin María Corina Machado sowie den ecuadorianischen Präsidenten Daniel Noboa, den Chilenen José Antonio Kast und den Bolivianer Luis Fernando Camacho (in deren Zeit als Oppositionsführer).

Portugal

Die Partido Socialista (PS) unterhält enge und persönliche Verbindungen zur brasilianischen PT unter Lula sowie zu sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in Kolumbien, Chile und Uruguay. Sie nutzt die CPLP und das EU-CELAC-Format systematisch zur politischen und wirtschaftlichen Vernetzung und Einflussnahme. Ihre Lateinamerika-Politik ist hochorganisiert, stabil und stark Brasilien-zentriert, wobei ideologische Nähe mit pragmatischer Diplomatie kombiniert wird.

Die Mitte-rechts ausgerichtete Partido Social Demócrata (PSD) pflegt gute Kontakte zu liberalen, liberal-konservativen und christdemokratischen Parteien wie PSDB in Brasilien, Renovación Nacional in Chile, Cambio Radical und Centro Democrático in Kolumbien sowie CREO in Ecuador. Sie setzt viel auf wirtschaftspolitische Diplomatie und die Förderung portugiesischer Investitionen. Ihre Lateinamerika-Politik ist pragmatisch, wenig ideologisch und stabil, wirkt jedoch etwas passiver als die der PS. Die PSD teilt

allerdings mit der spanischen PP das Problem, dass viele ihrer traditionellen Partnerparteien in Lateinamerika seit einigen Jahren an Einfluss verloren haben.

Die rechtspopulistische Chega ist der engste Verbündete von Vox in Europa, teilt die gleichen Grundüberzeugungen und ist im Foro Madrid aktiv. Seit 2022 hat Parteichef André Ventura rasch ein Netzwerk mit den neuen rechten Kräften in Lateinamerika aufgebaut, insbesondere mit Javier Milei in Argentinien, Nayib Bukele in El Salvador und José Antonio Kast in Chile. Vor dem 8. Januar 2023 unterhielt er auch enge Kontakte zu Bolsonaro, hat sich seit dem Sturm auf die politischen Institutionen in Brasília jedoch von ihm distanziert. Chegas Lateinamerika-Politik ist ideologisch und dynamisch, besitzt allerdings einen vergleichsweise geringen institutionellen Organisationsgrad und bleibt stärker auf persönliche Kontakte und auf die Netzwerke von Vox beschränkt.

Die Sánchez-Regierung hat in Lateinamerika viele politische Zugänge verloren.

Geopolitische Perspektiven

Spanien und Portugal verfügen weiterhin über einzigartige historische, kulturelle und wirtschaftliche Brücken für Europa nach Lateinamerika, doch beide nutzen sie unterschiedlich. Spanien besitzt mit einem FDI-Stock von rund 245 Milliarden Euro die bei weitem stärkste wirtschaftliche Verankerung aller europäischen Staaten und kann durch den Iberoamerika-Gipfel 2026 seine Position stärken. Allerdings hat die Sánchez-Regierung diese Stärke durch eine ideologische Verengung auf linke Regime teilweise verspielt und viele politische Zugänge verloren. Portugal agiert pragmatischer und Brasilien-zentriert, verzichtet auf einen Führungsanspruch, setzt erfolgreich auf *soft power* und wirtschaftliche Diplomatie, bleibt dabei in der Tiefenwirkung jedoch hinter Spanien zurück.

Die geopolitische Lage in Lateinamerika ist von zwei großen externen Kräften geprägt: Die Nationale Sicherheitsstrategie der USA vom November 2025 beansprucht die westliche Hemisphäre erneut als exklusiven Einflussraum, was mit der militärischen Intervention in Venezuela im Januar 2026 unterstrichen wurde. Gleichzeitig expandiert China massiv: 2024 erreichte es ein Handelsvolumen von 515 Milliarden US-Dollar mit der Region – rund das Zehnfache des spanischen Volumens. Russland und Iran spielen eine geringere, aber sicherheitspolitisch weiterhin relevante Rolle bei den verbliebenen linksautoritären Regimen.

In diesem Kontext gewinnt das EU-Mercosur-Abkommen besondere Bedeutung. Für Spanien bietet es die Chance, seine wirtschaftliche Verankerung in den Kernländern des Blocks (vor allem Brasilien und Argentinien) zu sichern und seine Brückenfunktion innerhalb der EU zu stärken. Für Portugal liegt der Schwerpunkt fast ausschließlich auf Brasilien, wo das Abkommen erhebliche Marktzugangsvorteile für Schlüsselunternehmen schaffen würde.

Die Bedeutung für Europa, Deutschland und die deutsche Christdemokratie

Viele Vorstöße Spaniens und Portugals kommen der EU als Ganzem zugute: So hat Spanien zur Reaktivierung des EU-CELAC-Formats und zum Abschluss des EU-Mercosur-Abkommens beigetragen. Portugal hat durch die CPLP und den 2023 gegründeten Portugal-Lateinamerika-Afrika-Dreieckskooperationsfonds eine wichtige globale Vermittlerrolle aufgebaut. Beide Länder „repräsentieren“ zudem Europa auf dem Iberoamerika-Gipfel 2026 in Madrid.

Allerdings hat die spanische Regierung ihre Außenpolitik seit 2018 zunehmend ideologisch auf linke und linksautoritäre Regime (Venezuela, Kuba, Nicaragua) verengt und Regierungen anderer politischer Strömungen vernachlässigt. Sánchez hat durch seine oftmals einseitige Positionierung die politische Polarisierung in Lateinamerika teilweise mitverstärkt. Beide iberischen Staaten bleiben zudem oft stark situativ und reaktiv in ihrem außenpolitischen Handeln.

Die „iberische Brücke“ ist folglich zwar ein wichtiges, kann jedoch nur eines von mehreren außenpolitischen Instrumenten der EU sein. Letztere sollte auch ihre eigenen Initiativen (Global Gateway; EU-Mercosur; Euroclima+; die Drogenbekämpfungskooperation COPOLAD usw.) weiterentwickeln, allerdings auf eine Art und Weise, die der Nachfrage in Lateinamerika entsprechen – denn viele dortige Regierungen wünschen sich von Europa anstatt einer wirtschaftlich belastenden und überregulierten grünen Agenda sowie an einseitige Bedingungen geknüpfte Identitäts- und Genderstandards vielmehr eine pragmatische, investitions- und wachstumsorientierte Zusammenarbeit auf Augenhöhe, ergänzt um eine Stärkung der Rechtsstaats- und der strategischen Sicherheitszusammenarbeit, von der auch Europa als Einfallstor lateinamerikanischer Drogenkartelle unmittelbar profitieren würde.

In diesem Kooperationsgeflecht sollte auch Deutschland seine eigenen, bereits sehr stark ausgebauten Netzwerke (GIZ, Goethe-Institute, politische Stiftungen, AHKs) gezielt weiterentwickeln und auf die großen geopolitischen Herausforderungen und Themen des 21. Jahrhunderts (Systemwettbewerb mit China, kontinentale Sicherheitsbedrohung durch Russland, transnationale Massenmigration usw.) unter Berücksichtigung der eigenen Interessen ausrichten. Die bilaterale Zusammenarbeit mit Spanien und Portugal kann dabei Synergieeffekte generieren, sollte sich jedoch auf Projekte konzentrieren, die weniger ideologisch verengt sind und die Stärkung einer Lateinamerika-Politik verfolgen, die alle relevanten demokratischen Kräfte der Region einbezieht.

Die Union verfügt auf institutioneller Ebene und auf Arbeitsebene (über ihr Büro für internationale Beziehungen, die politischen Stiftungen, die EVP, die IDU, die CDI usw.) über jahrzehntelange Kontakte in Lateinamerika. In einem politischen Umfeld, das durch Hyperpersonalisierung und eine digitale Ad-hoc-Kommunikation gekennzeichnet ist, ist allerdings fraglich, ob diese Strukturen künftig für die ideelle Arbeit auf dem Kontinent ausreichen. Dafür bräuchte sie ein dynamisches, kontinuierliches und strategisches

politisches Beziehungsgeflecht von Führungskräften der Partei, der Legislative und der Exekutive.

Einerseits könnte die Union dieses symbiotisch im Verbund mit der spanischen PP und den portugiesischen Schwesterparteien PSD und CDS-PP vertiefen, indem sie ihre bereits vorhandenen institutionellen Ressourcen einbrächte, während die iberischen Partner ihre historisch gewachsenen Netzwerke in Lateinamerika reaktivierten und darauf aufbauten, um durch gemeinsame strategische Maßnahmen und abgestimmte Positionen innerhalb von EVP und IDU die aktuellen politischen Tendenzen in Lateinamerika besser zu lesen und langfristige Beziehungen zu den künftigen Führungspersonlichkeiten aufzubauen. Andererseits könnte die Union parallel dazu eigenständige Initiativen auf politischer Ebene weiterentwickeln und direkt aufstrebende moderate Kräfte in Lateinamerika über ihr Netzwerk sondieren und ansprechen. Dies könnte beispielsweise durch den Ausbau bilateraler Dialogformate auf politischer Führungsebene, eine stärkere politische Präsenz in strategisch wichtigen Ländern sowie verstärkte Wirtschaftsforen geschehen.

Während Ministerpräsident Sánchez große Hoffnungen in den 30. Iberoamerikanischen Gipfel setzt, um seinen Einfluss in Lateinamerika zu festigen, markieren die gerichtlichen Ermittlungen gegen seinen Amtsvorgänger und Mentor José Luis Rodríguez Zapatero im „Fall Plus Ultra“ eine historische Zäsur. Zapatero fördert seit seiner Zeit als Ministerpräsident (2004–2011) bis heute als ideologische Referenzfigur der spanischen Linken systematisch linkspopulistische und linksautoritäre Regierungen in Lateinamerika. Durch massive Wirtschaftshilfe an Venezuela, enge Partnerschaften mit Evo Morales und der früheren argentinischen Präsidentin Kirchner sowie die Mitgründung und Förderung der Grupo de Puebla baute er ein transatlantisches Linksaußen-Netzwerk mit auf.²⁹

Nun wird ihm in der 4.000-seitigen Anklageschrift nicht nur unlautere Einflussnahme, Geldwäsche und Urkundenfälschung, sondern auch die Bildung einer (transnationalen) kriminellen

Organisation vorgeworfen. Aus Venezuela sollen über ihn trotz Embargo Rohstoffe wie Gold, Nickel und Öl an China geflossen sein. China (bspw. Huawei) soll er zugleich möglicherweise unlauteren Zugang zur spanischen Regierung verschafft haben.³⁰

Diese Enthüllungen könnten in Lateinamerika nicht nur die Glaubwürdigkeit progressiver Narrative weiter erschüttern, die Polarisierung weiter verschärfen und Spaniens Brückenfunktion zur Region belasten, sondern auch in eine Enttäuschung mit Europa umschlagen. Daher ist es unabdingbar, dass Europa und Deutschland stärker die oben genannten eigenen, kontinuierlichen, parteiübergreifenden und sachorientierten Beziehungen auf Führungsebene zu den neuen lateinamerikanischen Führungsfiguren aufbauen.

- 1 Ministerio de Asuntos Exteriores, Unión Europea y Cooperación 2024: Las Cumbres Iberoamericanas: hacia la cumbre de 2026 en España, 22.11.2024, in: <https://ogy.de/y1lf> [29.04.2026].
- 2 The Diplomat 2025: The next Ibero-American Summit will be held in Madrid on November 4 and 5, 2026, 26.09.2025, in: <https://ogy.de/xlzh> [29.04.2026].
- 3 Escoffier, Natalia 2025: The CELAC-EU Summit advances its shared agenda with the declaration of a Bi-regional Pact on Care, EU-LAC, 15.12.2025, in: <https://ogy.de/tpbc> [29.04.2026].
- 4 Europäischer Rat: EU-CELAC summit, 9 November 2025, in: <https://ogy.de/usi3> [29.04.2026].
- 5 República Portuguesa 2025: Portugal views the EU-CELAC partnership as a strategic alliance, 08.11.2025, in: <https://ogy.de/qhag> [29.04.2026].
- 6 Ziel des „Barómetro de la Imagen de España en América Latina 2023“ des Real Instituto Elcano ist es, die Wahrnehmung, die Sympathie, das Vertrauen und das Ansehen Spaniens in acht lateinamerikanischen Ländern zu messen, zu analysieren und zu bewerten, wobei der Schwerpunkt auf der Wirtschaft, der Kultur und der politischen Rolle des Landes liegt.
- 7 González Enríquez, Carmen / Martínez Romera, José Pablo 2023: Barómetro de la Imagen de España, Real Instituto Elcano, 20.09.2023, in: <https://ogy.de/f6px> [29.04.2026].
- 8 Urban, Thomas 2019: Schwarze Legenden, Süddeutsche Zeitung, 19.08.2019, in: <https://ogy.de/14ze> [29.04.2026]; Bockwyt, Esther 2025: Die Psychologie des postkolonialen und woken Weltbilds. Ein Irrweg in Schuld, Depression und Spaltung, Geschichtsbewusst, Konrad-Adenauer-Stiftung, 17.03.2025, in: <https://ogy.de/4lx2> [29.04.2026].
- 9 La Moncloa 2018: Pedro Sánchez llega a Cuba para relanzar las relaciones entre España y la isla caribeña, 22.11.2018, in: <https://ogy.de/6vw8> [29.04.2026].
- 10 Frank-Walter Steinmeier reiste 2015 als deutscher Außenminister nach Kuba. Dabei handelte es sich jedoch

nicht um einen deutschen Staatsbesuch, der Kuba in diesem Maße aufgewertet hätte.

- 11 La Moncloa 2021: Sánchez muestra su respaldo y solidaridad a Argentina para superar los retos sanitarios y económicos derivados de la pandemia, 09.06.2021, in: <https://ogy.de/wc28> [29.04.2026].
- 12 The Economist 2026: Spain's judiciary is caught up in a bitter political war, 14.01.2026, in: <https://ogy.de/r8nb> [29.04.2026].
- 13 Swissinfo.ch 2019: Sánchez compara a la oposición española de derechas con Bolsonaro, 12.01.2019, in: <https://ogy.de/t50y> [29.04.2026].
- 14 Europa Press 2026: Sánchez y Lula celebran la primera cumbre bilateral entre España y Brasil el 17 de abril en Barcelona, 06.04.2026, in: <https://ogy.de/0tnt> [29.04.2026].
- 15 Montero, Andrés 2025: Cumbre progresista en Chile: fracaso estrepitoso, El Debate, 26.07.2025, in: <https://ogy.de/00kh> [29.04.2026].
- 16 Dominik, Alexander 2023: Problemas de la reforma agraria en Colombia, Deutsche Welle, 28.03.2023, in: <https://ogy.de/i1uh> [29.04.2026].
- 17 The Hispanic Council 2022: La Constitución de 1812 y sus implicaciones en los territorios españoles de ultramar, 08.03.2022, in: <https://ogy.de/c8gh> [29.04.2026].
- 18 Europa Press 2026: El rey Felipe VI admite que hubo „mucho abuso“ durante la conquista de América, El Confidencial, 16.03.2026, in: <https://ogy.de/xxp3> [29.04.2026].
- 19 BBC News Mundo 2024: Cuáles son los resultados de las elecciones en Venezuela según las actas publicadas por la oposición, 06.08.2024, in: <https://ogy.de/j6n0> [29.04.2026].
- 20 Europäisches Parlament 2024: EP Resolution of 19 September 2024 on the situation in Venezuela, 19.09.2024, in: <https://ogy.de/411j> [29.04.2026].
- 21 Ministerio de Asuntos Exteriores, Unión Europea y Cooperación: Estrategia de Acción Exterior de España 2025-2028, in: <https://ogy.de/spwe> [29.04.2026].
- 22 Caraballo, Cristian 2025: Sánchez llama ante los líderes latinoamericanos a pasar a la „ofensiva“ contra la ultraderecha, Euronews, 21.07.2025, in: <https://ogy.de/6lv4> [29.04.2026].
- 23 García de la Granja, Pilar 2026: Sánchez, de promotor del muro a supuesto líder contra el odio, Cope, 12.03.2026, in: <https://ogy.de/c4pt> [29.04.2026].
- 24 Suhr, Henning 2026: Polarisierung, Populismus, Pragmatismus. Lateinamerikas Parteienlandschaft rückt nach rechts, Auslandsinformationen, Konrad-Adenauer-Stiftung, 02.04.2026, in: <https://ogy.de/4549> [29.04.2026].
- 25 Swissinfo.ch 2026: Corina Machado se verá en España con líderes del conservador PP y el ultraderechista Vox, 09.04.2026, in: <https://ogy.de/egi1> [29.04.2026].
- 26 Swissinfo.ch 2021: El PAN afirma que la reunión con Vox en México fue „a título personal“, 03.09.2021, in: <https://ogy.de/y675> [29.04.2026].
- 27 Sosa, Carlos 2018: Abascal (Vox): „No es lo mismo un inmigrante hispanoamericano que la inmigración de los países islámicos“, Canarias Ahora, 17.04.2018, in: <https://ogy.de/jylm> [29.04.2026].
- 28 García, Manuel Manahén 2026: Madrid refuerza sus lazos con Hispanoamérica, especialmente con Argentina y México, El Debate, 21.01.2026, in: <https://ogy.de/rin8> [29.04.2026].
- 29 Grundberger, Sebastian 2024: The pink galaxy, Diálogo Político, Konrad-Adenauer-Stiftung, 07.08.2024, S. 29 und 122, in: <https://ogy.de/mlhn> [29.05.2026].
- 30 Jamardo, María 2026: El sumario del „caso ZP“ dinamita los cimientos del PSOE y salpica a la SEPI y a varios ministerios, El Debate, 26.05.2026, in: <https://ogy.de/2095> [29.05.2026].

Auf der Suche nach neuen Allianzen

Lateinamerikas Blick nach Asien am Beispiel der Pazifikallianz



Foto: © Xinhua, Imago.

Auf einen Blick

Die Beziehungen zwischen Lateinamerika und Asien haben sich seit den 1990er-Jahren zu einem zentralen Bestandteil globaler wirtschaftlicher und geopolitischer Transformationsprozesse entwickelt. Im Zuge der zunehmenden Globalisierung sowie der Verwerfungen in traditionellen institutionellen Welthandelsstrukturen gewannen die lateinamerikanisch-asiatisch-pazifischen Verklammerungsvorgänge in den zurückliegenden drei Jahrzehnten strategische Relevanz.

Vor dem Hintergrund wachsender wirtschaftlicher Interdependenzen sowie der Suche nach neuen politischen und ökonomischen Partnern intensivierten asiatische Staaten – allen voran China – ihre Präsenz

in Lateinamerika erheblich. Parallel dazu verfolgten lateinamerikanische Staaten Strategien der Diversifizierung, um ihre Abhängigkeit von herkömmlichen Partnern wie den USA und der EU zu reduzieren.

Diese Entwicklung ist eingebettet in den umfassenden Wandel der internationalen Ordnung, der durch Machtverschiebungen zugunsten aufstrebender Regionalmächte sowie durch neue Formen der Süd-Süd-Kooperation geprägt ist. Institutionelle Formate wie die Pazifikallianz oder die BRICS-Staatengruppe fungieren dabei als zentrale Mechanismen, über die sich diese neuen Interaktionsformen manifestieren.



Andreas Klein ist Leiter des Regionalprogramms Politikdialog Asien der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Singapur. Zuvor leitete er von 2016 bis 2022 das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Santiago de Chile.

Seit den 1990er-Jahren hat sich eine dynamische interregionale Kooperation zwischen Asien und Lateinamerika entwickelt, die eng mit der Globalisierung und dem damit verbundenen geopolitischen Wandel verknüpft ist.¹ Ein zentraler Indikator für diese Entwicklung ist der rasante Anstieg des interregionalen Handels. Zwischen 1990 und 2011 wuchs das Handelsvolumen zwischen Asien und Lateinamerika um das Zehnfache auf rund 473 Milliarden US-Dollar.² Im Rahmen dieser Dynamik nimmt China eine herausragende Stellung ein. Bereits in den 2000er-Jahren avancierte das Land zum wichtigsten Handelspartner mehrerer lateinamerikanischer Volkswirtschaften und überholte in vielen Fällen die USA als zentralen Exportmarkt. Im Jahr 1990 betrug der Anteil der Volksrepublik (VR) China am gesamten Handel zwischen Asien und Lateinamerika 5,2 Prozent. Dieser Anteil stieg im Zeitraum von 1990 bis 2003 auf durchschnittlich 11,9 Prozent und anschließend von 2004 bis 2011 auf durchschnittlich 40,3 Prozent und etwa 221 Milliarden US-Dollar. In diesem Zeitraum löste die VR China Japan als wichtigsten asiatischen Handelspartner Lateinamerikas ab.³

Seit 2011 hat sich der Warenaustausch zwischen Lateinamerika und Asien noch einmal deutlich ausgeweitet und strukturell vertieft. Nach der Abschwächung im Zuge des Rohstoffpreissrückgangs in den 2010er-Jahren sowie des pandemiebedingten Einbruchs im Jahr 2020 bestätigt sich der langfristige Trend. Bis heute hat sich Asien für Lateinamerika zu einem wichtiger werden den Absatz-, Beschaffungs- und Investitionsraum entwickelt.⁴

Die Zusammenarbeit insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht zwischen den Ländern Asiens und Lateinamerikas kann bislang jedoch lediglich

eingeschränkt als Partnerschaft auf Augenhöhe gelten. Während es in multilateralen Kontexten und ausgewählten Politikfeldern durchaus gleichberechtigte Kooperation gibt, sind viele bilaterale Beziehungen von strukturellen Asymmetrien geprägt. Besonders im Verhältnis zu China dominiert häufig eine ungleiche ökonomische Arbeitsteilung, bei der Lateinamerika vor allem als Rohstofflieferant und China als Kapital-, Technologie- und Nachfragezentrum auftritt.⁵

Bedeutung des Pazifikraums und neue Handelsrouten

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Asien und Lateinamerika im 20. und 21. Jahrhundert ist eng mit den strukturellen Veränderungen der Weltwirtschaft verbunden. Während die Interaktion beider Regionen im Kalten Krieg noch stark begrenzt war und primär über bilaterale oder ideologisch geprägte Kontakte verlief, setzte mit dem Ende der bipolaren Weltordnung eine deutliche Intensivierung der Beziehungen ein.

Mit der wirtschaftlichen und politischen Liberalisierung vieler lateinamerikanischer Staaten in den 1980er- und 1990er-Jahren sowie dem Aufstieg (süd-)ostasiatischer Volkswirtschaften entstand eine neue Grundlage für interregionale Kooperation.⁶ Einen wichtigen institutionellen Rahmen hierfür bildete die 1989 gegründete Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC), die den Dialog und die wirtschaftliche Verflechtung im pazifischen Raum förderte. Mit dem Beitritt Mexikos (1993), Chiles (1994) und Perus (1998) wurden erstmals auch lateinamerikanische Volkswirtschaften systematisch in diese transpazifische Kooperationsarchitektur eingebunden, was die wirtschaftliche Anbindung

Lateinamerikas an Asien vertiefte und die Asien-Pazifik-Region stärker als gemeinsamen Wirtschaftsraum konzipierbar machte.⁷

Ein weiterer entscheidender Wendepunkt war der Eintritt Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001.⁸ Dieser Schritt beschleunigte die Integration Chinas in die Weltwirtschaft und führte zu einer massiven Ausweitung seiner Handelsbeziehungen mit Lateinamerika. In der Folge entwickelte sich China innerhalb weniger Jahre zum wichtigsten Handelspartner mehrerer lateinamerikanischer Länder, insbesondere im Rohstoffsektor.

Der rasante Anstieg des Handelsvolumens zwischen beiden Regionen – von wenigen Milliarden US-Dollar in den 1990er-Jahren auf mehrere hundert Milliarden US-Dollar im ersten Quartal des 21. Jahrhunderts – ist Ausdruck dieser Transformation. Dabei zeigt sich, dass die Dynamik nicht allein auf wirtschaftliches Wachstum zurückzuführen ist, sondern auch auf strategische außenwirtschaftliche Entscheidungen, in deren Zuge sich der Pazifikraum zu einem zentralen geostrategischen Korridor zwischen Asien und Lateinamerika entwickelt hat. Diese Evolution wird u. a. maßgeblich durch den Ausbau maritimer Infrastruktur und logistischer Netzwerke vorangetrieben. Die Modernisierung von Seewegen, Häfen und Transportkorridoren trägt dazu bei, Transaktionskosten zu senken und die Effizienz globaler Lieferketten zu erhöhen.

Ein Beispiel hierfür ist der Bau des Tiefseehafens Chancay in Peru, der weltweit als eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte der jüngeren Zeit gilt. „Chinas Megaprojekt“⁹, offiziell zum 1. Juni 2025 rund 80 Kilometer nördlich von Lima in Betrieb genommen, markiert einen strategischen Zugangspunkt zum Pazifik, der die Schifffahrtsroute von China nach Südamerika um eine Woche bis eineinhalb Wochen Seereisezeit verkürzt. Der chinesische Staatskonzern COSCO Shipping Ports investiert rund drei Milliarden US-Dollar in den Bau und Betrieb des Hafens und hält die Mehrheit an der Betreiber-gesellschaft. Dadurch kann China mit seiner Flotte tiefwasserfähiger Megafrachter Peru als

Tor nach Südamerika direkt ansteuern – ohne zeitraubende und kostenintensive Umladungen, beispielsweise in Singapur oder Busan – und kontrolliert die gesamte Logistikkette vom Ablegen bis zum Ausladen. Damit wird Chancay zu einem logistischen Drehkreuz, das die Handelsarchitektur zwischen Südamerika, Asien und der gesamten Pazifikregion neu ordnet.¹⁰

Chinas Engagement in Lateinamerika ist als Bestandteil geostrategischer Positionierung zu verstehen.

Diese Entwicklungen sind Teil einer umfassenden Verschiebung globaler Handelsrouten. Während der Atlantikraum lange Zeit das Zentrum internationaler Wirtschaftsbeziehungen darstellte, verlagert sich der Schwerpunkt zunehmend in den Pazifikraum und verbindet nicht nur China mit dem südamerikanischen Kontinent. Ebenso eröffnet dieser Umstand den ASEAN-Mitgliedsländern neue Absatzmärkte, was umgekehrt auch für die Pazifikanrainer Chile, Peru, Kolumbien und Mexiko der Fall ist, die sich in der Pazifikallianz (PA) zusammengeschlossen haben. Neben der PA spielen die BRICS mit ihren Schwergewichten Brasilien, Indien und China sowie die chinesische Belt-and-Road-Initiative (BRI) eine zentrale Rolle in der Ausweitung der interregionalen Handelsbeziehungen zwischen Lateinamerika und Asien.¹¹

Chinas strategische Ziele in Südamerika: Belt-and-Road-Initiative und BRICS

Diese Verschiebung ist nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch geopolitischer Natur, da sie mit einer Neuverteilung von Einfluss und Macht einhergeht. Vor diesem Hintergrund ist Chinas Engagement in Lateinamerika nicht allein als Folge wachsender Handelsvolumina zu verstehen, sondern als Bestandteil einer langfristig angelegten geostrategischen Positionierung. Im Zentrum stehen die Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen, Agrargütern und Energie, die



Chinas Megaprojekt: Der Hafen von Chancay in Peru gilt als Schlüssel der chinesischen „Neuen Seidenstraße“ in Lateinamerika. Der Tiefseehafen soll die Handelswege zwischen Asien und Südamerika verkürzen und strategisch verlagern. Foto: © Xinhua, Imago.

Erschließung neuer Absatzmärkte für chinesische Unternehmen sowie die Gestaltung jener Infrastruktur, über die künftig Handelsströme, Datenflüsse und politische Abhängigkeiten verlaufen. Südamerika ist hierfür besonders relevant, da die Region über zentrale Vorkommen an Kupfer, Lithium, Eisenerz, Erdöl und Agrarrohstoffen verfügt.¹²

Die BRI dient China in diesem Zusammenhang als politischer und institutioneller Rahmen, um bilaterale Projekte in eine umfassendere Erzählung von Konnektivität, Entwicklung und Süd-Süd-Kooperation einzubetten.¹³ Anders als in Eurasien geht es in Südamerika weniger um einen zusammenhängenden Landkorridor als um ein Netz aus Häfen, Bahn-, Straßen- und Energieinfrastruktur, digitaler Vernetzung und Finanzierungsinstrumenten. Strategisch zielt die BRI in

Südamerika darauf ab, Lieferketten stärker auf chinesische Nachfrage, chinesische Logistik und chinesische Unternehmensnetzwerke auszurichten. Infrastrukturprojekte wie der Tiefseehafen Chancay verdeutlichen diese Logik. Wer Häfen, Transportachsen, Energieübertragung oder digitale Netze mitgestaltet, beeinflusst nicht nur Kosten und Effizienz, sondern auch politische Entscheidungsspielräume der Partnerländer.

Über Kredite, Direktinvestitionen, Freihandelsabkommen (FTA), Technologiek Kooperationen und Foren wie mit dem Dialogforum China-CELAC¹⁴ (das Akronym CELAC steht für die Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten) versucht Peking, seine Rolle als verlässlicher Entwicklungs- und Modernisierungspartner zu festigen. Für viele südamerikanischen Regierungen werden dadurch



Handlungsspielräume gegenüber traditionellen Partnern wie den USA und der EU geboten. Zugleich entstehen neue Verwundbarkeiten: Rohstoffexporte bleiben häufig konzentriert, Wertschöpfung findet nur begrenzt lokal statt, und die Beteiligung chinesischer Unternehmen an kritischer Infrastruktur kann Abhängigkeiten schaffen, die über den wirtschaftlichen Bereich hinausreichen.

Die BRICS ergänzen diese Strategie auf multilateraler Ebene. Mit Brasilien verfügt Südamerika über ein Gründungsmitglied der Gruppe, das für China als politischer Schlüsselpartner im „Globalen Süden“ fungiert. Die Erweiterung der BRICS eröffnet China zusätzliche Möglichkeiten, südamerikanische Staaten in Foren einzubinden, die ausdrücklich eine Reform globaler Governance-Strukturen und perspektivisch eine geringere Abhängigkeit vom US-Dollar betonen.

Chinas Engagement in Südamerika ist damit Teil einer breiteren Neuordnung wirtschaftlicher und politischer Beziehungen, in der die Region nicht länger nur als Rohstofflieferant oder Absatzmarkt erscheint, sondern zunehmend als strategischer Knotenpunkt zwischen Atlantik, Pazifik und Asien. Gerade für jene Staaten, deren Außenwirtschaft traditionell stärker auf den Pazifik ausgerichtet ist, stellt sich daher die Frage, wie sie diese wachsende asiatische Dynamik nicht nur passiv aufnehmen, sondern aktiv gestalten können. Vor diesem Hintergrund gewinnt die PA besondere Bedeutung. Sie bildet einen regionalen Versuch, wirtschaftliche Öffnung, Integration und die Anbindung an den asiatisch-pazifischen Raum institutionell zu bündeln.

Die Pazifikallianz als Instrument regionaler Integration und Brücke nach Asien

Die im Jahr 2012 gegründete PA stellt eines der interessantesten handelspolitischen Integrationsprojekte Lateinamerikas im 21. Jahrhundert dar. Sie ist Ausdruck einer strategischen Neuausrichtung der Außenwirtschaftspolitik ihrer Mitgliedstaaten Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru, die sich – mit Ausnahme von Kolumbien – bereits über ihre APEC-Mitgliedschaft seit den

1990er-Jahren zunehmend ihrer pazifischen Lage bewusst werden.¹⁵ Die über Süd- und Mittelamerika hinausweisende strategische Ausrichtung der PA betonte der damalige chilenische Präsident Sebastián Piñera als Gastgeber der Unterzeichnungszereemonie im nordchilenischen Antofagasta, als er hervorhob, dass die PA eine „tiefe Integration“ anstrebe, die „weit über den Freihandel hinausgehen und bis in den asiatisch-pazifischen Raum hineinreichen“ werde.¹⁶

Im Gegensatz zu anderen Integrationsprojekten in Lateinamerika zeichnet sich die PA durch einen explizit marktorientierten und offenen Ansatz aus – ohne das Ziel, supranationale Institutionen zu schaffen. Während Bündnisse wie Mercosur oder die Comunidad Andina (CAN) stärker auf protektionistische Elemente und interne Marktintegration setzen, verfolgt die PA das Ziel, ihre Mitgliedstaaten in globale Wertschöpfungsketten zu integrieren und den Zugang zu internationalen Märkten, insbesondere den asiatisch-pazifischen, zu erleichtern.¹⁷

Die Pazifikallianz zeichnet sich durch ihre strategische Offenheit gegenüber externen Partnern und deren enge Einbindung aus.

Die Gründung der PA erfolgte vor dem Hintergrund wachsender wirtschaftlicher Verflechtungen mit Asien. Bereits vor ihrer formellen Institutionalisierung hatten die beteiligten Staaten eine Reihe bilateraler Handelsabkommen mit asiatischen Partnern geschlossen, unter anderem mit China, Japan und Südkorea.¹⁸ Mit einer Bevölkerung von mehr als 220 Millionen Menschen und einem Anteil von mehr als einem Drittel des lateinamerikanischen Bruttoinlandsprodukts stellt die PA einen bedeutenden Wirtschaftsraum der Region dar. Ihre institutionelle Struktur ist bewusst flexibel gestaltet und verzichtet auf supranationale Entscheidungsmechanismen. Dies ermöglicht eine schnelle

Anpassung an globale wirtschaftliche Entwicklungen, erschwert jedoch zuweilen eine kohärente politische Koordination.

Ein zentrales Merkmal der Allianz ist ihre Offenheit gegenüber externen Partnern. Die Möglichkeit, als Beobachterstaat teilzunehmen, hat dazu geführt, dass zahlreiche asiatische Länder – darunter China, Japan, Südkorea und Singapur – eng in die Aktivitäten der Allianz eingebunden sind. Auf ihrem zwölften Gipfeltreffen im Juni 2017 haben die vier Mitgliedstaaten der PA in einem weiteren Schritt beschlossen, Assoziierungsverhandlungen mit Kanada, Australien, Neuseeland und Singapur aufzunehmen. Damit reagierte die PA unmittelbar auf die zuvor von US-Präsident Donald Trump ausgesetzten Verhandlungen zur Transpazifischen Partnerschaft (TPP), um als Block „ehrgeizige Wirtschafts- und Handelsvereinbarungen“¹⁹ abzuschließen und an den einst mit hohen Erwartungen gesetzten Zielen der TPP festzuhalten. Ihren globalen, am freien Welthandel ausgerichteten Ansatz unterstrichen die Präsidenten der vier Mitgliedsländer nochmals in ihrer „Pacific Alliance Strategic Vision for 2030“²⁰.

Zwischen 2011 und 2019 stieg das Handelsvolumen zwischen der PA und Asien schätzungsweise um 40 bis 60 Prozent.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Strategie ist die starke Exportorientierung der Mitgliedstaaten. Bereits 2011 exportierten die Länder der PA Waren im Wert von rund 71 Milliarden US-Dollar nach Asien, mit einem jährlichen Wachstum von etwa zehn Prozent. In den folgenden Jahren bis 2019 wurde dieser Austausch gezielt ausgebaut. Insgesamt stieg das Handelsvolumen zwischen der PA und Asien in diesem Zeitraum um schätzungsweise 40 bis 60 Prozent, wobei insbesondere der Handel mit China überdurchschnittlich stark zunahm. Der Anteil Asiens

an den Gesamtexporten der Allianz erhöhte sich moderat auf etwa 15 bis 18 Prozent, während der Importanteil mit rund 30 bis 35 Prozent deutlich höher lag. Mit dem ASEAN-Verband wurde durch den ASEAN-Pacific Alliance Work Plan 2021–2025²¹ eine neue Phase der Zusammenarbeit eingeläutet. Bereits nach der Annahme des ASEAN-Pacific Alliance Framework for Cooperation während des III. Ministertreffens am 24. September 2016 hatten die Mitgliedsländer der PA und die ASEAN-Staaten beschlossen, die wirtschaftlichen und handelsbezogenen Beziehungen zwischen den beiden Blöcken zu vertiefen und eine Ausweitung der Zusammenarbeit zu prüfen. Mit dem Arbeitsplan wurde die Kooperation auf den Gebieten Handel und Investitionen, Bildung, Wissenschaft, Technologie und Innovation, digitale Wirtschaft, Geschlechterfragen und nachhaltige Entwicklung weiter durchdekliniert.

Kooperationen mit asiatischen Partnerstaaten

Die Kooperation mit asiatischen Staaten ist ein zentrales Element der PA. Durch bilaterale und multilaterale Abkommen wurden Handelsbeziehungen intensiviert und Investitionsströme erhöht. China spielt dabei eine herausragende Rolle. Als mittlerweile größter Handelspartner vieler lateinamerikanischer Staaten ist das Land maßgeblich an Infrastrukturprojekten und Investitionen beteiligt. Gleichzeitig engagieren sich auch Japan und Südkorea verstärkt in der Region, insbesondere in technologieintensiven Sektoren wie der Automobilindustrie und der Elektronikproduktion.²²

Die institutionellen Beziehungen der PA zum ASEAN-Verband haben sich bislang insgesamt eher punktuell entwickelt. Sie beschränken sich im Wesentlichen auf bilaterale FTA sowie Memoranda of Understanding (MoU) einzelner Mitgliedstaaten der PA mit ausgewählten ASEAN-Staaten und weisen dabei eine unterschiedliche Intensität auf.²³ Vor diesem Hintergrund könnte die jüngst vollzogene Assoziierung Singapurs mit der PA den Ausgangspunkt für eine qualitativ neue Form interregionaler Zusammenarbeit über den Pazifik hinweg bilden. Begünstigt wurde dieser

Schritt durch den Rückzug der US-Administration aus den Verhandlungen zur TPP im Januar 2017, nur wenige Tage nach der Vereidigung Trumps als 45. Präsident der Vereinigten Staaten. Diese Entscheidung markierte eine zentrale Zäsur in der US-amerikanischen Handelspolitik und setzte bei den verbleibenden TPP-Partnern Impulse zur Suche nach alternativen Kooperationsformaten im asiatisch-pazifischen Raum, wodurch neue interregionale Annäherungen an Bedeutung gewannen. Treibende Kräfte hinter einem transpazifischen FTA ohne die USA waren Chile und Singapur, deren wirtschaftlicher Erfolg nicht zuletzt auf der Aushandlung von umfangreichen FTA beruht. Beide Länder spielten beim Entwurf und der Entwicklung des im Jahr 2018 in Santiago de Chile unterzeichneten Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP) eine zentrale Rolle als konzeptionelle Wegbereiter und legten den Grundstein einer weiteren vertieften transpazifischen Zusammenarbeit.²⁴

Die Pazifikallianz als Vertiefung der Regionalkooperation zwischen Asien und Lateinamerika?

Am 3. Mai 2025 trat das FTA mit Singapur als erstem assoziierten Mitglied der PA in Kraft. Die Unterzeichnung des Abkommens stellt ein „landmark moment“²⁵ sowohl für Singapur als auch für die PA in der Ausrichtung der Allianz nach Asien dar und soll neue Anreize zur Anziehung von Investitionen schaffen, staatliche Beschaffungsverfahren erleichtern und den Marktzugang für Dienstleistungsanbieter in einer Vielzahl von Sektoren verbessern.

Die Aufnahme Singapurs als assoziiertes Mitglied der PA und das damit verbundene Pazifikallianz-Singapur-Freihandelsabkommen (PASFTA) sind symbolisch bedeutsam und stellen einen Testfall für die wachsende Rolle multilateraler Abkommen im asiatisch-pazifischen Ordnungsgefüge dar. Das Abkommen signalisiert, dass der



Dem Einfluss Peking etwas entgegensetzen: Angesichts der wirtschaftlichen Expansion Chinas versucht die EU, durch stärkere Investitionszusagen und engere politische Bindungen ihren Status als strategischer Partner Lateinamerikas zu festigen. Im Bild: Der EU-CELAC-Gipfel in Santa Marta, Kolumbien, Ende 2025. Foto: © Photothek, Imago.

Pazifikraum nicht nur aus asiatischen und amerikanischen Teilregionen besteht, die nebeneinander agieren, sondern transregionale Integration möglich und politisch erwünscht ist. Singapur gibt der PA globale Glaubwürdigkeit und asiatische Anschlussfähigkeit, während die Allianz Singapur erlaubt, seine Rolle als Knotenpunkt des transpazifischen Handels über bestehende ASEAN-, CPTPP- und APEC-Strukturen hinaus auszubauen.

Singapur überträgt mit seiner Assoziierung seine in APEC vertretene handelspolitische Philosophie – Offenheit, Marktorientierung, Wettbewerbsfähigkeit, globale Wertschöpfung – in ein enges, integriertes, operatives Format. Während APEC den strategischen und normativen Rahmen liefert, bietet die PA mit Singapur erstmals ein transpazifisches Integrationsmoment, das über Dialog hinausgeht. Der Schritt ist insofern integrationspolitisch relevant, als er eine institutionelle Verbindung zwischen Südostasien und Lateinamerika schafft, die bislang in dieser Form fehlte.

Für die EU wird Singapur als wirtschaftliche Drehscheibe immer wichtiger.

Singapur fungiert als Anker und Übersetzer zwischen beiden Ebenen. Der Stadtstaat bleibt in APEC eingebunden und nutzt zusätzlich die PA als Plattform, um transpazifische Themen wie digitale Wirtschaft, Handelserleichterung, Dienstleistungen oder KMU-Integration konkret umzusetzen. Damit wird sichtbar, dass wirtschaftliche Integration im Pazifikraum nicht ausschließlich über Megaforen, sondern auch über kleinere, kompatible Integrationskerne voranschreiten kann. Insofern dient die Assoziierung Singapurs zur PA als funktionale Ergänzung zu APEC, die weiterhin den übergeordneten, inklusiven Rahmen für Dialog und Agendasetting bildet. Die PA – mit Singapur – wird zu einem praktischen Integrationsbaustein innerhalb dieses Rahmens.

In einer Zeit fragmentierter Handelsordnungen zeigt dieser Schritt, wie multilaterale Offenheit (APEC) und selektive Vertiefung (PA) im Pazifikraum produktiv zusammenspielen können. Insbesondere in den Bereichen, die APEC in ihrer Roadmap aus dem Jahr 2020 („Putrajaya Vision 2040“²⁶) als Treiber wirtschaftlicher Entwicklung betont – Digitalisierung, resilientere Lieferketten, Konnektivität –, verspricht das PASFTA eine vertiefte Zusammenarbeit im Pazifikraum.

In Richtung EU sendet Singapurs Assoziierung zwei Signale: (1) Lateinamerikanisch-asiatische Regelsetzung gewinnt an Eigengewicht; (2) „Brückenakteure“ werden wichtiger. Für die EU geht vom PA-Assoziierungsabkommen Singapurs das Signal aus, dass Lateinamerika eigenständig Integrationsachsen aufbaut.²⁷ Eine erfolgreiche Einbettung Singapurs in die PA-Strukturen mit einem Netzwerk interregionaler FTA zwischen Asien-Pazifik und Südamerika macht die Allianz zusätzlich als Partner für die EU interessant, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Verteidigung multilateraler Lösungsansätze. Das PASFTA fällt zeitlich zusammen mit dem EU-Singapur Digital Trade Agreement, das am 1. Februar 2026 in Kraft trat und in dem ebenfalls explizit hohe Ambitionen sowie ein wertebasierter Ansatz reklamiert werden.²⁸ Dadurch, dass die EU bereits seit 2019 einen Kooperationsrahmen mit der PA (u. a. digitale Strategien, Mobilität, Klima) entworfen hat, kann dieser nun möglicherweise durch Singapurs Rolle als praxisnaher Regelsetzer im Digitalbereich strategisch aufgewertet werden. Bereits in ihrer Lateinamerika-Karibik-Strategie „Vision 2030 – eine Partnerschaft für die Zukunft“ aus dem Jahr 2019 setzt sich die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag „entschieden für eine assoziierte Mitgliedschaft der EU in der Pazifik-Allianz ein“²⁹, die sie als potenzielle „Drehscheibe des Handels zwischen Atlantik und Pazifik“³⁰ identifiziert. Mit dem gemeinsamen Partner und „Brückenakteur“ Singapur könnte der nächste Schritt einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen der EU und der PA beschleunigt werden.

Für ASEAN entfaltet die Assoziierung Singapurs mit der PA eine zugleich integrative und

kompetitive Signalwirkung. Integrativ wirkt sie insofern, als ASEAN und die PA bereits über etablierte Kontaktformate und einen Kooperationsrahmen verfügen. Seit 2014 fanden wiederholt gemeinsame Ministerialtreffen statt, die schließlich in einen konkreten Arbeitsplan bis 2025 mündeten. Darüber hinaus besitzen mit Indonesien, Thailand und den Philippinen drei weitere ASEAN-Mitgliedstaaten Beobachterstatus in der PA. In diesem Kontext kann Singapurs Assoziierung als beispielgebend gelten, um bestehende ASEAN-PA-Kooperationen stärker zu operationalisieren, etwa durch gemeinsame Projekte in den Bereichen Handel, Konnektivität, Innovation oder Tourismus.

Gleichzeitig geht von PASFTA für ASEAN ein kompetitives Signal aus, da Singapur demonstriert, dass anspruchsvolle Handels- und Digitalisierungsstandards zunehmend über flexible, themen- und partnerbezogene Abkommen vorangetrieben werden können – auch dann, wenn große regionale Organisationen langsamer voranschreiten. Das PASFTA könnte somit für weitere ASEAN-Mitglieder einen zusätzlichen Anreiz darstellen, bestehende ASEAN-Regelwerke schneller zu harmonisieren oder verstärkt auch außerhalb etablierter ASEAN-Formate nach geeigneten Kooperationspartnern zu suchen.

Ausblick

Die zunehmende Integration zwischen Asien und Lateinamerika hat weitreichende Auswirkungen auf die globale Ordnung. Sie trägt zur Herausbildung einer multipolaren Welt bei, in der traditionelle Machtzentren an Bedeutung verlieren und neue Akteure an Einfluss gewinnen. Ein zentraler Aspekt dieser Entwicklung ist die zunehmende Gewichtung von Süd-Süd-Kooperationen. Diese ermöglichen es Staaten des sogenannten Globalen Südens, ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu diversifizieren und unabhängiger von traditionellen, westlich geprägten Institutionen zu agieren. Gleichzeitig besteht die Gefahr neuer Formen von Abhängigkeiten und Ungleichheiten. Die nach wie vor bestehenden asymmetrischen Handelsstrukturen zwischen Asien und Lateinamerika – insbesondere zu China – führen

dazu, dass wirtschaftliche Vorteile ungleich verteilt sind und bestehende strukturelle Probleme fortbestehen.

Darüber hinaus verändern Infrastrukturprojekte sowie neue Handelsrouten die globalen Wertschöpfungsketten und führen zu einer intensiveren Konkurrenz zwischen Staaten und Regionen. Die zunehmende wirtschaftliche und politische Verflechtung eröffnet daher neue Chancen für Wachstum und Entwicklung, ist jedoch gleichzeitig mit erheblichen Herausforderungen verbunden. Insbesondere die Dominanz Chinas sowie die nach wie vor asymmetrischen Handelsstrukturen verdeutlichen, dass die Integration nicht automatisch zu einer ausgewogenen Entwicklung führt. Vielmehr besteht die Gefahr, dass bestehende Abhängigkeiten reproduziert und neue geschaffen werden. Für Lateinamerika ergibt sich daraus die zentrale Herausforderung, eine Balance zwischen Integration und Autonomie zu finden. Eine nachhaltige Entwicklung erfordert die Diversifizierung wirtschaftlicher Strukturen, den Ausbau institutioneller Kapazitäten sowie eine strategische Gestaltung internationaler Kooperationen.

- 1 Mols, Manfred 1996: Lateinamerika und Asien: Ein neues Beziehungsmuster in der internationalen Politik, APuZ 48-49/1996, Bundeszentrale für politische Bildung, 22.11.1996, in: <https://ogy.de/19tg> [20.04.2026].
- 2 Wignaraja, Ganeshan et al. 2012: Asia-Latin America Free Trade Agreements: An Instrument for Inter-Regional Liberalization and Integration?, ADBI Working Paper 382, Asian Development Bank Institute, 09/2012, S. 4-5, in: <https://ogy.de/e3n8> [20.04.2026].
- 3 Ebd., S. 6.
- 4 Urrego-Sandoval, Carolina/Pacheco Pardo, Ramón 2023: Asia and Latin America Relations in the Twenty-First Century: A Review, in: Colombia Internacional 113, S. 3-21, hier: S. 13, in: <https://ogy.de/Ogb3> [20.04.2026].
- 5 Johnston, Karin L. 2025: China, Latin America, and the United States. Geopolitical Impacts and New Challenges, Konrad-Adenauer-Stiftung, 17.01.2025, S. 7, in: <https://ogy.de/gwuo> [20.04.2026].
- 6 Bulmer-Thomas, Victor 2003: The Economic History of Latin America since Independence, 2. Auflage, Cambridge, S. 1-3.
- 7 Hosono, Akio 2017: Asia-Pacific and Latin America. Dynamics of regional integration and international cooperation, Series International Trade No. 132, Economic Commission for Latin America and the Caribbean, 06/2017, S. 29-30, in: <https://ogy.de/porj> [20.04.2026].
- 8 Jungbluth, Cora 2021: Challenge and Opportunity: China inside the WTO and EU-China Relations, Policy Brief #2021/01, Bertelsmann Stiftung, 09.12.2021, S. 2, in: <https://ogy.de/nsmn> [20.04.2026].
- 9 Migus, Romain 2025: Chinas Megaprojekt in Peru, Le Monde diplomatique, 10.04.2025, in: <https://ogy.de/uwdj> [20.04.2026].
- 10 InvestmentWeek 2025: Chinas neuer Machtfaktor in Südamerika – Der Hafen von Chancay, 04.06.2025, in: <https://ogy.de/s8qs> [20.04.2026].
- 11 Dussel Peters, Enrique et al. 2025: Monitor of Chinese OFDI in Latin America and the Caribbean 2025, Red América Latina y el Caribe – China, 17.03.2025, in: <https://ogy.de/kd88> [20.04.2026]; Zhou, Jing 2023: A double-edged sword: Chinese direct investment in Latin America, in: Structural Change and Economic Dynamics 67, 12/2023, S. 234-249, in: <https://ogy.de/1x4x> [20.04.2026].
- 12 agência latinapress 2025: Veränderung im chinesischen Investitionsmuster in Lateinamerika, 13.08.2025, in: <https://ogy.de/td84> [20.04.2026].
- 13 Zhexin, Zhang 2018: The Belt and Road Initiative. China's New Geopolitical Strategy?, in: China Quarterly of International Strategic Studies 4: 3, Fall 2018, S. 327-343, hier: S. 337-338, in: <https://ogy.de/ua80> [20.04.2026].
- 14 Ministry of Foreign Affairs of China 2016: Basic Information about China-CELAC Forum, 04/2016, in: <https://ogy.de/69k0> [20.04.2026].
- 15 Mols 1996, N. 1.
- 16 MercoPress 2012: Chile, Peru, Colombia and Mexico seal the Pacific Alliance for economic integration, 07.06.2012, in: <https://ogy.de/qqim> [20.04.2026]; Meyer, Martin F./Jung, Winfried 2012: Gründung der Pazifik-Allianz. Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru bilden neues Wirtschaftsbündnis ausgerichtet auf Asien, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 13.06.2012, in: <https://ogy.de/zzdm> [20.04.2026].
- 17 Fonseca, Fabricio A./Sánchez, Miriam L. 2024: Transpacific Integration and Open Regionalism: The Case of Singapore as Associated State of the Pacific Alliance, in: The Korean Journal of International Studies 22: 3, 31.12.2024, S. 371-401, in: <https://ogy.de/27h0> [20.04.2026].
- 18 Wignaraja et al. 2012, N. 2, S. 11-13.
- 19 Maihold, Günther 2017: Die Pazifikallianz beginnt einen neuen Entwicklungsabschnitt, SWP-Aktuell 2017/A 49, 14.07.2017, S. 2, in: <https://ogy.de/xo04> [20.04.2026].
- 20 Piñera Echenique, Sebastián et al.: Pacific Alliance Strategic Vision for 2030, Alianza del Pacífico, in: <https://ogy.de/0mof> [20.04.2026].
- 21 ASEAN 2021: ASEAN – Pacific Alliance Work Plan 2021-2025, 24.11.2021, in: <https://ogy.de/m610> [20.04.2026].
- 22 Hosono 2017, N. 7, S. 25-27.
- 23 Baroni, Paola Andrea/Spagnolo, Tamara 2023: The Pacific Alliance and ASEAN: opportunities and challenges in the strengthening of ties, Journal of Business 14: 1, 04.01.2023, S. 59-78, hier: S. 63-65, in: <https://ogy.de/o7c0> [20.04.2026].
- 24 Pastrana, Eduardo/Castro, Rafael 2017: La Alianza del Pacífico: un Eje Articulador del Interregionalismo pos-TPP, in: Anuario de Integración 14, S. 71-94, hier: S. 76, in: <https://ogy.de/3kjl> [20.04.2026].
- 25 Loong, Lee Hsien 2022: Remarks by PM Lee Hsien Loong at the 16th Pacific Alliance Summit, Rede, Prime Minister's Office Singapore, 26.01.2022, in: <https://ogy.de/mo4o> [20.04.2026].
- 26 Asia-Pacific Economic Cooperation 2020: APEC Putrajaya Vision 2040, in: <https://ogy.de/j0cg> [20.04.2026].
- 27 Castro, Rafael/Lenz, Tobias 2019: The Lima Summit: A Trial by Fire for the Pacific Alliance, GIGA Focus Lateinamerika 4, GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Lateinamerika-Studien, 07/2019, S. 3, in: <https://ogy.de/x1vg> [20.04.2026].
- 28 Directorate-General for Trade and Economic Security 2026: EU-Singapore Digital Trade Agreement enters into force, Europäische Kommission, 02.02.2026, in: <https://ogy.de/gabb> [20.04.2026].
- 29 CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag 2019: Vision 2030 – Eine Partnerschaft für die Zukunft. Lateinamerika-Karibik-Strategie der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 14.05.2019, in: <https://ogy.de/6el8> [20.04.2026].
- 30 Ebd.

ISSN 0177-7521
42. Jahrgang
Ausgabe 2|2026



Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin
Telefon (030) 269 96-33 88
auslandsinformationen@kas.de
auslandsinformationen.de
fb.com/internationalreports
x.com/auslandsinfo
instagr.am/auslandsinfo
linkedin.com/company/auslandsinformationen

Herausgeberin:
Caroline Kanter

Chefredakteur:
Dr. Sören Soika

Redaktion:
Dr. Jan Cernicky
Christian Echle
Florian C. Feyeraabend
Dr. Stefan Friedrich
Benjamin Gaul
Dr. Lars Hänsel
Dr. Christian Hübner
Dr. Christina Krause
Christoph Plate
Hendrik Sittig
Dr. Thomas Volk
Fabian Wagener
Dr. Jan Woischnik
Daphne Wolter
Nils Wörmer

Redaktionelle Betreuung:
Magdalena Falkner

Unter Mitwirkung von:
Tyler Bolik, Lilly Perl, Marie Rössel,
Micha Strecker und Fabian Wiesnet

Die Artikel geben nicht notwendigerweise die
Meinung der Redaktion wieder.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-
Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information.
Sie darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung
verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-,
Landtags- und Kommunalwahlen sowie für
Wahlen zum Europäischen Parlament.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement günsti-
ger. Für Schüler und Studenten wird ein Sonder-
rabatt gewährt. Für weitere Informationen und
Bestellungen wenden Sie sich bitte an:
auslandsinformationen@kas.de

Bankverbindung:
Commerzbank Bonn
IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00
BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den
Auslandsinformationen (Ai).

Titelfoto:
Unter der Salzschild des Salar de Uyuni in Boli-
vien befinden sich riesige Lithiumvorkommen.
© Zuma Press, Imago.
Alle weiteren wie jeweils gekennzeichnet.

Lektorat:
Jonas Westhoff, Bielefeld

Gestaltung / Satz:
sustentio GmbH, Berlin

Druck:
Print & Media, Rostock



CO₂-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach
DIN ISO 12647-2 gedruckt.

**Ihre Meinung
ist uns wichtig!**



Was haben Sie von
dieser Ausgabe zu
Lateinamerika
gehalten?

Scannen Sie den QR-Code und
lassen Sie es uns wissen.



<https://ogy.de/rbko>



auslandsinformationen.de
fb.com/internationalreports
x.com/auslandsinfo
instagr.am/auslandsinfo
linkedin.com/company/auslandsinformationen